Hat Bayern kapituliert? S.6

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 52 – Neujahr 2011
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Die PAZ wünscht allen ihren Lesern ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2011

DIESE WOCHE





Winterspaziergang auf freiem Weg am Chiemsee: In welche Richtung wird sich Deutschland im Neuen Jahr bewegen? Bild: imago

Den Weg freimachen!

Die Politik der Blockade ist unverantwortlich – Neuestes Beispiel: Hartz IV

Gewöhnlich kommt die Politik über Weihnachten für ein paar Tage zur Ruhe. Bürgern und Politikern tut das Innehalten gut. In diesem Jahr wurde aber über ein Thema auch über die Feiertage gepokert: Die Reform von Hartz IV. Wichtiger als Details am neuen Gesetz ist dabei die Frage, ob die Grünen regierungsfähig werden.

Bis zuletzt hatte die Bundesregierung gehofft, dass die Grünen – genauer ihr saarländischer Zweig, der aber in dieser Frage gewiss nicht eigenmächtig handelt – noch einlenken würde. Doch die durch Umfragen gestärkte Ökopartei machte „ernst“ und verhinderte am 17. Dezember im Bundesrat das Gesetz, mit dem ab 1. Januar die Hilfen für Langzeitarbeitslose – zum vom Verfassungsgericht geforderten Termin – allen Vorgaben aus Karlsruhe exakt entsprechen. Das ganze Selbstbewusstsein der Grünen zeigt sich daran, dass das von der Regierung eilig anberaumte Vermittlungsverfahren bisher nur zur Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe geführt hat.

Auch die Hoffnung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), mit einer Sondersitzung des Bundesrates am 27. Dezember gerade noch rechtzeitig das Gesetz hinzubekommen, hat also getrogen. Erst am 7. Januar soll weiterverhandelt werden. Auch wenn bestimmte Korrekturen rückwirkend in Kraft treten können, wird zumindest für einige Tage in Deutschland ein Sozialgesetz gelten, das punktuell verfassungswidrig ist.

Erinnerungen an Lafontaines Blockade vor 1998

Die Fragen, um die in Berlin nun gepokert wird, haben keine grundsätzliche Bedeutung: Reicht die geplante Erhöhung des Regelsatzes aus? Lassen sich am „Bildungsgutschein“ Einzelpunkte verbessern? Ist es sinnvoll, jetzt einen Mindestlohn für Zeitarbeiter einzuführen? Es geht tatsächlich um etwas anderes. Namenlich die Grünen spekulieren offenbar darauf, die Regierung Merkel in dieser Frage als unsozial und/oder handlungsunfähig vorführen zu können. Besonders „schön“ ist es aus ihrer Sicht, wenn durch eine von ihnen herbeigeführte Gesetzesblockade anschließend der Regierung der Vorwurf des respektlosen Umgangs mit dem Verfassungsgericht gemacht werden kann.

Spätestens an dieser Stelle kommen Erinnerungen an die Blockadepolitik des damaligen SPD-Chefs Oskar Lafontaine im Bundesrat in den späten 90er Jahren hoch. Sein Konzept, reihenweise Reformprojekte der Regierung Kohl zu torpedieren, um eben dieser Regierung anschließend Untätigkeit vorwerfen zu können, wurde 1998 mit dem rot-grünen Wahlsieg belohnt.

Die Grünen denken ganz ähnlich, ihre Anhängerschaft blockiert oft genug sogar im wahrsten Sinne des Wortes – etwa wenn es um Bauprojekte oder Castortransporte geht. Eine solche Politik ist wenig verantwortungsbewusst und zutiefst unbürgerlich. Funktionieren kann sie nur, wenn die Medien unaufmerksam oder gar voreingenommen sind. Deutschland hat im Neuen Jahr etwas Besseres verdient. *Konrad Badenheuer*

Stephan Grigat:

Guter Vorsatz

Das Jahr 2010 bestand dem Empfinden nach aus Wirtschafts-, Euro- und Hartz-IV–Krise sowie Klimawandel und Schnee-Chaos. Das Katastrophen-Karussell dreht sich inzwischen so schnell, dass man Mühe hat, den Anschluss an die gerade gängige Krise zu behalten.

Wo Krisen und „Katastrophen“ so kurzlebig und austauschbar sind, ist es vielleicht an der Zeit, einmal innezuhalten und zur Besinnung zu kommen, sich einmal die ganz grundlegenden Fragen nach dem Woher und Wohin und dem Weg zwischen diesen Punkten zu stellen.

Ich finde, es ist Zeit für ein wenig mehr Preußen! Für Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Treue und vor allem für mehr Selbstverantwortung!

Viele Probleme finden ihre Ursache im Abschieben der eigenen Probleme auf andere, obwohl man sehr gut in der Lage wäre, sie selbst zu lösen: Das reicht von manchem Hartz-IV-Antrag bis hin zum Erschleichen von EU-Geldern durch kreative Antragsstellung bei der Euro-Einführung durch Griechenland. Es zieht sich fast wie ein roter Faden durch Staat und Gesellschaft. Wer gegen die entstandene Schieflage räsoniert, ist „hartherzig“ und wird von selbsternannten Gutmenschen aufgefordert, doch Mitleid zu haben – und zu zahlen.

Ist es nicht an der Zeit, die Ärmel hochzukrempeln und sein Schicksal mit Gottvertrauen in die eigene Hand zu nehmen? Sollten wir nicht aufhören, andere für unser Schicksal verantwortlich zu machen und auf andere zu warten, die tun sollen, was wir besser selbst tun könnten? Ein bisschen mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit für uns alle – das wäre ein guter Vorsatz für 2011!

Etwas optimistischer

Deutsche erwarten 2011 steigende Einkommen und sichere Arbeit

Deutlich optimistischer als vor zwölf Monaten gehen die Deutschen in das neue Jahr. 34 Prozent sehen die Gesamtsituation in Deutschland im kommenden Jahr positiv, vor Jahresfrist waren es nur 26 Prozent. Das erscheint zwar immer noch nicht besonders viel, allerdings ist der Begriff der „Gesamtsituation“ auch sehr weit gefasst. Außerdem erwarten 53 Prozent eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage (+8) und 56 Prozent sichere Arbeitsplätze (+ 14). Sogar 59 Prozent der Deutschen sind für ihr eigenes, privates Leben im neuen Jahr zuversichtlich.

Einmal mehr gibt es regionale Unterschiede. Am zuversichtlichsten ist der Südwesten, der Anteil der Wirtschafts-Optimisten stieg von 48 auf 69 Prozent. Kein Wunder: Im exportstarken Baden-Württemberg ist die Wirtschaft 2010 real um fast fünf Prozent gewachsen.

Zuversicht verstärkt den Aufschwung

Im Norden und Osten sind die Aussichten verhaltener, aber immer noch positiv. Übrigens haben Union und FDP in den meisten Umfragen zuletzt etwas zugelegt – gute Stimmung nutzt der Regierung.

Ökonomen beobachten seit langem, dass das tatsächliche Wirtschaftswachstum in Deutschland eng zusammenhängt mit dem Anteil der Optimisten zu Jahresbeginn. Der Grund dafür ist einfach: Je zuversichtlicher die Leute, desto höher die private Nachfrage und damit die Produktion. Der Zusammenhang trägt allerdings nur kurzbis mittelfristig. Wenn weniger gekauft wird, wird mehr gespart, woraus längerfristig ebenfalls Nachfrage hervorgeht.

Dass eine gute Stimmung eher die Folge als die Ursache einer erfolgreichen Wirtschaft ist, erleben nun die USA. Das Land ist seit jeher stolz auf seinen Optimismus, hat dabei aber seine wirtschaftliche Basis vernachlässigt. Auf Dauer geht das nicht gut, denn essen kann man den Optimismus nicht. *K.B.*

Pressefreiheit in Gefahr?

Europas Medien attackieren Ungarn – Praxis bleibt abzuwarten

Die vom ungarischen Parlament vor Weihnachten beschlossene Verfassungsänderung ermöglicht das Inkrafttreten eines neuen Mediengesetzes ab Jahresbeginn. Vorgesehen ist eine Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. In diesen wieder eingegliedert werden sollen die diversen früher ausgegliederten „privatwirtschaftlichen“ Produktionseinheiten – die de facto subventionierte Günstlingsbetriebe der vormaligen Machthaber und ihrer Hintermänner waren.

Die ausgestrahlten Sendungen müssen künftig zur Hälfte aus europäischer und davon zu zwei Dritteln aus ungarischer Produktion stammen und im Durchschnitt auch neueren Datums sein. Das soll die Flut an billigen alten US-amerikanischen Schinken eindämmen.

Weniger Gewalt und Pornographie

Desweiteren wird ein Medienrat geschaffen, dem die Aufsicht über staatliche und private Medien und das Internet obliegen soll. Ziel ist es, die Qualität der Berichterstattung zu heben und rechtswidrige Inhalte zu vermeiden. Der Medienrat kann auch festlegen, was Kindern bestimmter Altersstufen nicht angeboten werden darf. Im staatlichen Rundfunk soll es Gewaltverherrlichung und Pornographie überhaupt nicht geben. Der Medienrat kann einzelne Agenden an fachliche Selbstkontrollorgane der Verleger- und Journalistenverbände delegieren. Bei Verstößen kann er empfindliche, aber auf die wirtschaftliche Situation des Mediums abgestimmte Geldstrafen verhängen. Gegen diese ist Berufung im ordentlichen Rechtsweg möglich.

Ob die bemerkenswerterweise in Westeuropa sehr lautstarken Proteste gegen diese Neuregelung berechtigung haben, wird allerdings – wie oft bei Gesetzen – erst die Praxis zeigen. *R. G. Kerschhofer*



MELDUNGEN

Polen beklagt 127 Erfrorene

Warschau - Die Zahl der Kälteopfer ist in Polen bis Wochenbeginn auf 127 gestiegen. Vor allem alkoholisierte Obdachlose erfrieren dort in recht großer Zahl. Schon im vergangenen Winter waren in Polen 298 Erfrorene zu beklagen, über 100 davon im Januar 2010. Die Polizei appellierte an die Bevölkerung, zu reagieren, wenn Menschen auf Parkbänken lägen oder abends auf der Straße umherirrten. Erklärungen, warum in Polen mehr Kälteopfer zu beklagen sind als anderswo in Europa, sind schwer zu finden. Das Bild wird aber wohl dadurch verzerrt, dass Russland, Weißrussland und die Ukraine solche Fälle kaum publizieren. *PAZ*

Künftig wieder das selbe Maß?

Brüssel – Seit mehreren Jahren ist in einigen Ländern Westeuropas die Leugung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen strafbar, nicht aber die von stalinistischen Verbrechen. Die Außenminister Litauens, Lettlands, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Tschechischen Republik wollen das ändern. In einem gemeinsamen Brief haben sie EU-Justizkommissarin Viviane Reding aufgefordert, sich für ein Verbot der „Billigung, Leugnung und Verharmlosung der Verbrechen“ totalitärer Diktaturen gleich welcher „Couleur“ einzusetzen. Der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg erklärte dazu nun gegenüber Radio Prag, Stalin habe sogar noch mehr Menschen umgebracht als Hitler, beide seien „Massenmörder“. *PAZ*

Zweibettzimmer für alle

Ein netter Wunsch für alle gesetzlich Versicherten, der jedoch wenig realistisch ist

Zum neuen Jahr erhöhen sich die Beiträge für die gesetzlich Versicherten. Doch ihr Leid sollte nicht in Neid auf die Privatversicherten umschlagen, denn deren Versicherer werden in den nächsten Jahren teilweise ums Überleben kämpfen.

Mitten um den Weihnachtstisch saß sie vereint: die Zwei-Klassen-gesellschaft. Während der gesetzlich Versicherte von Not und Elend im Vierbettzimmer im Krankenhaus von Neumünster erzählte, schwärmte der Privatversicherte von Chefarztbehandlung, Einzelzimmer und Übernahme der Kosten für seine Kontaktlinsen. Wie schön, dass nur wenige Stunden später der gesetzlich Versicherte den Nachrichten entnehmen konnte, dass der Gesundheitspolitiker Jens Spahn (CDU) Vierbettzimmer abschaffen möchte und auch für gesetzlich Versicherte Zweibettzimmer zum Standard erheben möchte, schließlich sei es eine Zumutung, zu viert in einem Zimmer zu sein. Auch die langen Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt sollten für die gesetzlich Versicherten bald der Vergangenheit angehören.

Doch was so schön klingt, erscheint wenig realistisch. Zum Jahreswechsel erhöht sich der Einheitsbeitrag für gesetzlich Versicherte von 14,9 auf 15,5 Prozent und schon jetzt ist bekannt, dass weitere Beitragserhöhungen folgen werden. Laut Statistischem Bundesamt verursacht ein Mensch unter 30 Jahren Krankheitskosten in Höhe von rund 1360 Euro im Jahr, die Kosten für über 85-Jährige betragen 14 840 Euro. Und leider gibt es immer weniger unter 30-Jährige und immer mehr über 85-Jährige. Hinzu kommen steigende Kosten für Medikamente, Medizintechnik, Ärzte und medizinisches Personal sowie medizinischen Fortschritt. So dass es eher so aussieht, als ob dem Bett auf dem Krankenhausflur, von dem so mancher gesetzlich Versicherte schon heute berichten kann, eher die Zukunft gehört als dem Zweibettzimmer.

> Kostenexplosion ist zu erwarten, Flucht aber kaum möglich

Doch das ist kein Grund, Privatversicherte weiter neidisch zu beäugen, denn immer mehr Experten zweifeln an der künftigen Finanzierbarkeit dieses Systems. Die Grünen und die SPD hatten allein aus ideologischen Gründen der privaten Krankenversicherung den Garaus machen wollen. Was ihnen nicht glückte, dürfte der demographischen Entwicklung gelingen. Zwar bilden Privatversicherte bedingt Altersrückstellungen, was im Vergleich zur nicht kapitalgedeckten, sondern umlagenfinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung schon ein Fortschritt ist, doch diese Altersrückstellungen sind nicht hoch genug, um Beitragserhöhungen vor allem mit steigendem Alter zu vermeiden. Da sich die Beiträge für die private Krankenkasse nicht nach dem jeweiligen Einkommen des Versicherten, sondern nach dem gewählten Tarif der Versicherung richten, kann die private Krankenkasse gerade im Alter, wenn mit dem Ruhestand auch das monatliche Einkommen sinkt, zum teuren Vergnügen werden, zumal ein Wechsel in die gesetzliche Versicherung ab 55 Jahren nicht mehr möglich ist. Und da die privaten Krankenversicherungen unter Nachwuchsmangel leiden, einmal eben wegen des demographischen Wandels, aber auch weil sich inzwischen herumgesprochen hat, dass viele Anbieter aufgrund des Kostendrucks immer weniger kulant sind, erhöht sich die Notwendigkeit, die Beiträge für Alt wie Jung zu erhöhen, zusätzlich. Die Debeka, die mit 2,1 Millionen privat Krankenversicherten nicht nur als der größte, sondern auch der solideste Anbieter der Branche gilt, erhöht 2011 ihre Beiträge um fünf bis sieben Prozent. 2010 waren es drei bis fünf Prozent. Die DKV (925 791 Versicherte) und die Axa (724 736 Versicherte) planen ähnlich starke Erhöhungen. Die Allianz (etwa 700 000 Versicherte) kann sich Erhöhungen derzeit nicht leisten, da sie bereits unter Mitgliederschwund leidet. Insgesamt gibt es 46 Privatkassen mit 14 000 verschiedenen Tarifen, von denen selbst die bekannteren wie die Gothaer und die Barmenia nur zwischen 150 000 und 300 000 Versicherte zählen.

Mangelnder Nachwuchs, Kostensteigerungen und einige Patienten mit teuren Erkrankungen und Operationen können eine Kasse da leicht in finanzielle Schwierigkeiten bringen, zumal Ärzte und Krankenhäuser von Privatversicherten oft relativ beliebig das Mehrfache von dem verlangen, was sie bei gesetzlich Versicherte als festgeschriebenes Honorar abrechnen dürfen. Genau aus diesem Grund wollen die privaten Krankenkassen das Recht, Honorare und Preise mit den Medizinern, Krankenhäusern und der Pharmaindustrie direkt auszuhandeln. Das dürfte die möglichen Vertragspartner wenig erfreuen, verdienen sie doch vor allem an den Privatversicherten. Doch die privaten Kassen haben kaum eine Alternative, denn eine Reduzierung der oft gepriesenen vielfältigen Leistungen dürfte sich wenig werbewirksam auf künftige Neukunden auswirken. *R. Bellano*



Zweibettzimmer: In manchen Krankenhäusern für gesetzlich Versicherte eher selten Bild: dapd

»Epiphanie« in blau-gelb

Zu Jahresbeginn ziehen sich Parteien und Fraktionen in Klausur zurück, um ihre Strategie auszubrüten. Nur die FDP sucht dann nach alter Tradition die Öffentlichkeit. Ihr Stuttgarter Dreikönigstreffen geht auf das Jahr 1866 zurück. Eigentlich ein Landesparteitag, wird dort seit langem Reichs- und Bundespolitik gemacht. Die Bühne gehört den Liberalen oft fast allein, denn die Konkurrenz berät noch intern.

In diesem Jahr wäre das Podium des Dreikönigstreffens für die Liberalen besonders kostbar, denn es gilt für sie, ein halbes Dutzend Landtagswahlkämpfe zu bestehen. Der erste Urnengang ist in Baden-Württemberg selbst und findet am 27. März statt. Um Aufmerksamkeit braucht sich die FDP keine Sorgen zu machen, denn alle wollen wissen, wie Parteichef Westerwelle in dieses Treffen hineingeht und in welchem Zustand er wieder herauskommt. So massiv war zuletzt

> Kommt zu Dreikönig die Erleuchtung?

die Kritik am FDP-Vorsitzenden auch und gerade aus den eigenen Reihen, dass nichts unmöglich scheint. Westerwelle könnte seinen Verzicht auf die Kandidatur als FDP-Chef für den Parteitag im Mai ankündigen, oder sogar sofort – als gleichsam letzten Führungsakt – eine jüngere Führungsmannschaft installieren.

Wie groß der Druck ist, unter dem der Außenminister steht, zeigt sein Ruf nach schnellem Abzug aus Afghanistan, was ihm in Berlin als populistischer „Griff nach dem Strohhalm“ und unangebrachte Steilvorlage für die SPD ausgelegt wurde. Immer mehr Liberale glauben, dass Westerwelles frühere Autorität nicht wiederherzustellen ist, sogar Walter Scheel rückte zuletzt von ihm ab. Doch die Partei hat keinen geeigneten Ersatz, sie sucht öffentlich nach einer Führungspersönlichkeit. Falls ihr an Dreikönig die Erleuchtung kommen sollte, wäre das sozusagen theologisch stimmig. Denn der korrekte Name des Festes heißt „Epiphanie“, zu Deutsch: Erscheinung des Herrn. *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Teures Sparziel

Nach der euphorischen Begeisterung über die Vereinbarungen des Uno-Klimagipfels von Cancún erfassen einige Länder langsam, was diese Ziele für Folgekosten bei der heimischen Wirtschaft auslösen könnten. Schon vor Cancún wollte die EU bis 2020 20 Prozent weniger CO_2 ausstoßen als 1990. Deutschland erklärte sich bereit, 40 Prozent einzusparen, da andere EU-Länder weit unter 20 Prozent lagen. In Mexiko wurde jedoch beschlossen, das Gemeinschaftsziel der EU auf 30 Prozent zu erhöhen. Das würde nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel bedeuten, dass Deutschland über 50 Prozent weniger CO_2-Emissionen ausstößt. Zur Annahme eines solchen Zieles ist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aber nicht bereit. Bel

1.714.126.971.084 €

Vorwoche: 1.712.552.604.300 €
Verschuldung pro Kopf: 20 968 €
Vorwoche: 20 949 €

(Montag, 27. Dezember 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Selektion kommt

Auch Peter Hinze (CDU) unterstützt Gesetzentwurf für »PID«

Einen Gesetzentwurf zur Präimplantationsdiagnostik (PID) haben 15 Parlamentarier aus allen Fraktionen vorgelegt. Dabei geht es darum, dass im Reagenzglas gezeugte Embryonen im Achtzell-Stadium auf Erbkrankheiten überprüft werden. Nur „gesunde“ Embryonen werden eingepflanzt, die „kranken“ vernichtet.

Die Parlamentarier, darunter der ehemalige CDU-Generalsekretär und evangelische Pfarrer Peter Hintze, wollen die Freigabe der PID in einzelnen Fällen schwerer Erbkrankheiten, drücken sich aber um eine eindeutige Liste mit solchen Krankheiten. Stattdessen setzen sie auf das vermeintliche Allheilmittel von Ethikkommissionen, der Mediziner, Juristen und „Ethiker“, also Moraltheologen, angehören sollen. Wortführerin der Truppe ist Ulrike Flach (FDP).

Dieser Gruppe gegenüber stehen diejenigen Abgeordneten, die die PID komplett verbieten wollen, weil sie eine Tendenz zur Selektion „lebensunwerten Lebens“ fürchten. Angeführt wird diese PID-kritische Gruppe von CSU-Familienpolitiker Johannes Singhammer – überhaupt ist die CSU die einzige Partei, die geschlossen die PID ablehnt. Die CDU hatte sich auf ihrem Karlsruher Parteitag nach stundenlanger intensiver Diskussion mit 408 zu 391 Stimmen für ein Verbot der PID ausgesprochen. Auch die sonst sehr „forschungsfreundliche“ Kanzlerin schlug sich hier auf die Seite der Lebensschützer, im Gegensatz

> Eine Liste der zulässigen Fälle soll es nicht geben

etwa zu ihrer Forschungsministerin Schavan. Aber auch einzelne rot-grüne Abgeordnete, etwa die SPD-Generalsekretärin und bekennende Katholikin Andrea Nahles sowie EKD-Synodalpräses und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, kämpfen an der Seite Singhammers. Nahles hatte bereits bei der Einschränkung der Spätabtreibungen in der vergangenen Legislaturperiode Singhammer überraschend unterstützt. Die PID-Gegner wollen Mitte Januar einen Gegenentwurf präsentieren. Der Fraktionszwang ist aufgehoben.

Konservative Kritiker haben die Fixierung der PID-Befürworter auf Ethikräte ins Visier genommen. In der Tat scheint es wie eine Flucht aus der Verantwortung: Wer soll denn in solchen Räten die Stimme des konsequenten Lebensschutzes ausüben? Ärzte entscheiden nach Fachwissen und Erfahrung, lassen ihr Gewissen aber gelegentlich von der Forscherneugier manipulieren. Juristen entscheiden eher nach Gesetzeslage als nach höheren ethischen Standards. Aber auch die Gewissen von Theologen (zumal protestantischen) sind zeitgeistanfällig, wie sich in der Kehrtwende der EKD gezeigt hat: Mit der Begründung, man wolle die Gewissensqual betroffener Familien „ernstnehmen“, hatte der neue EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider die PID plötzlich befürwortet. Linderung der Gewissensqual durch Erlaubnis des Verbotenen? Die hintergründige Begründung von PID-Befürwortern wie Ulrike Flach (FDP) lautet, es sei allemal besser, einen Embryo im Achtzellstadium zu vernichten, als ein eingesetztes Baby später abzutreiben. Sollte das das Niveau der Debatte sein? *Anton Heinrich*

Offene Flanke

Union besteht auf Visa-Warndatei

Keine Einigung zeichnete sich zuletzt in den Verhandlungen zwischen den Bundesministerien für Inneres und Justiz über die Einrichtung einer Visa-Warndatei ab. Unionspolitiker fordern eine solche Datei seit langem zur Abwehr von Terrorrisiken und organisierter Kriminalität, aber auch zur Verhinderung von Korruption bei der Visa-Vergabe. Doch die FDP, namentlich Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, widersetzt sich dem Verlangen. Ein Regierungssprecher erklärte, es gebe noch „Unklarheiten über die Ausgestaltung und Verwendung“ einer solchen Warndatei. Allerdings deutet das Verhalten der Justizministerin darauf hin, dass diese das von der Koalition bereits 2009 im Grundsatz vereinbarte Vorhaben grundsätzlich ablehnt. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat nämlich im Zuge der Ressortabstimmung am Gesetzentwurf von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) nicht nur punktuelle Kritik geübt, sondern einen komplett neuen Entwurf verlangt.

> Abwehr von Terror und Kriminalität

Die geplante Warndatei soll von verschiedenen Behörden mit Informationen über Visa-Antragsteller im Ausland und Einladende in Deutschland „gefüttert“ werden. Die Prüfer von Visa-Anträgen an den Botschaften und die Polizei sollen darauf zugreifen können. Umstritten ist, welche Daten gespeichert und von wem sie abgefragt werden dürfen. Ziel der Datei ist es, zu erkennen, wenn als kriminelle Schleuser aufgefallene Personen neue Einladungen aussprechen oder wenn etwa Leute aus dem Rotlichtmilieu junge Ausländerinnen einladen.

Auch zur Terrorabwehr kann die Datei beitragen. „Wir müssen Daten von Terrorverdächtigen, die wir bei den Nachrichtendiensten gelistet haben, bei der Visa-Antragsstellung abgleichen“, betonte der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl. Die neuen Fälle von Korruption bei der Visa-Vergabe bestärkt die Union in ihrer Haltung: „Aus dem Visa-Untersuchungsausschuss wissen wir, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen organisiertem Visa-Missbrauch und organisierter Kriminalität“, erklärte der Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach. *K.B.*

Feige Freunde

Von Theo Maass

Kristina Schröder weht der politische Wind ins Gesicht – der Wind ihrer Gegner. Das verwundert nicht, weil sie eine der wenigen in Merkels Kabinett ist, die klare Kante zeigen. Ihre Kritik am Feminismus brachte der Bundesfamilienministerin die erbitterte Feindschaft von Alice Schwarzer ein. Als „einfache“ Bundestagsabgeordnete hatte Schröder bereits Kritik geübt am Verhalten von Islamisten. Zeitweilig erhielt sie deswegen Morddrohungen. Als zuständige Ministerin befand sie, der Staat müsse auch etwas gegen linksextreme Gewalt unternehmen. Seither ist Schröder Hassfigur der „Antifa“-Lobby.

Aber bei so vielen Feinden – was ist da mit Freunden, mit den eigenen Parteifreunden? Vom 16. bis zum 18. Dezember 2010 wollte die Junge Union Köln eine Bildungsreise nach Berlin unternehmen. Bildungszweck: Studium des Linksextremismus. Tatsächlich kann man da in Berlin einiges an „No-Go-Areas“ für Polizisten, staatlich alimentierten linken Treffpunkten oder besetzten Häusern besichtigen. So beschied das Familienministerium dem Vorhaben Förderungswürdigkeit.

Das ließ der Zeitung „taz“ keine Ruhe. Die Journalisten riefen beim Kölner JU-Kreisgeschäftsführer Patrick Stamm an. Der erzählte etwas über ein paar „hochinteressante Tage in Berlin“, die Stadt sei bekannt als „Hauptstadt der angezündeten Autos“, es gebe eine „aktive linksextremistische Szene“. Und wenn die JUler den Checkpoint Charlie und die Mauergedenkstätte besuchten, habe das mit vergangenem Linksextremismus, dem der DDR, zu tun. Dann wolle man einen Kölner Bundestagsabgeordneten treffen, der in Sachen Linksextremismus kundig sei – und abends … na ja.

Das genügte der „taz“, um zu höhnen: „Das Programm liest sich wie ein gewöhnlicher Hauptstadtausflug für Touristen.“ Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhau, polterte: „Die Junge Union missbraucht wiederholt öffentliche Gelder, das Familienministerium macht sich zum Büttel von Spaßreisen.“ Ulla Jelpke (Linke) sah ihre Chance, die Abwehr des Linksextremismus an sich zu denunzieren: „Diese Fahrt offenbart den ganzen Irrsinn des von der Bundesregierung vertretenen Extremismusansatzes mit seiner Gleichsetzung von Neonazis und linken Antifaschisten.“

Schließlich brach der Kölner CDU-Nachwuchs unter dem Druck der Gegenseiten zusammen und sagte die Reise ab. Damit bescherten sie den Schröder-Gegnern einen fabelhaften Sieg über die wackere Ministerin.

Und nun wissen wir: Mit den eigenen Feinden wird man notfalls fertig. Mutlose, inkompetente Freunde aber können gefährlicher werden als „richtige“ Gegner. Was sagte Don Corleone einmal über dumme Menschen: Sie sind wie defekte Zeitbomben, man weiß nicht, wann sie losgehen.

Am Tatort eines Unrechtsstaats

Berlin: Gefängnis an der Keibelstraße wird Gedenkort für Opfer von DDR-Verbrechen



Wo jahrzehntelang Opfer des SED-Regime neben Schwerverbrechern eingesperrt wurden, saß zum Schluss Ex-DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler ein: Das berüchtigte Gefängnis an der Keibelstraße

Bild: Davids

In der Berliner Keibelstraße sperrte das DDR-Regime politische Gegner mit Schwerkriminellen zusammen. Der Ort, an dem der rote Unrechtsstaat noch heute sichtbar ist, soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Als der Karstadtkonzern 1931 in der Nähe des Alexanderplatzes in der Keibelstraße ein neues Verwaltungsgebäude errichten ließ, ahnte niemand, welch bewegtes Schicksal der Bau erleben würde. 1932 bezog Karstadt dort seine neue Hauptverwaltung, ab 1934 residierte das Statistische Reichsamt an dieser Adresse.

1945 war das Gebäude schwer in Mitleidenschaft gezogen. In dem wiederhergestellten Gebäude sollte schließlich die Volkspolizei der DDR ihr neues Präsidium finden. Hinzu kam ein großes Untersuchungsgefängnis: 140 Zellen mit vergitterten Fenstern, Zellentüren mit schwarzen, schweren Stahlriegeln, eingebauten Toiletten, schmalen Pritschen und kleinen Spiegeln über den Waschbecken an der dunkel gestrichenen Wand, all das ist heute noch sichtbar. In dem Bau fanden zudem die Kripo, eine Feuerwehr, der Stasi-Sportverein Dynamo und eine Abteilung der Stasi Unterkunft. Die Zellen mussten sich DDR-Oppositionelle mit Mördern, Bankräubern und Vergewaltigern teilen. Dazu kamen politisch auffällige Jugendliche, „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ – also eigentlich Leute, die weder politisch „gefährlich“ noch straffällig im rechtsstaatlichen Sinne waren. Das Perfide des SED-Unrechtsstaates war es, Menschen mit „falscher Gesinnung“ oder einem „nicht sozialistischen Lebensentwurf“ mit echten Kriminellen zusammenzusperren. So sollte ihnen demonstriert werden, dass sie in den Augen der SED-Schergen „echte“ Kriminelle sind.

Beim Blick in diese Zellen wird der Zorn der Opfer von einst verständlich, wenn sie die Lobbyisten der damaligen Täter sehen, die heute in den Parlamenten sitzen und die DDR gegen das Urteil verteidigen, ein Unrechtsstaat gewesen zu sein.

Senat will kaum Mittel bereitstellen

In der Keibelstraße wurde Geschichte geschrieben, ja mitunter sogar mitentschieden. Beim Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, dem Mauerbau 1961 und schließlich dem Mauerfall – immer spielte auch der Polizeibau eine Rolle. Die revoltierenden Arbeiter versuchten am 17. Juni den Kerker zu stürmen. Der damalige Polizeipräsident soll angeblich aus Furcht Zivilkleidung angelegt haben. Der Sturm auf das Gebäude misslang jedoch. Am 13. August 1961 bezog Erich Honecker in der Keibelstraße Quartier und leitete mit seinem Einsatzstab von hier aus den Bau der Mauer. 1966 wurde Florian Havemann, der Sohn des oppositionellen Kommunisten Robert Havemann, hier eingeliefert. Er hatte sich beim „Geburtstag der Republik“ 1966 mit Freunden in Zylinder und Frack unter den Festumzug gemischt. Die humorlosen und misstrauischen Stasi-Schergen sahen darin einen Affront. Havemann sei sinnbildlich ausstaffiert gewesen wie bei einer Beerdigung. Die folgte tatsächlich erst 23 Jahre später. Florian Havemann berichtet: „Wir verbrachten die Nacht in den Fluren des Präsidiums, frei stehend, manche 24 Stunden lang. Hinter uns auf und ab gehend Vopos. Neben mir wurde einer zusammengeschlagen, der nicht mehr stehen konnte.“

1968 hatte der Rock-Musiker Toni Krahl gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei protestiert und machte Bekanntschaft mit den kargen Zellen. Nach den Jugendkrawallen im Herbst 1977 füllte sich der Knast erneut mit „Politischen“. Auch bei Ausbruch der Revolution im Oktober 1989 wurden viele Demonstranten hier eingesperrt. Karin Gueffroy, die Mutter des im Frühjahr 1989 erschossenen DDR-Flüchtlings Chris Gueffroy, wurde „zur Klärung eines Sachverhalts“ dort verhört und erfuhr hier erst offiziell vom Tod ihres Sohnes. Bald danach beobachteten Bürgerrechtler Volkspolizisten dabei, wie sie Akten verbrannten.

Wenig später sah die Keibelstraße ganz neue Insassen. Einer der letzten war DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler. Er beschwerte sich bitter über den Diensteifer des Personals. Sie wollten „gegenüber der neuen Obrigkeit besonders diensteifrig erscheinen“, maulte der ehemals bevorzugte Würdenträger des Regimes.

Danach wurde es leer. Gelegentlich kamen Filmemacher vorbei. Teile von „Männerpension“ mit Til Schweiger, „Good Bye Lenin“ und einer RTL-Serie entstanden hier. Kurze Zeit diente das Gefängnis auch als Abschiebegewahrsam für abgelehnte Asylbewerber. Zur Fußball-WM 2006 hatte man ins Auge gefasst, die Zellen für gewalttätige Hooligans zu nutzen – man tat es aber nicht. Seit dem Frühjahr 2010 ist der Gebäudekomplex nun Sitz der Berliner Bildungsverwaltung.

Nun sollen einige Schautafeln aufgehängt werden, die an die Vergangenheit des Gebäudes erinnern. Ein „Lernort“ soll aus dem Gefängnis gemacht werden. Um den Ort zu einen vollwertigen Museum auszubauen, fehlt jedoch das Geld, heißt es – oder fehlt der politische Wille? Schulkassen sollen später hindurchgeführt werden. Die Robert-Havemann-Gesellschaft wird den Lernort betreuen und ausgestalten. Bis zum Spätsommer 2011 soll ein Konzept stehen. Von der Bundesstiftung für Aufarbeitung kommen zunächst 42 000 Euro, vom Berliner Senat, in dem die SED-Erben mitregieren, ganze 30 000. Einige Berichte von früheren Häftlingen liegen bereits vor. Doch noch werden weitere Zeitzeugen gesucht. Betroffene können sich bei Tom Sello, Robert-Havemann-Gesellschaft, Telefon (030) 44 710 811, melden. Sello ist Projektleiter „Friedliche Revolution“ bei der Havemann-Gesellschaft.

Hans Lody

Platzecks Patentrezept

Brandenburg will Ärztemangel mit Mediziner-Import begegnen

Der Mangel von Haus- und Fachärzten wird für Brandenburg zunehmend zum Problem. Die Lage ist bereits angespannt: Das Bundesland leidet ohnehin unter der geringsten Ärztedichte der Republik. Und: Von den praktizierenden Hausärzten ist bereits ein Drittel älter als 60 Jahre. Allein deshalb rechnen Experten damit, dass sich die Situation in den kommenden fünf Jahren dramatisch zuspitzt. Sie rechnen mit ernsten Schwierigkeiten bei der Versorgung: Aktuell gehen sie von 180 fehlenden Hausärzten aus.

Die Arbeitsbelastung der wenigen Mediziner ist entsprechend hoch – und das bei im Bundesvergleich unterdurchschnittlicher Vergütung. Nachwuchskräfte suchen ihr Fortkommen wegen besserer Bedingungen zunehmend in anderen Bundesländern oder gleich im Ausland.

An Vorschlägen, wie die Misere aufgehalten werden könnte, mangelt es nicht: Die TU Berlin schlägt ein Netz von nur zeitweise geöffneten Nebenpraxen oder mobilen Praxen im ländlichen Raum vor. Sabine Troppens, die Autorin der Studie, fordert aber vor allem mehr Ausbildung von eigenem medizinischen Nachwuchs.

Vor allem ländliche Praxen oft unbesetzt

Auch die Geschäftsführung des Klinikums Cottbus drängt seit längerem auf eine verstärkte Ärzteausbildung für die Mark. Die Uni in Frankfurt an der Oder wünscht sich schon lange eine eigene medizinische Fakultät. Die Landesregierung in Potsdam lehnt dies bislang jedoch ab – nicht zu bezahlen, heißt es.

Der Brandenburger Klinikbetreiber GLK reagiert auf seine Weise: Er vergibt selbst Stipendien an angehende Mediziner, wenn die Absolventen nach dem Studium drei Jahre lang vor Ort arbeiten. Das Programm ist ein Erfolg. Ein ähnliches Stipendium hat inzwischen auch der Landrat des Elbe-Elster-Kreises, Christian Jaschinski, eingeführt.

Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hingegen will vermehrt polnische Ärzten anlocken. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung in Brandenburg, Hans-Joachim Helming, hält davon wenig: „Das ist populistisch – Deutschland bildet genug Ärzte aus. Die schlechten Bedingungen treiben sie häufig ins Ausland.“

Noch aus einem anderen Blickwinkel wirkt Platzecks Vorschlag wenig durchdacht. In Berlin sind derzeit 600 Mediziner arbeitslos. Kritiker fordern, Brandenburg solle zunächst dieses Potenzial nutzen, das sich durch Schaffung akzeptabler Arbeitsbedingungen aktivieren ließe.

Norman Hanert

»Haut die Bullen platt!«

Linkes Rockkonzert wurde zum Auftakt für eine Gewaltorgie

Kurz vor Weihnachten erschütterten gewalttätige Übergriffe aus der linken Szene Berlin. Die Gruppe „Slime“ (Schleim) gab im Kreuzberger Szeneklub „SO 36“ ein Konzert mit Parolen wie „Deutschland muss sterben“, „Denn Deutschland, wir tragen dich zu Grab“ und „Dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben bauen, Waffen klauen. Den Bullen auf die Fresse hauen. Haut die Bullen platt wie Stullen. Stampft die Polizei zu Brei. Haut den Pigs (Schweinen) die Fresse ein. Nur ein totes ist ein gutes Schwein.“

Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Lied „Deutschland muss sterben“ keine Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole erkennen können. Während linke Gewaltmusik erstmalig in den Verfassungsschutzberichten von Brandenburg und Niedersachsen Erwähnung findet, bleiben die entsprechenden Behörden in Berlin untätig.

Nach dem Konzert demolierten die Punker ein Auto, warfen die Fensterscheiben von zwei Autohäusern sowie eines Restaurants ein und beschädigten einen Geldautomaten. Zunächst waren nur rund 30 Polizeibeamte vor Ort. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Robbin Juhnke, mutmaßte, die Polizei sei von den Ausschreitungen überrascht worden. Die Ordnungshüter wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, ihre Fahrzeuge beschädigt. Eine mit der Steinschleuder abgefeuerte Glaskugel durchschlug die Scheiben eines Streifenwagens.

Richter verteidigen brutale Texte als Freiheit der Kunst

Die Beamten konnten lediglich zwei Randalier festnehmen. In der Mitteilung des Polizeipräsidenten heißt es: „Punk-Konzert endete ohne nennenswerte Vorkommnisse. Bei dem Einsatz wurde niemand verletzt.“ Innenexperte Juhnke sah die Vorgänge hingegen anders. Er forderte den Senat auf, „seine Sicherheitspolitik zu überdenken und endlich mehr Polizisten einzustellen“.

Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte am Donnerstag bei einem zweiten Konzert von „Slime“ weitere Gewaltorgien. Die Beamten nahmen einen Randalierer fest, der einen Böller geworfen hatte.

Im kommenden Jahr will die extreme Linke in Berlin vor allem gewaltsam gegen Reisende vorgehen. Die Zeitschrift „Interim“ macht ihren Lesern Vorschläge zur Realisierung der „Antitourismuskampagne 2011“. Dort heißt es: „Geldbörsen und Handys klauen, Autos anzünden, Hotels einwerfen, Müll verursachen, Touribusse bewerfen“.

Karin Künne

MELDUNGEN

»Zentrum« jetzt noch später

Berlin – Unmitteolbar zu Weihnachten gab Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) bekannt, dass sich die Eröffnung des in Berlin geplanten Vertriebenenzentrums weiter verzögern werde. Anders als erwartet, so die „Berliner Morgenpost“ am 26. Dezember, werde die geplante Dauerausstellung „nicht vor 2013“ eröffnet. „Ich glaube nicht, dass es in dieser Legislaturperiode zu schaffen ist“, sagte Neumann und wies damit eher ins Jahr 2014 oder später. Salomon Korn vom Zentralrat der Juden hatte im Frühjahr 2010 sogar geäußert, das Zentrum könnte erst im Jahre 2017 eröffnet werden. Als Grund der neuerlichen Verzögerung gab Neumann den Umbau des Deutschlandhauses an. Das sei „bei der einvernehmlichen Entscheidung für diesen Standort bekannt gewesen“, gibt ihn die „Morgenpost“ wieder. Von einer Verschiebung der Eröffnung über 2012 hinaus war bisher deswegen aber nicht die Rede. Beobachter vermuten rein politische Gründe. *PAZ*

Deutsche Opfer unerwünscht

Dresden – Die Partei „Die Linke“ in Sachsen fordert eine schnellstmögliche Umgestaltung des bekannten Denkmals auf dem Dresdner Heidefriedhof. Hier wird auf 14 verschiedenen Sandsteinsäulen der zivilen Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht. So gemahnen allein sieben Säulen an die Opfer der Konzentrationslager, weitere sechs Säulen sind den Opfern von Lidice, Coventry oder Oradour gewidmet. Eine Säule trägt die Aufschrift „Dresden“ und erinnert vor allem an die Toten der schweren Bombenangriffe im Februar 1945. Das empfindet die Linkspartei als störend und meint, dass dies so „geschichtlich nicht richtig“ sei, denn die Dresdner Toten des Bombenangriffs könnten nicht in Zusammenhang mit anderen Kriegsopfern gestellt werden, so der Linken-Sprecher Rico Schubert. *Bel*

Linke Zerreißprobe

Steht die Partei »Die Linke« vor der Spaltung? – Spannung vor der Klausur am 10. Januar

Kurz vor einem Jahr mit sechs Landtagswahlen ergeht sich die Partei „Die Linke“ in Selbstzerfleischung. Die Attacken auf den Co-Vorsitzenden Klaus Ernst geben nur die Oberfläche ab für ein weitaus tiefergehendes Zerwürfnis zwischen den westdeutschen Landesverbänden und dem aus der SED hervorgegangenen Teil der Partei in den neuen Bundesländern.

Beobachter rechnen damit, dass der Streit am 10. Januar eskalieren könnte, wenn sich Parteiführung und Bundestagsfraktion im „Berliner Congress Center“ zur Neujahrsklausur versammeln.

So sehr die beiden Lager auch verwandt sind in ihrer tiefroten ideologischen Grundierung, so trennen sie doch die unterschiedlichen historischen Wurzeln. Zwischen Rügen und Vogtland dominieren nach wie vor die in der DDR geschulten Genossen. Zwar sind sie als Regierungspartei moralisch, ökonomisch und machtpolitisch auf ganzer Linie gescheitert. Dennoch bringen viele Ost-Genossen Jahrzehnte an Regierungserfahrung mit. Daraus hat sich ein gewisser Pragmatismus entwickelt.

In den Medien wird kolportiert, dass Abgeordnete der Linkspartei im Bundestag eine „Landesgruppe Ost“ nach dem Vorbild der CSU-Gruppe innerhalb der Unionsfraktion planten. Bezeichnend für das Selbstverständnis der Urheber, aber auch dafür, was sie von ihren westdeutschen Genossen halten, ist der angebliche Name der Initiative. Sie nennt sich angeblich „Gruppe Vernunft“.

Ganz anders die Masse der Linksparteiler aus der alten Bundesrepublik. Hier speist sich die rote Truppe überwiegend aus Netzwerken, die sich seit den 60er und 70er Jahren vom linken Rand der SPD bis tief ins extremistische Lager hinein entwickelt haben. Nicht von ungefähr ist die DDR-sozialisierte Hardlinerin Sahra Wagenknecht von Berlin lieber nach Nordrhein-Westfalen gezogen, wo sie nunmehr ihren Wahlkreis hat. Wagenknecht ist die Galionsfigur der „Kommunistischen Plattform“, einer besonders radikalen Strömung innerhalb der Linkspartei. In NRW, wo die Linke eine rot-grüne Minderheitsregierung toleriert, brachte sich die Partei an den Rand der Lächerlichkeit, als sie im Wahlkampf ein „Recht auf Rausch“ forderte.

Zwar dementierten führende Vertreter der Linkspartei umgehend alle Gerüchte über eine „Landesgruppe Ost“. Bestätigt jedoch wurde, dass es „Gespräche“ gebe über eine „Plattform der Ost-Parteiinteressen“. Was immer das in der Praxis bedeuten mag: Der Riss ist tief genug, dass er nicht mehr geleugnet wird. Vermutlich liegt auch hierin ein Grund dafür, dass die im Juni 2007 aus der Fusion von PDS und

> **Ost- und West-Linke hatten von Anfang an unterschiedliche Ziele**

WASG hervorgegangene Formation bis heute über kein reguläres Parteiprogramm verfügt. Vermutlich würden im Streit über Grundsatzfragen die unterschiedlichen Positionen der beiden Lager offengelegt, was die Spannungen innerhalb der Linkspartei weiter befeuern dürfte.

Für die Strategen der Linkspartei kommt es ungelegen, dass der seit langem schwelende Dissens nun ausgebrochen ist. Bei den sechs Landtagswahlen 2011 geht es um sehr viel.

Der Marathon beginnt mit der vorgezogenen Wahl zur Hamburger Bürgerschaft. Hier schaffte die Linke 2008 mit 6,4 Prozent den Sprung ins Parlament. Laut der jüngsten Umfrage steht sie bei sieben Prozent. Allerdings hat sie es, anders als 2008, diesmal mit einer führungsstarken und selbstbewussten SPD zu tun. Ex-Arbeitsminister Olaf Scholz will seine Partei nach fast einem Jahrzehnt Opposition wieder an die Macht bringen. Sollten die Linken den Einzug ins Parlament im Zeichen der innerparteilichen Streitereien verpassen, wäre dies ein übler Jahresbeginn für sie. Hoffen kann die Linkspartei indes auf Zufluss aus dem grünen Lager. Hier könnten Linksausleger ihrem Frust über die jüngst gescheiterte schwarz-grüne Koalition durch ein Kreuz am linken Rand Luft verschaffen.

Genau einen Monat später, am 20 März, wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Hier sehen die Demoskopen die Linkspartei deutlich im Aufwind: Mit einem Sprung von 24,1 auf 30 Prozent wären die Dunkelroten nach der jüngsten Umfrage sogar stärkste Partei im Magdeburger Landtag.

Ganz anders in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo es schon eine Woche darauf um die Macht geht. In beiden Ländern liegt die Linkspartei nach der jüngsten Erhebung mit vier Prozent unter der Hürde zum Parlamentseinzug. Im Ländle versucht die Linke, aus dem Streit um Stuttgart 21 Honig zu saugen. Nach dem Schlichterspruch gibt sie sich als Sprachrohr der Fundamentalopposition aus. Parole: „Wir lassen uns nicht vergeißlern!“ Allerdings ist fraglich, ob sie den Grünen die Führung im Protest gegen den neuen Bahnhof streitig machen kann. In Baden-Württemberg wie in Rheinland-Pfalz sieht die Linkspartei ebenso blass aus wie ihre Wahlchancen.

In Bremen treten die Wähler am 22. Mai an die Urnen. Für die Linkspartei erwarten die Demoskopen wenig Dramatisches. Sie dürfte ihr Ergebnis von 8,4 Prozent in etwa halten, heißt es.

Etwas besser könnte es für die Genossen in der Hauptstadt laufen. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sehen Meinungsforscher einen leichten Anstieg für die Linke. Allerdings von einem für Berlin mickrigen Niveau: Bei der vergangenen Berliner Landtagswahl war die PDS von zuvor 22,6 auf 13,4 abgestürzt. Linke Wähler bestraften sie damals für die Kompromisse, die die PDS in der Koalition mit der SPD eingehen musste. *Hans Heckel*



Zwischen „Vernunft“ und „Vergeißlerung“: Linke-Vorsitzende Gesine Lötzsch und Klaus Ernst Bild: dapd

Gefährliche Fusion

BKA und Bundespolizei zu unterschiedlich

Soll da zusammenwachsen, was nicht zusammengehört? Der langjährige Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), der 73 Jahre alte Hans-Ludwig Zachert, lässt kein gutes Haar an der geplanten Fusion der Bundespolizei mit dem BKA. Er sei „fassungslos“ über diesen „unausgegorenen Vorschlag“, den Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) umsetzen will. Eine Arbeitsgruppe unter Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche soll die Fusion vorbereiten, die nach de Maizières Willen bis zu den Bundestagswahlen 2013 beendet sein soll.

> **»Masse schluckt Klasse«**

Im BKA herrsche eine „völlig andere Behördenkultur“ als in der Bundespolizei, so Zachert in der „Welt“. Das BKA mit seiner Sachkompetenz in Sachen detektivischer Ermittlungsarbeit, mit seinen rund 5500 Beamten, „hochspezialisierte Individualisten“, würde unter dem Dach der „paramilitärischen“ Bundespolizei mit ihren über 40 000 Mitarbeitern „eingeebnet“. „Masse schluckt Klasse“ – so Zachert. „Das wäre etwa so, als ob man die Bundesministerien für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit nur deshalb zusammenlegen würde, weil manche meinen, dass es zu viele Ministerien gibt.“

Fatal seien die Pläne gerade jetzt, in Zeiten hoher Terrorgefahr, so Zachert weiter. Der Terrorismus gehöre nämlich zu den wenigen „originären Ausnahmezuständigkeiten“ des BKA, ebenso wie die internationale Kriminalität.

Zur Kritik des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU) und des Niedersachsen Uwe Schünemann (CDU) an den Plänen meint Zachert: „Mich wundert es nicht, dass sie einhellig dagegen sind.“ Die Fusion sei über die Köpfe der Länderinnenminister hinweg geplant worden. Für „sinnvoll“ hingegen hätte Zachert die Fusion aus Bundespolizei und den polizeiähnlich arbeitenden Kräften des Zolls gehalten. Das sei aber am Widerspruch von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gescheitert, der sich geweigert habe, die Zuständigkeit für den Zoll abzugeben – verwunderlich dieses Veto von einem früheren Innenminister, so Zachert. *Anton Heinrich*

Fehlerchen

Vertreibung als »erste Wiedervereinigung«?

Der Ausländerbeauftragte der sächsischen Landesregierung, Dr. Martin Gillo (CDU), soll in der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 4. November dieses Jahres die Aufnahme von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen im Jahre 1945 als „erste Wiedervereinigung“ Deutschlands bezeichnet haben. Dieser Vereinigung sei 1990 der Zusammenschluss von Bundesrepublik und DDR gefolgt, der nun als „dritte Wiedervereinigung“ die Integration von Millionen Zuwanderern folgen müsse. Dies behauptet jedenfalls die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und verweist auf S. 2223 des Plenarprotokolls des Landtages, derzufolge Gillo wörtlich gesagt habe: „Die erste Wiedervereinigung fand 1945 statt, als über 17 Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten in das Restdeutschland kamen und von der Gesellschaft aufgenommen worden sind.“

> **Einer verbreitet Mist: Gillo oder die NPD**

Der *Preußischen Allgemeinen* war es in den Weihnachtsfeiertagen kurzfristig leider nicht möglich, einen Originalbeleg des Sitzungsprotokolls zu bekommen. Skandalös ist der berichtete Vorgang so oder so: Entweder greift die NPD zu ganz außergewöhnlichen Formen der Verächtlichmachung politischer Gegner oder aber der CDU-Abgeordnete Martin Gillo, der von 2002 bis 2004 sogar Wirtschaftsminister seines Landes war und seit kurzem den Professorentitel führt, hat ganz außergewöhnlichen Stuss verbreitet. Beispielsweise mussten die westlich von Oder und Neiße gelegenen Teile Deutschlands im Jahre 1945 keineswegs „über 17 Millionen Flüchtlinge“ aufnehmen, sondern in den Jahren 1945 bis 1948 etwa zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Weitere etwa zwei Millionen überlebten Flucht und Vertreibung nicht, dazu kamen später Millionen Aussiedler, weswegen die Gesamtzahl 17 Millionen auch nicht ganz falsch ist. Jenseits solcher Fehlerchen bliebe es Gillos Geheimnis, was das mörderische Geschehen von 1945 mit der Wiedervereinigung von 1990 zu tun haben sollte. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3216**

Erfolgsrezept Anti-Islamismus

Frankreich: Mehr Zustimmung für Marine Le Pen – Kein »Herumreiten« auf fixen Ideen der Rechten

Die Tochter von Jean-Marie Le Pen könnte an der Spitze der national-konservativen Nationalen Front (FN) für Nicolas Sarkozy gefährlich werden.

Kurz vor Weihnachten erklärte Marine Le Pen im französischen Fernsehen dem Islamismus den Krieg. Die 42-jährige, dreifache Mutter und Tochter des Gründers der FN, Jean-Marie Le Pen, die wahrscheinlich beim nächsten Parteitag am 15. und 16. Januar in Tours ihrem alten Vater an der Spitze der FN nachfolgen wird, forderte, dass der französische Staat aufhören solle, den Bau von Moscheen mit Steuergeldern zu finanzieren. Sie bezichtigte den sozialistischen Oberbürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, dieses „Frevels". Sie gab sich zwar, wie immer, tolerant: Moscheen dürften die Moslems in Frankreich bauen, aber sie sollten „bescheiden", „nicht auffällig" und „ohne Minarette" sein. Letztere würden „immer höher", unterstrich sie. Sie verteidigte die „Konferenz über die Islamisierung unserer Länder", die die FN am 18. Dezember in Paris veranstaltet hat, woran der gewählte Abgeordnete der Schweizerischen Volkspartei, Oskar Freysinger, als Gast teilnahm. Von ihm, dem Urheber des dortigen Kampfes gegen den Neubau von Minaretten, sagte sie, dass er „im Einklang mit seinem Volk" sei. Sie wagte zuletzt einen weiteren Vorstoß, als sie sich für ein Verbot der Finanzierung von Moscheen durch „ausländische Staaten, die die Religionsfreiheit nicht respektieren, darunter Saudi-Arabien", aussprach.

Zwei Wochen davor hatte sich Marine Le Pen abermals im Fernsehen für ein Verbot des moslemischen Gebetes auf offener Straße stark gemacht. Sie weiß, dass eine Mehrheit ihrer Landsleute diese Praxis der Moslems, in bestimmten Städten wie Marseille zur Gebetsstunde Straßen und Bürgersteige in großer Zahl kniend zu blockieren, als eine Provokation empfindet. Sie bezeichnete diese Aktionen als „illegale Besetzung französischen Gebiets". Ihre linken Gegner beschuldigten sie, die Anwesenheit von Moslems in Frankreich mit der deutschen Wehrmachtbesatzung 1940 bis 1944 zu vergleichen. Doch in den Umfragen bekam Marine 27 Prozent Zustimmung und zwölf bis 14 Prozent der Wähler bekundeten, sie würden ihr bei der Präsidentenwahl 2012 ihre Stimme geben. Nach ihren zahlreichen letzten Fernsehauftritten 2010 stieg die Zahl der FN-Mitglieder von rund 20 000 auf zirka 30 000 (die genaue Zahl wird nicht bekanntgegeben). Bewerber melden sich auf ihrem Blog marine.lepen.com. 80 Prozent der Franzosen wollen sie zwar nicht als Staatspräsidentin, aber 30 Prozent der Anhänger der Sarkozy-Partei sind jetzt für eine Koalition auf nationaler Ebene und 34 Prozent für lokale Bündnisse mit der FN. Marine Le Pen ist voll mediantauglich, eine schlagfertige Kontrahentin am Bildschirm, die neulich die ehemalige Favoritin von Sarkozy, Rachida Dati, an die Wand spielte, aber auch verbindlich und geschickter als ihr Vater, dessen Tritte ins Fettnäpfchen kein Segen für die FN waren. Eine echte Gefahr ist sie geworden für Sarkozy, der 2007 Präsident wurde, weil er die Stimmen der FN aufsaugen konnte. Weder seine gescheiterte Debatte über die nationale Identität noch seine Sicherheitsoffensive konnten jetzt die FN zurückdrängen. Marine Le Pens Meinungsumfragen sind besser als diejenigen ihres Vaters, als er 2002 gegen Chirac kandidierte und im ersten Wahlgang das zweitbeste Ergebnis erhielt.



Viel gemäßigter als ihr Vater: Marine Le Pen meidet geschickt politische Fettnäpfchen. Bild: Getty

Wenn sie jetzt gegen den Islamismus in den Kampf zieht und sich zu den Kerndogmen der FN demonstrativ bekennt: Zuwanderungsstopp, nationaler Wirtschaftsvorzug, etappenweise Abtrennung vom Euro, Wiedereinführung der Todesstrafe für bestimmte Verbrecherkategorien, darunter Drogenbosse, Kindermörder, Serienkiller, und Ablehnung der Globalisierung, wogegen sie bisher leider keine klare Remedur hat, so liegt es daran, dass sie den ultrakonservativen Flügel ihrer Partei überzeugen muss, bevor die FN-Delegierten zwischen Professor Bruno Gollnisch und ihr als Parteivorsitzende(r) abstimmen. Aber ihre Chancen, den gebildeten, erzkatholischen Rivalen zu besiegen, der japanische Sprache und Kultur lehrt und mit einer Japanerin verheiratet ist, sind in der letzten Zeit gestiegen. Ihr Vater ist ihre beste Stütze. Ihre beiden politisch engagierten älteren Schwestern Caroline und Yann stehen zu ihr. Ihre Nichte Marion, 20 Jahre, die bereits auf regionaler Ebene Politik macht, ebenfalls, wie insgesamt die junge Generation ihres Lagers.

Noch ist sie nicht mal Parteivorsitzende

Auf dem Gut Montretout im Pariser Vorort Saint-Cloud, das ein Industrieller dem Vater Le Pen vermacht hatte, ansässig, bilden die Le Pens einen keltischen Clan. Der Vater stammt aus der Bretagne. Aber vor allem hat Marine Le Pen die Klientel der FN erweitert. Sie kommt den Konservativ-Liberalen ins Gehege, indem sie sich von Parteifreunden distanziert, die Geschiedenen die Kommunion verbieten möchten (Marine Le Pen wurde zweimal geschieden), und erklärt, dass der Kampf gegen die Abtreibung nicht die erste Priorität der Franzosen ist. Sie war als Europaabgeordnete in Strassburg und Brüssel präsent, stimmte meist mit den anderen rechten Parteien ab.

Spektakulär ist ihre Annäherung an die jüdischen Organisationen Frankreichs, deren Angst vor der arabischen Überflutung sie erkannt hat und findet in diesen Kreisen immer mehr Anklang. Schon im Europaparlament war sie Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel, wurde aber bisher vom jüdischen Staat abgelehnt. Sie betont, dass sie die schockierende Meinung ihres Vaters zum Holocaust – er nannte die Gaskammern ein „Detail" der Geschichte des Zweiten Weltkrieges – nicht teilt. Diese letzte Wendung jüngsten Datums ist ein Trumpf auf ihrem Weg zu einer „entradikalisierten" und „entdämonisierten" Ultrarechten. Der jüdische Philosoph Bernard Henri Levy spricht jetzt von einer „Extremrechten mit menschlichem Antlitz" und Anhänger von Marine Le Pen von einer „FN soft". Sie hat unter ihrem Vater, dem Patriarchen und Haudegen, aber vor allem in der Schule als Le-Pen-Tochter genug gelitten. Als Anwältin in Paris war sie auch oft verfemt, bis sie 1998 nur noch für die FN als Rechtsbeistand arbeitete. Sie ist seit 1986 in der FN engagiert, sie errang 2007 das Abgeordnetenmandat im Wahlkreis Hénin-Beaumont in der maroden Arbeiterregion Nord-Pas de Calais und bekam so die Weihen ihrer Partei. Sie hat weder den Zweiten Weltkrieg noch den Algerienkrieg erlebt. Sie reitet nicht mehr auf den fixen Ideen der französischen Rechtsaußen herum: Antisemitismus, Revisionismus, Rassismus, europafeindlichen Hypernationalismus und katholischen Fundamentalismus, wenn sie auch die christlichen Werte als Leitkultur Frankreichs bejaht. *Jean-P. Picaper*

MELDUNGEN

Nach Seehofers Prag-Reise

Prag – Ein ganz unterschiedliches Echo hat der Besuch von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kurz vor Weihnachten in Prag gefunden. Viele Zeitungen lobten die Reise, ohne sich groß auf die unbewältigte Vertreibungsproblematik einzugehen, die einen solchen Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten 20 Jahre lang verhindert hatte. Die „Welt" schrieb, Forderungen der Sudetendeutschen, „die Benesch-Dekrete aufzuheben, werden damit endgültig ad acta gelegt". „FAZ"-Herausgeber Berthold Kohler kommentierte unter der Überschrift „Kapitulation an der Moldau", die Teilnahme des Sudeten-Sprechers Bernd Posselt diene nur der „Gesichtswahrung" Seehofers. Wenn dieser nun erklärt habe, er wolle „jetzt ein neues Kapitel unserer Beziehungen aufschlagen", habe „auch er" nun ein anderes dafür geschlossen. Posselt selbst sprach hingegen von einem „Durchbruch hin zu mehr Nachbarschaftlichkeit" (s. Seite 6). *K. B.*

Wink aus Oslo an Israel

Oslo/Kiel – Norwegen hat die Erprobung des neuesten von der HDW-Werft Kiel gefertigten U-Bootes für Israel in seinen Gewässern verboten. Der Skagerrak vor der norwegischen Küste erreicht Wassertiefen von mehr als 200 Metern. Die HDW erprobt dort die Tiefentauglichkeit ihrer neuen U-Boote. Ein Abkommen erlaubte hierfür die Nutzung des norwegischen Stützpunktes Marwika bei Kristiansand. Als Gründe für das Erprobungsverbot speziell der für Israel bestimmten U-Boote werden norwegische Rüstungsexportbeschränkungen in Krisengebiete genannt. Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, das Nein hänge mit der derzeitigen israelischen Palästinenserpolitik und der Gaza-Blockade zusammen. *Hans Lody*

Lebensschutz bleibt erlaubt

EGMR betätigt Irland: Abtreibung ist kein Menschenrecht

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Mitte Dezember ein Urteil zur Abtreibungspraxis in Europa und zur Frage der damit einhergehenden Souveränität der Mitgliedsländer gefällt. Geklagt hatten zwei Irinnen und eine Litauerin, die in Irland lebt. Alle drei hatten im Jahr 2005 in England abtreiben lassen. Zwei Klägerinnen hatten ihren Wunsch nach Abbruch der Schwangerschaft mit familiären Motiven begründet, die dritte nannte medizinische Gründe. In Irland sind Abtreibungen seit langem mit hohen (theoretisch sogar lebenslangen) Freiheitsstrafen bedroht. Seit 1983 steht das Lebensrecht der Ungeborenen sogar in der irischen Verfassung.

Die geübte Praxis in Irland verbietet zwar eine Abtreibung im Inland, ohne aber Abtreibungen im Ausland zu ahnden. Sogar die medizinische Nachsorge in Irland wird sichergestellt. Die drei Klägerinnen hatten vorgetragen, dass das Abtreibungsverbot generell ein unverhältnismäßiger Eingriff in ihr Recht auf Privatleben sei. Abtreibungen in England seien „unnötig kompliziert, teuer und traumatisch". In 40 europäischen Staaten sei eine Abtreibung aus gesundheitlichen Gründen möglich. In 30 Staaten sei der Schwangerschaftsabbruch sogar tendenziell erlaubt. Das strenge Verbot in Irland widerspreche einem „europäischen Konsens" und sei deshalb unverhältnismäßig.

Der Urteilsspruch stellte hingegen fest, dass das weitgehende Abtreibungsverbot in Irland nicht gegen Menschenrechte der Frauen verstößt. Man könne aus Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der den Schutz des Familien- und Privatlebens garantiert, kein Recht auf Abtreibung herauslesen. Die Richter bestätigten auch die irische Souveränität in dieser Frage. Der dortige Gesetzgeber habe auf der Grundlage der „tiefen moralischen Werte des irischen Volkes" zwischen den Grundrechten auf Schutz des Privatlebens und dem Recht der ungeborenen Kinder auf Schutz ihres Lebens abgewogen. Es liege im Ermessen jeden Staates, zu definieren, wann das Leben beginne, stellte die Große Kammer des Straßburger Gerichts fest.

Viele Zeitungen ignorierten oder verdrehten das Urteil

Die dritte Klägerin erzielte einen Teilerfolg. Sie soll nun 15 000 Euro Entschädigung erhalten, weil sie eine Abtreibung in Großbritannien habe vornehmen lassen. Die Litauerin war zunächst an Krebs erkrankt, hatte diese Krankheit aber schließlich überwunden. Die Schwangerschaft hätte zu einem neuerlichen Ausbruch der Krankheit führen können, so ein von ihr vorgelegtes ärztliches Attest. In diesem Fall sahen die Richter „ein Recht auf Abtreibung".

2009 wurden in Großbritannien 4422 Abtreibungen gezählt, bei denen die Frauen eine irische Adresse angegeben hatten. Da aber auch Irland in der Praxis weitgehend auf die Strafverfolgung verzichtet, ist die Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbotes eher ein moralischer Appell. Der aber scheint Auswirkungen auf die Kinderzahl zu haben. Irland hat eine der höchsten Geburtenraten in Europa. Radio Vatikan begrüßte das Urteil, während die bundesdeutsche „taz" ihrer Empörung Ausdruck verlieh. Zwei andere Zeitungen verdrehten das Urteil fast in sein Gegenteil: Die Wiener Tageszeitung „Die Presse" titelte mehr als schief „Irland: Abtreibungsverbot verstößt gegen Menschenrechte", während die „Kölnische Rundschau" die Schlagzeile: „Gericht rügt irisches Verbot von Abtreibungen" über ihren Bericht setzte. *Hans Lody*

Weiter kaltgestellt

Chodorkowski für schuldig erklärt – Strafmaß erst im Januar

So wie der zweite Prozess gegen den ehemaligen Jukos-Chef Michail Chodorkowski verlaufen war, hatte niemand ernsthaft mit einem Freispruch des Ex-Oligarchen und seines mitangeklagten Partners Platon Lebedew gerechnet. Genauso wenig hat es verwundert, dass die Urteilsverkündung am 27. Dezember morgens um zehn Uhr unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, obwohl die Sitzung eigentlich öffentlich war und weltweit Aufmerksamkeit erregt hatte. Nach einer 15-minütigen Pause wurden die Journalisten einfach nicht wieder in den Gerichtssaal eingelassen. Auch die Ehefrau des Angeklagten musste ohne Angabe von Gründen den Saal verlassen, als Richter Viktor Danilkin das Urteil verkündete. Chodorkowski und Lebedew vernahmen den Schuldspruch in einem Käfig aus Glas. Das Urteil lautete: Schuldig. Chodorkowski wird für schuldig befunden, 218 Millionen Tonnen Öl unterschlagen und Geldwäsche in großem Stil betrieben zu haben.

Die Aussagen wichtiger Entlastungszeugen wie dem damaligen Regierungschef Michail Kassjanow und dem ehemaligen Wirtschaftsminister German Gref fanden offensichtlich keine Berücksichtigung. Vor allem Gref hatte im Sommer zugunsten Chodorkowskis ausgesagt, indem er die Anschuldigungen als „grotesk" bezeichnete und erklärte, dass der Diebstahl einer so immensen Menge Öl ohne Wissen des Staats unmöglich gewesen wäre. Zum fraglichen Zeitpunkt hätten bereits alle Ölkonzerne unter der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums gestanden.

Während im Westen der Prozess mit Argwohn beobachtet und die Durchführung des Verfahrens als unfair und politisch motiviert verurteilt wird, gibt es in Russland nur wenige Unterstützer für Chodorkowski und Ledbedew, denen es zudem meist an Einfluss fehlt. Wenn jemand Partei für die Angeklagten ergreift, muss er selbst mit der Verhaftung rechnen. Am Montag demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude einige Hundert Menschen und riefen „Freiheit". 20 wurden verhaftet.

Unterstützer fordern: Brot und Wasser für Putin!

Anhänger der Bürgerbewegung „Oborona" (Verteidigung) wagten mutige Aktionen. Sie versammelten sich am Sonntag vor dem „weißen Haus" in Moskau zu einer Protestaktion, bei der sie eine Putin-Figur im Käfig vorführten. Auf einem Transparent war zu lesen „Freiheit für Chodorkowski! Brot und Wasser für Putin!" Zur gleichen Zeit sprühten in Jekaterinburg Oborona-Aktivisten Graffiti mit Porträts von Chodorkowski und Putin mit der Aufschrift „Tausche Putin gegen Chodorkowski" an 80 Häuserwände. Die Vorlage zu diesem „Flashmob" hatte Putin selbst geliefert mit seinem Ausspruch „Diebe gehören ins Gefängnis", mit dem er in der vergangenen Woche das Urteil gleichsam vorweggenommen hatte. Dass bei der Aktion niemand verhaftet wurde, hätten die Protestler „Väterchen Frost" zu verdanken, sagte Stepan Rudakow, einer der Beteiligten, dem Sender „Echo Moskau" in einem Interview. Bei dreißig Grad Kälte sei einfach kein Polizist auf der Straße gewesen.

Wie Chodorkowskis Sohn Pawel glauben viele, dass Richter Danilkin unter direktem Druck Putins steht. In Russland zweifelt so gut wie niemand daran, dass Chodorkowski bis nach der Präsidentenwahl 2012 in Haft bleiben wird. Mit der Veröffentlichung des Strafmaßes wird Anfang Januar gerechnet. Weitere sechs Jahre Haft gelten als wahrscheinlich. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Ungarn im Recht

Von Richard G. Kerschhofer

Wie auf Kommando reagierte Europas internationalistische Medien- und Polit-Schickeria auf die Bekanntgabe des neuen ungarischen Mediengesetzes. Und wie 1999 bei den „Österreich-Sanktionen" sekundierten „politisch korrekte" Vertreter von Schwesterparteien der ungarischen Regierungspartner Fidész und Christdemokraten. Nützliche Idioten, die wohl kaum den Gesetzestext kennen, keine Ahnung von der Ausgangslage haben und zudem ignorieren, wie sehr im eigenen Land die Pressefreiheit eingeschränkt ist: Denn ganz abgesehen von bestimmten Verboten sorgt allein schon die selektive Vergabe von Inseraten und PR-Beiträgen durch öffentliche Hand und Wirtschaft dafür, dass unsere Medien vielfach nur zwischen der erwarteten Selbstzensur und dem Ruin wählen können.

Gegen in Ungarn nun allenfalls verhängte Geldstrafen können Medien jedoch sogar den Rechtsweg beschreiten. Anders als einst dem EU-Nettozahler Österreich kann man aber dem finanzschwachen Ungarn mit wirtschaftlicher Erpressung drohen. Der sozialdemokratische Fraktionsführer im EU-Parlament, Martin Schulz, hat das schon unverhohlen gefordert.

Schlimmer als PID

Von Anton Heinrich

Die Präimplantationsdiagnostik (PID) betrifft ja nicht viele Fälle, verharmlosen deren Befürworter gern. Mit etwa 250 PIDs pro Jahr müsse man rechnen – etwa, wenn Eltern, die mit einschlägigen Krankheiten vorbelastet sind, eine künstliche Befruchtung planen. Die „kranken" Embryonen landen dann im Müll, die „gesunden" können eingepflanzt werden.

Doch hier geht es um die grundsätzliche Frage der vom Herrgott geschenkten Menschenwürde, die sich aus der Gottebenbildlichkeit jedes einzelnen Menschen ableitet – unabhängig von dessen Alter und Gesundheitszustand. Auch ein Achtzell-Embryo ist ein Miniatur-Mensch und entwickelt sich natürlich zu einem solchen, wenn man ihn nur lässt. Damit gilt für ihn das Recht auf Leben, das prinzipiell nicht in die Willkür eines anderen Menschen gestellt werden darf. Es gilt, einen Dammbruch zu verhindern. Es darf nie wieder eine Selektion „lebensunwerten Lebens" geben!

Und dennoch ist der Streit um die PID nur eine Ableitung eines viel gewaltigeren Skandals: In Deutschland wird Jahr für Jahr jedes sechste natürlich gezeugte, gesunde Baby im Mutterleib getötet – ganz legal. Allein 2009 wurden 110694 Abtreibungen vorgenommen, die weitaus meisten ohne zwingende medizinische Gründe. Sollte sich das reiche Deutschland wirklich seine eigenen Kinder nicht mehr leisten können? *Das* ist der eigentliche Skandal, den Politik und Öffentlichkeit seit Jahren beharrlich ignorieren.

Hat Bayern kapituliert?

Von Konrad Badenheuer

Es ist nicht ganz einfach, die als „historisch" angekündigte Reise von Horst Seehofer nach Prag angemessen zu bewerten. Ganz falsch liegen mit Sicherheit jene, die Seehofer gönnerhaft attestieren, Bayern sei jetzt endlich da, wo der Bund und Sachsen schon lange seien. Anders gesagt: Die CSU hätte nicht so viel Tamtam um die Vertriebenen machen sollen. Bemerkenswert bleibt, wie viele in Deutschland so denken.

Auch die einst konservative „Welt" findet keinen Halbsatz des Bedauerns dafür, dass – wie sie meint – mit dem Besuch das Anliegen der Aufhebung der Benesch-Dekrete erledigt sei. Einmal abgesehen davon, dass niemand weiß, was die Zukunft bringt, ist die unterkühlte Gleichgültigkeit, mit der diese Aussage gemacht wird, ein interessanter Gradmesser dafür, wie weit die Dominanz einer in Sachen Menschenrechte zynischen politischen Linken heute in Deutschland reicht. Der Untergang einer Volksgruppe mit einst 3,25 Millionen Menschen wird in der „Welt" ähnlich vermeldet wie ein paar wetterbedingt verspätete Züge – nur um einiges kleiner.

Die „Frankfurter Allgemeine" hat da einen ganz anderen Ton angeschlagen. Herausgeber Berthold Kohler hat das Verhalten Seehofers schroff als „Kapitulation an der Moldau" kommentiert. Auch er bewertet den Besuch offenbar als einen letzten Akt der politischen Hinnahme der Vertreibung durch die deutsche Politik und damit wohl als das Ende der sudetendeutschen Volksgruppe, nur lässt er daran im Gegensatz zur „Welt" Kritik erkennen.

> Manches Wort wirkt zynischer als es ist – und umgekehrt

Verblüffend, dass die Betroffenen selbst die neueste Wendung in der über 1200-jährigen bayerisch-böhmischen Geschichte so viel positiver bewerten. Bernd Posselt, der Sprecher der Volksgruppe, lobte einen „Durchbruch hin zu mehr Nachbarschaftlichkeit", bei dem die Sudetendeutschen „eine zentrale Brückenfunktion" ausübten. Er sprach sich für einen Verständigungsprozess in drei Schritten aus: „Erste Kontaktaufnahme, Vertrauensbildung und letztlich ein Stufenplan der Partnerschaft, der über bloße Nachbarschaft hinausgeht." Posselt lobte sogar „die Herzlichkeit", mit der Premierminister Necas und Außenminister Schwarzenberg die Delegation und auch ihn willkommen geheißen hätten.

Herzlichkeit? Necas Dienstsitz, an dem dieser mit Seehofer – nicht mit Posselt – sprach, hat die Adresse „Edvard-Benesch-Kai 4". Und der Stufenplan? Die „erste Kontaktaufnahme" zwischen den gewählten Vertretern der Sudetendeutschen und der tschechischen Regierung gab es 1990. Wie viele Sudetendeutsche leben noch, wenn in diesem Drei-Stufen-Plan auch nur die Stufe 2 erreicht ist?

Sind diese Lobesworte also reiner Zweckoptimismus? Das auch wieder nicht! Posselt kennt bestens die an bizarren Wendungen reiche Geschichte Böhmens, in der immer wieder das vermeintlich Undenkbare doch eingetreten ist. Und er ist ein aufrichtiger Christ, der an Wunder glaubt. Wer könnte etwas dagegen einwenden, wenn diese Haltung mit einer Rhetorik einhergeht, die den Sudetendeutschen politische Mandate sichern kann?



Horst Seehofer und Petr Necas in Prag: Die Problematik von Vertreibung und Benesch-Dekreten wurde noch einmal angesprochen. An eine Aufarbeitung des Unrechts ist aber nicht gedacht.

Bild: pa

Gastbeitrag



Falsche Moralapostel beherrschen die Szene

Von Konrad Löw

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, dass es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen – nicht zuletzt der Nationalsozialismus – haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von „deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und – da es ersichtlich schlecht begründet ist – ihm auch die Stirn zu bieten. Über ein paar aktuelle Vorgänge dieses politischen Streits möchte ich im Folgenden berichten.

1. Im August dieses Jahres ist ein kleines Wunder geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat auf meine Beschwerde hin einstimmig festgestellt, dass mich der „Aufschrei" der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Jahre 2004, dem die Veröffentlichung meines Aufsatzes „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" vorausgegangen war, in meinen Grundrechten verletzt hat – die *PAZ* hat darüber ausführlich berichtet. Nun hatte ich nie an der Rechtsverletzung gezweifelt, aber Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel. Wenn ich von kleinem Wunder spreche, so deshalb, weil die Erfolgsrate solcher Beschwerden unter einem Prozent liegt. Die Erfahrung mit dem Gericht bestärkt mich in der Überzeugung, dass es überall anständige Menschen gibt und es vor allem darauf ankommt, ihnen gediegene Beweise zu präsentieren. Hier nun ein Kernsatz aus der Entscheidung: „Von vornherein ausgeschlossen sind Äußerungen [der bpb] gegenüber Einzelnen, die allein dem Bestreben dienen, eine behördliche Auffassung, namentlich eine von der Bundeszentrale für richtig gehaltene spezifische Geschichtsinterpretation zur Geltung zu bringen und als einzig legitim oder vertretbar hinzustellen."

2. Das Urteil hatte einen Aufschrei in der Presse zur Folge. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat korrekt berichtet, von der „Welt" kann man das nicht sagen und am anderen Ende der Skala stand die „Süddeutsche Zeitung". Sie brachte am 29. September auf Seite 1 einen vierspaltigen Artikel unter der Überschrift: „Verfassungsgericht schützt Geschichtsfälschung". Doch wer die „Geschichtsfälschung" sucht, sucht vergebens. Das Ganze ist eine Infamie gegen das Gericht wie gegen mich. Abschießend wird auf die Glosse S. 4 verwiesen. Dort ein Produkt aus Häme und Lüge, alles unter der Überschrift: „Dr. jur. absurd".

> Aggressive Polemik der »Süddeutschen« gegen das Verfassungsgericht

Nachdem ich diese Infamien gelesen hatte, stand für mich fest, dass ich alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen muss, um nicht im Sumpf der Journaille unterzugehen. So habe ich Antrag auf Gegendarstellung gestellt, dem das Landgericht München entsprochen hat. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ferner habe ich gegen Heribert Prantl, den Verfasser von „Dr. jur. absurd", Privatklage erhoben. Ob es zu einem Verfahren kommt und wie es endet, wird sich zeigen.

Außerdem habe ich Beschwerde beim Deutschen Presserat eingelegt, der aber nur viermal im Jahr tagt. Der Schluss meiner Beschwerde lautet: „Die ‚Süddeutsche Zeitung' ... wird wohl von rund einer Million Menschen gelesen. Wer als anständiger Mensch den zitierten Vorwürfen Glauben schenkt, kann für den, den die Vorwürfe treffen, nur Verachtung übrig haben. Der soziale Tod des Opfers ist offenbar das Ziel der Verleumdungen. Besonders Gewicht erhalten die Vorwürfe noch dadurch, dass sie der Ressortleiter Innenpolitik, Prof. Dr. Heribert Prantl, erhebt. Ich weiß um meine armselige Position verglichen mit dem Pressegoliath Süddeutscher Verlag. Doch ich vertraue auf das Recht und darauf, dass bei uns Recht vor Macht geht ..."

3. „Hitler und sein Volk" ist der Titel eines Buches, das die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit 2003 vertrieben hat. Auf der Rückseite steht: „Der Autor [gemeint ist ein US-Amerikaner namens Gellately] ... beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit." Darunter „bpb", sonst nichts.

Dieser „Beweis" widerspricht meinen Erkenntnissen. Daher habe ich das Buch besonders genau gelesen, aber nirgendwo diesen „Beweis" entdeckt. Also wandte ich mich nach und nach an alle mitverantwortlichen Stellen, so den Bundesminister des Innern, den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und das für die bpb zuständige Kuratorium des Deutschen Bundestages. Keine dieser Instanzen hat den „Beweis" verteidigt. Die Antworten lauteten: Ich würde den Text missverstehen, der Text gebe nicht die Meinung der bpb wieder, das Buch würde nun nicht mehr ausgeliefert. Nur Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich von dem Text distanziert. Nun ist es tatsächlich so weit: Das Buch steht nicht mehr im Katalog der bpb, obwohl es, so die Auskunft des Vertriebs, immer noch gefragt sei. Offenbar sind auch die Verantwortlichen zu der Einsicht gelangt, dass das Buch gerade nicht beweist, was es beweisen soll. Die vom Steuerzahler finanzierte Bundeszentrale hat ihre Verleumdung „der" Deutschen nicht widerrufen, aber sie verbreitet sie auch nicht weiter – immerhin.

> Die »Bundeszentrale« hat ihre Verleumdung nicht widerrufen, aber gestoppt

4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, dass der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel „Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, dass diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, dass sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine „Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, „Du sollst Vater und Mutter [also die Vorfahren] ehren ...", „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: „Die Würde des Menschen ist unantastbar" – wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, dass die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, dass Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene.

Dr. Konrad Löw ist Jurist und war Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth.

Ein Opfer der Geschichtsvergessenheit

Ausstellung im Deutschen Historischen Museum erinnert an Leben und Werk von Reinhold Begas

Neben Anton von Werner und Adolph von Menzel hat der Bildhauer Reinhold Begas das Erscheinungsbild seiner Epoche bestimmt. Eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum widmet sich dem Schaffen des Bildhauers.

Besucht man in früher Jugend fremde Städte, dann prägen sich einem Dinge ein, von denen man im Erwachsenenalter nicht immer beeindruckt ist. Bei zwei Städten aber und ihren Sehenswürdigkeiten ist es nicht so. Die „Pont Alexandre III." über die Seine in Paris mit ihren prachtvollen Kandelabern und der Neptunbrunnen in Berlin mit seinen mächtigen Bronzefiguren faszinieren noch heute. Beide Prachtwerke entstanden etwa um dieselbe Zeit – zum Ende

Der Bildhauer schuf Monumente für das Kaiserreich

des 19. Jahrhunderts. Die Brücke wurde von Jean Résal (1854–1919), einem Bauingenieur aus Besançon, zur Weltausstellung 1900 errichtet, der Brunnen stammt von Reinhold Begas (1831–1911), geboren als Spross einer belgischen Hugenottenfamilie.

„Begas? Wer ist Begas?" fragt Hans Ottomeyer, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, im Vorwort zum Katalog der gleichnamigen Ausstellung „Begas – Monumente für das Kaiserreich", die sein Haus derzeit präsentiert, und beantwortet seine Frage sogleich:. „Mit Sicherheit einer der berühmtesten Künstler seiner Epoche, welcher der Geschichtsvergessenheit anheim fiel. Wie kein anderer gestaltete er die Bildwelt des Kaiserreichs unter Wilhelm I. und II., schuf die Bildnisse, Bildwerke und Monumente seiner Epoche, ging aber mit ihr unter im Ansturm der Katastrophen des 20. Jahrhunderts, den Weltkriegen und der Zerschlagung der Welt von gestern."

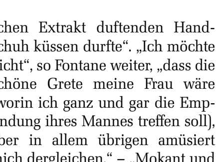
Der Katalog, der zugleich ein Werkverzeichnis mit fast 200 Einträgen enthält, das Jutta von Simson zusammengestellt hat, dürfte über die Dauer der Ausstellung hinaus bleibenden Wert behalten. „Begas wird fortan kein ‚bekannter Unbekannter' mehr sein, sondern der für unser Bewusstsein und unsere Wahrnehmung wiedergewonnene bedeutende Bildhauer, der er war", betont Hans Ottomeyer.



Neptunbrunnen von Reinhold Begas: Er stand ursprünglich vor dem Berliner Stadtschloss. Bild: Archiv

Erstmals nach seinem Tod vor 100 Jahren widmet sich eine monographische Ausstellung dem Ausnahmebildhauer des 19. Jahrhunderts. Wie kaum ein anderer hat er das Bild Berlins in seiner Zeit geprägt. Die hohe künstlerische Qualität seiner Schöpfungen wird den von Schlüter, Canova, Thorvaldsen, Schadow und Rauch gleichgestellt. Bis heute zeugt unter anderem sein Neptunbrunnen, der ursprünglich vor dem Berliner Stadtschloss stand, heute aber zwischen Marienkirche und Rotem Rathaus zu finden ist, von seiner Kunst. Auch die Denkmäler für Schiller am Gendarmenmarkt, Alexander von Humboldt vor der Universität Humboldt und Bismarck am Großen Stern haben den Bildersturm, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg gegen Reinhold Begas und sein Werk richtete, überstanden.

Reinhold Begas ist einer der wenigen Künstler, denen tatsächlich bereits an der Wiege gesungen wurde, dass sie einst den Weg der Kunst einschlagen würden. Sein Vater war der anerkannte Maler Carl Joseph Begas (1794–1854), Taufpaten waren die Bildhauer Ludwig Wichmann, Gottfried Schadow und Christian Daniel Rauch. Reinholds Brüder Oscar, Adalbert und Carl d.J. wurden ebenso Maler und Grafiker wie sein Sohn Werner. Bereits mit sieben Jahren begann Reinhold, Tiere in Wachs und Ton zu modellieren, die er in der ländlichen Umgebung des Hauses „Am Karlsbad" sah. Mit zwölf Jahren nahm er Zeichenunterricht bei seinem Vater, später besuchte er dessen Kompositionsklasse an der Akademie bis mindestens 1853. Ab 1846 besuchte er die Berliner Akademie, wo er Unterricht bei seinen Paten Wichmann, Schadow und Rauch erhielt.



Schon früh wird auch das Königshaus auf den Künstler aufmerksam. 1854 bestellt Friedrich Wilhelm IV. die Ausführung eines Christuskopfes in Marmor bei Begas. Es schlossen sich Aufträge der nachfolgenden Herrscher auf dem Preußenthron für monumentale Werke an.

Nicht immer war die Kritik begeistert. Begas musste sich zwischen Urteil und Vorurteil behaupten. Der Star der damaligen Bildhauerkunst wurde gefeiert und gescholten. Auch sein Privatleben blieb davon nicht unbehelligt. 1863 hatte er die 17 Jahre jüngere Margarethe Philipp (1848–1901) kennengelernt und die damals erst 15-Jährige ein Jahr später geheiratet.

Theodor Fontane berichtete 1878 von einer großen Abendgesellschaft, „wo ich der schönen Grete Begas ihren nach Ylan-Ylan oder einem ähnlichen orientalischen Extrakt duftenden Handschuh küssen durfte". „Ich möchte nicht", so Fontane weiter, „dass die schöne Grete meine Frau wäre (worin ich ganz und gar die Empfindung ihres Mannes treffen soll), aber in allem übrigen amüsiert mich dergleichen." – „Mokant und mit menzelschem Gesellschaftsblick erfasst Fontane die Sachlage; er ironisiert das Rollenspiel, was tatsächlich als ein Spiel mit bourgeoisen Rollen zu begreifen ist, und respektiert doch zugleich aus heiterer Distanz diese gründerzeitlichen Auswüchse einer sinnlichen Bohemien-Kultur", kommentiert Bernhard Maaz im Katalog die Sätze Fontanes. Menzel selbst verlor kein charakterisierendes Wort über Begas, obwohl die beiden sich kannten. „Das Schweigen des ihm fachlich nahestehenden und scharfsinnigen Menzel zählt so zu den Stimmen über Begas, wie die Pausen zur Musik gehören" (Maaz).

Alle politischen Denkmäler Begas' wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört oder wie die Skulpturen der Siegesallee vergraben. Nach seinem Tod war es 1912 zur Versteigerung seines gesamten Nachlasses gekommen, der in alle Winde verstreut wurde. Die Ausstellung bietet nun erstmals einen Überblick über das reiche Œuvre des Bildhauers. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Begas – Monumente für das Kaiserreich" im Deutschen Historischen Museum (Ausstellungshalle von I. M. Pei, Hinter dem Zeughaus) ist bis zum 6. März täglich von 10 bis 18 Uhr zu geöffnet, Eintritt 6 Euro. Der Katalog (416 Seiten) aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 34 Euro.



In Kürze

Nationale Traditionen

Ein nicht zu überschätzender Reichtum der Bundesrepublik ist die deutsche Orchester- und Theaterlandschaft, die zu den interessantesten Gebilden in der Welt gehört. Diese vielfältige Orchester- und Theaterstruktur war in den vergangenen Jahrzehnten das Fundament für eine grandiose Entwicklung der deutschen Musik, der Oper und des Theaters. Viele dieser künstlerischen Ergebnisse gehören heute zur Weltkultur.

Es ist ein bedauernswerter Zustand, dass im heutigen Kulturbewusstsein dieser Umstand scheinbar keine Rolle mehr spielt. Wir kümmern uns viel mehr um die kulturellen Traditionen der Emigranten in unserem Land als um unser eigenes kulturelles Erbe. Aber es ist ja auch nicht verwunderlich, wenn 80 Prozent unserer Schüler keinen Musikunterricht bekommen und so der verflachenden Rock- und Popmusik ausgeliefert sind.

Das ist auch der Grund, warum unsere Theater mit ihren Spielplänen große Sorgen haben. Daran ist nicht die Ideenlosigkeit der Theaterleitungen schuld, sondern der Abbruch der Entwicklungslinien der großen deutschen Musik- und Theatertraditionen. Die Spielpläne brauchen neue Repertoire bildende Werke. Sie müssen aufhören und davon befreit werden, den immer kleiner werdenden Kreis der populären Opernwerke mit immer neuen, die ursprünglichen Inhalte der Libretti verfälschenden Aktualisierungen zu belegen. Hier wird die in unseren Landen so hoch entwickelte Opernform zerstört und die Musik der Opernpartituren zu einer beliebigen Begleitmusik degradiert.

Die Kultur gehört als ein untrennbarer Bestandteil zur Bildung und ist ein bedeutendes Identifikationsmerkmal für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Die nationalen Kulturtraditionen müssen wieder in das Bewusstsein unserer Menschen zurückgeholt, sie müssen Ausgangpunkt für neue künstlerische Entwicklungen werden.

Siegfried Matthus

Hoffnung der neuen deutschen Kunst

Berliner Galerie zeigt Arbeiten des Pommern Hans Hartig und anderer Schüler des Malers Eugen Bracht

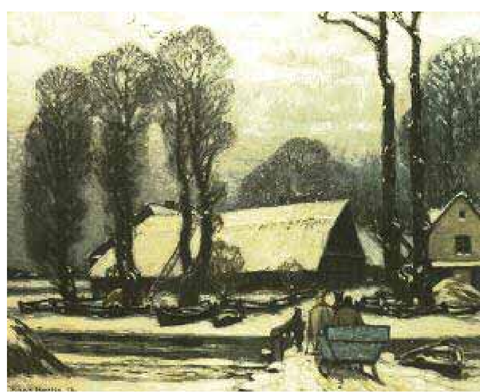
Der Begriff „Bracht-Schule" tauchte erstmals um das Jahr 1898 auf, als Eugen Bracht (1842–1921), Leiter der Landschafterklasse an der Berliner Akademie, seinen Schülern die Möglichkeit einräumte, das im vergangenen Studienjahr Erreichte im Rahmen der „Weihnachtsausstellung" der Akademie im damaligen Ateliergebäude im Siegmundshof

Der Kaiser verstand »das Zeug« nicht

zu präsentieren. Doch nicht nur diese Freiheit, die sich Bracht für seine Studenten herausnahm, machte ihn für Vorgesetzte verdächtig, wie er in seinen Lebenserinnerungen schrieb. Sein neuer Malstil, mit dem er sich deutlich dem Impressionismus annäherte, tat ein Übriges: „... auch der Kaiser hatte sich sehr scharf gegen meine neue Wendung ausgesprochen; er verstehe das Zeug nicht, was ich jetzt male und sei froh, dass er anständige Bilder von mir habe! Er ließ mich durch Graf Mirbach und (...) Scholl ernstlich verwarnen, ich solle solch dummes Zeug doch unterlassen und bei meiner alten Malweise bleiben."

Als im Jahr 1901 die Stelle des Leiters der „Meisterklasse Landschaft" vakant wurde, machte man ihm klar, dass er wegen seiner liberalen Weltsicht keineswegs damit rechnen könne, diesen Posten zu übernehmen. Man würde ihn zwar ins Beamtenverhältnis übernehmen, womit für sein Auskommen und das seiner Familie gesorgt wäre, aber eine weitere Karriere war mit seiner Einstellung in Berlin nicht zu machen.

Der sächsische König war diesbezüglich jedoch weitsichtiger und ließ den Maler an seine Akademie berufen. Mit dem Jahreswechsel 1901/02 zog Bracht nach Dresden um – und mit seinem Weggang beendete eine Anzahl von Studenten ihr Studium an der Berliner Akademie, während sieben weitere ihrem Lehrer nach Dresden folgten. Zu seinem Abschied aus Berlin richtete der Verein Berliner Künstler Eugen Bracht und seinen Schülern eine Ausstellung aus, die in der letzten Woche des Jahres 1901 im Künstlerhaus eröffnet wurde. „Dass weite Kreise von Kunstfreunden angesichts des hier Gebotenen von Neuem bedauern, dass Berlin eine solche Kraft verliert, wird die hauptsächlichste Folge dieser Bracht-Ausstellung sein", war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen. Und genau dies wollte man damit auch erreicht haben. Spätestens jetzt war die „Bracht-Schule" zu einem festen Begriff geworden, der jene Künstler bezeichnete, die einst unter Eugen Bracht studiert hatten und sich ebenso wie dieser dem „gemäßigten Impressionismus deutscher Prägung" anschlossen. Zu jenen sieben „Getreuen", die ihrem Meister nach Dresden folgten, gehörte auch der Pommer Hans Hartig (1873 Carvin – 1936 Berlin), den Bracht einmal als einen seiner begabtesten Schüler



Hans Hartig: Winterabend in Masuren (Öl, 1916) Bild: gbw

Hartig gilt als begabtester Schüler

bezeichnet hatte. Beispielhaft an seinem Werk ist zu erkennen, wie das impressionistische Sehen – zum Teil vollkommen unabhängig von Frankreich – sich schließlich auch in Deutschland durchsetzte.

Seit Hartig 1901 zum ersten Mal an der Großen Berliner Kunstausstellung teilgenommen hatte – sein dort gezeigtes Gemälde wurde sogleich vom preußischen Staat für die Nationalgalerie erworben –, galt er als große Hoffnung der neuen deutschen Kunst. 1910 erhielt er den renommierten Helfft-Preis und war seitdem endgültig eine der bekannteren Künstlerpersönlichkeiten Deutschlands. Seine Nähe zur Berliner Secession beschränkte sich auf einige wenige Jahre, da er sich – ähnlich wie Heinrich Zille – in der mondänen Gesellschaft, die dort verkehrte, weniger wohl fühlte.

Neben Hans Hartigs Werk, das mit 45 Arbeiten (darunter Motive aus Danzig, Pommern und Ostpreußen) vertreten ist, zeigt die Ausstellung weitere 15 Gemälde von Bracht-Schülern, die – heutzutage allesamt nahezu vergessen – den wahren Stellenwert der deutschen Kunst jener Tage erhellen helfen. Die Berliner Ausstellung soll dazu beitragen, dass diese Kunst endlich eine neue, ihr angemessene Bewertung erfährt. *gbw*

Die Ausstellung „Hans Hartig und die Maler der Bracht-Schule" in der Galerie Barthelmess & Wischnewski, Giesebrechtstraße 10, Berlin, ist bis zum 22. Januar 2011 montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18.30 Uhr sowie sonnabends von 11 bis 15 Uhr geöffnet.

MELDUNGEN

»Kaiserbrief« ausgestellt

Herrenchiemsee – Das neue Jahr 2011 ist das 125. Todesjahr Ludwigs II. Das „Haus der bayerischen Geschichte“ wird deshalb die diesjährige Landesausstellung dem Bayernkönig widmen. Vom 14. Mai bis 16. Oktober wird die Ausstellung mit dem Titel „Götterdämmerung – König Ludwig II.“ im Neuen Schloss der Insel Herrenchiemsee zu sehen sein. Die Präsentation ist in fünf Themenbereiche gegliedert, in denen je eine der nachfolgenden fünf Fragen behandelt wird: Wie wurde Ludwig König? Wie führte der König Kriege? Wie schuf sich der König seine Gegenwelten? Wie wurde Ludwigs Königreich modern? Und wie schließlich starb Ludwig – wurde er zum Mythos? Zweifellos ein Höhepunkt der Ausstellung ist der sogenannte Kaiserbrief. Erstmals wird die Öffentlichkeit auf Herrenchiemsee die Möglichkeit erhalten, das Original des Schreibens zu betrachten, in dem der Bayer mit Datum vom 30. November 1870 und einem vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck entworfenen Text den preußischen König Wilhelm I. bat, die Kaiserkrone anzunehmen. Daneben wird die Ausstellung wertvolle Kunstwerke aus deutschen und ausländischen Sammlungen zeigen. Es ist geplant, die Ausstellungsbesucher in eine moderne Theaterinszenierung zu versetzen. Junge Computerkünstler sollen die Räume in heutiger Bildsprache bespielen. In Drei-D-Simulationen entstehen die ungebauten Träume des Königs wie Schloss Falkenstein, ein Flug über den Alpsee oder ein chinesischer Palast inmitten der alpinen Bergwelt. Für die Landesausstellung öffnete das Geheime Hofarchiv der Wittelsbacher den Ausstellungsmachern seine Türen. Die wohl am meisten interessierende Frage im Zusammenhang mit dem mysteriösen Monarchen, die nach seiner Todesursache, wird diese Ausstellung zwar trotzdem nicht beweiskräftig beantworten können, doch Indizien bietet sie schon. *Norbert Matern*



Ludwig II. Bild: Archiv

Neujahrskonzert aus Wien

Wien – Menschen aus 70 Ländern, vor allem Freunde des Wiener Walzers und des „Walzerkönigs“ Johann Strauß, freuen sich Neujahrsmorgens auf die Rundfunkübertragung des Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker aus dem Goldenen Saal des Wiener Musikvereins. Ein „Außerordentliches Konzert“ machte am 31. Dezember 1939 den Anfang. Seit dem zweiten Konzert am 1. Januar 1941 findet es am Neujahrstag statt. Seit 1959 überträgt das ORF das Konzert. Am Sonnabendmorgen um 11.15 Uhr ist es im ZDF wieder so weit. *Manuel Ruoff*

Preußens Kroninsignien zurückgekehrt

Die Kleinodien sowie die Schätze aus der Silberkammer der Hohenzollern im Schloss Charlottenburg

Seit dem 18. Dezember ist im Schloss Charlottenburg der preußische Kronschatz zu bestaunen. Die Ausstellung zeigt 600 Exponate auf 300 Quadratmetern und ist in dieser Form einzigartig.

Im Kronschatz wurden an allen europäischen Höfen die Gegenstände mit höchstem symbolischen Wert zusammengefasst. Außer Kurschwert, Reichsschwert und Reichssiegel gehören als wichtigste Insignien der preußischen Monarchie die Kronkarkassen aus purem Gold, das Zepter und der Reichsapfel dazu. Letztere wurden eigens zur Inthronisation des ersten preußischen Königspaares Friedrich I. und Sophie-Charlotte angefertigt. Den Edelsteinbesatz der Kronen entfernte man gleich nach der Krönung wieder, um ihn anderweitig zu verwenden. Er ist heute nicht mehr vorhanden. Der ebenfalls zum Kronschatz gehörende Funeralhelm wurde zum Begräbnis des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 geschaffen. Der vergoldete Totenhelm wurde zum Tode eines Herrschers auf dessen Sarg getragen.

Die wertvollen Stücke verwahrte man in einem Tresor im Stadtschloss in Berlin, bevor sie im Rahmen einer musealen Präsentation im Hohenzollernmuseum im Schloss Monbijou ausgestellt wurden. Nach dem Ende der Monarchie kam es zu einer Aufteilung der Kroninsignien. Ein Teil ist im Besitz des Hauses Hohenzollern, ein anderer gehört zu den Beständen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG).

Macht und Status repräsentierten aber auch die Kronjuwelen. Als unteilbarer Familienbesitz überließ man sie den einzelnen Mitgliedern immer nur leihweise. Dem Kronschatz ebenfalls eingegliedert sind die mit zahlreichen Brillanten besetzten Tabatièren Friedrichs des Großen. Der dem höfischen Luxus eher distanziert gegenüberstehende König ließ seiner Leidenschaft des Sammelns edler Preziosen scheinbar freien Lauf. So sind heute acht dieser prächtigen Objekte in der Ausstellung zu bewundern.

Schätze ganz anderer Art bargen die Silberkammern. Alle wichtigen Schlösser der Hohenzollern besaßen diese Gewölbe, die kostbares Tafelgerät aus Edelmetall, Gerätschaften und Geschirre zur Ausstattung der Tafel, Gefäße für Silberbuffets sowie Huldigungsgeschenke für Hochzeiten und Regierungsantritte beherbergten. Bei großen Essen zu wichtigen politischen Anlässen waren üppig mit Gold und Silber bestückte Tafeln die Regel. Die so präsentierten Kostbarkeiten waren jedoch nicht nur Zierrat, sondern auch Reichtum, der notfalls durch Einschmelzen im wahrsten Sinne des Wortes flüssig gemacht werden konnte. Der preußische Hof musste diese Art der Geldbeschaffung sowohl im Dreißigjährigen als auch im Siebenjährigen und in den napoleonischen Kriegen in erheblichem Umfang wahrnehmen. Was bei diesen Gelegenheiten nicht eingeschmolzen worden war, sondern sich beim Ende der Monarchie noch in der Silberkammer befand, nahm Wilhelm II. mit in sein niederländisches Exil. Die Schätze sind für Berlin jedoch nicht verloren, da die niederländische Stiftung Haus Doorn freundlicherweise viele dieser Stücke als Dauerleihgaben zur Verfügung gestellt hat.



Die ab dem 18. Jahrhundert vom Hof in Meißen oder bei der Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) bestellten umfangreichen Porzellanservices wurden ebenfalls der Silberkammer zugeordnet. Ausreichend Personal stand hier zur Verfügung, um die Aus- und Eingänge, das Säubern und Auflisten unzähliger Geschirrteile zu verwalten.

Die Ausstellung präsentiert die wertvollen Stücke teilweise in Form gedeckter Tafeln. So können die Besucher sich nicht nur an dem faszinierenden Farben- und Formenreichtum erfreuen, sondern auch noch über höfische Tischkultur im Laufe der Jahrhunderte informieren.

Dank der Leihgaben des Hauses Hohenzollern, seines Chefs Georg Friedrich Prinz von Preußen, des Landes Berlin und der Stiftung Haus Doorn sowie der Rudolf-August Oetker Stiftung, der Dussmann-Stiftung und weiterer Mäzene hat das Land Berlin hier ein brillantes Weihnachtsgeschenk eines Kunstschatzes von erheblicher kulturhistorischer Bedeutung erhalten. *Silvia Friedrich*

Die Ausstellung im Schloss Charlottenburg, Spandauer Damm 20-24, 14059 Berlin, Telefon (0331) 9694-200, Fax (0 331) 9694-107, E-Mail: info@spsg.de, ist das erste Quartal täglich außer montags von 10 bis 17 Uhr sowie von April bis Oktober täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Die Ausnahmen an den Feiertagen sind zu erfragen. Der Eintritt beträgt 12/8 Euro.

Als Hamburg eine Metropole Frankreichs war

Vor 200 Jahren wurde die Hansestadt Amtssitz des Generalgouverneurs der Hanseatischen Departements

Von Lissabon bis Wladiwostok“ eine Freihandelszone – Russlands Premier Wladimir Putins jüngster Vorschlag hat Tradition. Vor 200 Jahren schwebte Napoleon ein Kontinentalsystem vom Atlantik bis zum Pazifik vor, bis an die Grenzen Chinas reichend. Die antibritische Kontinentalsperre sollte den eurasischen Doppelerdteil umfassen. Anfang Oktober 1810 fasste der Imperator den Entschluss, Russland zu unterwerfen – im Frühjahr 1812. Eine umfangreiche Aufrüstung rollte an.

Am 13. Dezember 1810 beschloss der Pariser Senat den Anschluss großer Teile Norddeutschlands. Die neue „natürliche Grenze“ im Nordosten Frankreichs war jetzt nicht mehr der Rhein, sondern die Elbe – vorerst zumindest. Um die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck herum, um Osnabrück und Minden, um Oldenburg und Bremerlehe, dem heutigen Bremerhaven, im Umkreis von Lüneburg und Stade erstreckten sich Napoleons drei „Hanseatische Departements“. Am 1. Januar 1811 ordnete Bonaparte die Einteilung in die Departements der Elbemündung (Département des Bouches de l'Elbe) mit Hauptsitz Hamburg, der Wesermündung (Département des Bouches du Weser) mit Hauptsitz Bremen und der Oberems (Département de l'Ems-Supérieur) mit Hauptsitz Osnabrück an. Am 27. April 1811 kam das Departement der Lippe (Département de la Lippe) mit Hauptsitz Münster hinzu.

Die drei Departements Oberems, Wesermündung und Elbmündung bildeten ein „Generalgouvernement“, ein Besatzungsgebiet. Eine vollständige Integration ins Empire war vorgesehen. In Hamburg, das als eine von 49 Städten im Kaiserreich mit dem Ehrentitel „bonne volle de l'Empire francais“ ausgezeichnet wurde, residierte als Generalgouverneur der Marschall Louis-Nicolas Davout.

Der Sieger von Auerstedt stellte bis Anfang 1812 das I. Korps der gegen Russland gerichteten Grande Armée zusammen. Ein II. Korps stieß dann aus der Mitte Deutschlands hinzu, nahm seinen Weg über die Elbfestung Magdeburg. Ein III. Korps rückte aus Norditalien heran, Dresden ansteuernd. Im Juni 1812 überschritten 600 000 Soldaten des Kaiserreiches und seiner Verbündeten die Memel.

In den Hanseatischen Departments spielten jetzt Zivilwalter die Hauptrolle, neben deutschen auch französische. Auf der anderen Seite saßen norddeutsche Politiker nun in einem französischen Zentralparlament, dem Pariser Corps législatif. Aus Hamburg gehörte der bisherige Senator Amandus Augustus Abendroth dazu, ein wendiger Politiker, der 1830 noch Bürgermeister wurde.



Bild: Wikipedia

„Prospekt der Kaiserlich Französischen Stadt Hamburg“: Aquarell von Johann Marcus David

Die allgemeine Kriegsdienstpflicht, und dann auch noch für eine fremde Nation war neu. Diese Aushebungen erregten ebenso Unmut in der Hamburger Bevölkerung wie die finanzielle Ausplünderung durch die Besatzungsmacht und die Kontinentalsperre mit ihrer schädlichen Wirkung auf den Handel.

Angesichts dieser mit Napoleons Diktatur verbundenen Strapazen trat im Bewusstsein und dem kollektiven Gedächtnis der Hamburger der Modernisierungsschub, den die französische Besatzung brachte, in den Hintergrund. Das Steuersystem wurde einfacher, die öffentlichen Haushalte durchsichtiger. Eine breite Chaussee begann Paris und Hamburg miteinander zu verbinden.

Der Brand von Moskau im September 1812 markierte dann die Wende. Die zurückflutenden Reste der Großen Armee und die nachsetzenden alliierten Truppen machten sich in Norddeutschland zuerst bemerkbar. Von März bis Mai 1813 war die französische Stadt „Hambourg“ russisch besetzt, das alte politische System wurde wiederhergestellt.

Generalgouverneur Davout gelang es jedoch, die Elbmetropole zurückzuerobern. Daraufhin legte sich im Dezember 1813 ein russischer Belagerungsring um die Doppelfestung „Hamburg-Haarbourg“. Davout ließ die 30 000 ärmsten der 100 000 Bewohner vertreiben, um dem Gegner ein Aushungern der Festung zu erschweren. Die Elbe war wochenlang zugefroren, die Lazarette überfüllt. Vor den Mauern und Wallanlagen wurden ganze Siedlungen demoliert, einige Dörfer im Vorfeld von französischen Militärs niedergebrannt. Die Belagerung dauerte bis zum Ende der Befreiungskriege an. Erst nach der Abdankung Napoleons und der Restauration der Bourbonenherrschaft übergaben die Franzosen auf ausdrücklichen Befehl Ludwigs XVI. die deutsche Stadt den Belagerern und zogen ab.

Dieses schlimme Ende hat viele Norddeutsche veranlasst, die kurze Zugehörigkeit zu Frankreich als eine einzige Katastrophe zu betrachten. Zum Teil bis heute hat sich die anklagende Bezeichnung der „Franzosenzeit“ gehalten – zwar nicht unbedingt differenziert, aber sozialpsychologisch nur zu verständlich.

Am Zweiten Weltkrieg haben wir noch katastrophaler erlebt, welche ungeheuren humanen und sozialen „Kosten“ durch Versuche entstehen können, einen Wirtschaftsraum „von Lissabon bis Wladiwostok“ mit gewaltsamen Mitteln zu schaffen. Allein friedliche, föderalistische Wege sind beschreitbar. *PAZ/I.H.*

»Romantiker auf dem Königsthron«

Friedrich Wilhelm IV. war Künstler, Schriftsteller, Träumer – aber eben auch der sechste König von Preußen

Sein eigener Bruder bezeichnete ihn als „Schwätzer“ und „Memme“, Heinrich Heine als einen vornehmen Geist mit viel Talent, aber auch als schlechten Regenten. Und für den Historiker Uwe A. Oster war er „ein König in falscher Zeit“. Vor 150 Jahren starb König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

In der Nacht auf den 2. Januar 1861 starb der preußische König Friedrich Wilhelm IV. Seine letzten Jahre waren von schwerer Krankheit überschattet. Bereits 1858 hatte er die Regentschaft an seinen Bruder, den späteren Kaiser Wilhelm I., übergeben müssen. Vielleicht war es dem künstlerisch hochinteressierten König zumindest eine kleine Genugtuung, dass er in dieser Zeit noch einmal nach Italien reisen konnte. Erstmals war dieser bereits früh gehegte Wunsch 1828, als Preußen noch von seinem Vater Friedrich Wilhelm III. regiert worden war, in Erfüllung gegangen. Von den nachhaltigen Eindrücken, die diese Reise hinterlassen hat, zeugen Spuren in der regen Bautätigkeit Friedrich Wilhelms IV. Bereits als Kronprinz stand er maßgebend hinter der Errichtung des von Karl Friedrich Schinkel entworfenen Alten Museums. Visionär war die zu seinen Lebzeiten nicht zu verwirklichende Idee der Gestaltung der (später sogenannten) Museumsinsel. Eine Synthese von antiker und christlicher Kunst schwebte ihm vor. Eigenhändig und äußerst begabt fertigte der König Landschaftsskizzen an. Allerdings war es auch eine solche Skizze, die Ernst Ludwig von Gerlach ausweislich seines Tagebuchs irritierte: Im November 1848 hatten die Truppen des Generals Friedrich von Wrangel Berlin gerade wieder unter Kontrolle gebracht. Mit dem König und seinen engsten Beratern sollte nun das weitere Vorgehen besprochen werden. Friedrich Wilhelm IV. brachte jedoch der Zeichnung, die er gerade anfertigte, wesentlich größeres Interesse entgegen als der angespannten politischen Lage.

Diese Anekdote ist wohl bezeichnend für den Monarchen, über den Heinrich Heine dichtete: „Ich habe ein Faible für diesen König./Ich glaube, wir sind uns ähnlich ein wenig./Ein vornehmer Geist, hat viel Talent./Auch ich, ich wäre ein schlechter Regent.“ Wohl in dieselbe Richtung weisend, aber etwas milder nimmt sich die Bezeichnung vom „Romantiker auf dem Thron“ aus, unter der Friedrich Wilhelm am ehesten im Bewusstsein der Nachwelt geblieben ist.

Der 1795 geborene, älteste Sohn der nachmaligen Königin Luise galt als sehr gebildet, was er maßgeblich seinem Erzieher Frédéric Ancillon verdankte. Auf diesen ging wohl auch die klar ablehnende Haltung des Königs gegenüber revolutionären Bestrebungen zurück. Nicht das Willkürliche gelte es in die Welt zu setzen, sondern das organisch Gewachsene fortzubilden.

Die 1823 geschlossene Ehe mit Elisabeth Ludovika von Bayern, die zunächst ihren katholischen Glauben behielt und erst spät zum Protestantismus übertrat, blieb kinderlos. Friedrich Wilhelm äußerte, die ursprüngliche Standfestigkeit Elisabeths bezüglich ihres Katholizismus, die in Preußen auf Widerspruch stieß, mache ihm seine Braut nur noch teurer.


Bild: Archiv

Friedrich Wilhelm IV.: der König mit den Insignien seiner Macht im Jahre 1847

Eine ideale, auch an einem verklärten Mittelalterbild orientierte Weltsicht war zeitlebens typisch für den König. So träumte er beispielsweise von der Wiederherstellung der Einheit der christlichen Kirchen.

Ein ausgeprägtes Bewusstsein hatte er für sein Gottesgnadentum. Preußischer König wurde Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840. Ein Recht des Volkes auf Beteiligung an der Regentschaft existierte in seiner Vorstellungswelt nicht, eine solche Beteiligung war für ihn höchstens als vom Monarchen zugestandener Akt der Gnade denkbar.

Der grüblerische, wenig entscheidungsfreudige König, der zudem dazu neigte, sich auf mehrdeutige Weise auszudrücken, sah sich in den 1840er Jahren mit Herausforderungen konfrontiert, denen er mit völligem Unverständnis gegenüberstand. Das engste Umfeld beklagte die Handlungsschwäche in klaren Worten, für seinen Bruder und späteren Nachfolger Wilhelm war er ein „Schwätzer“ und eine „Memme“.

Bei seinem Regierungsantritt hatte er ursprünglich große, aber auch überzogene Hoffnungen auf Liberalisierung geweckt. So rehabilitierte er etwa Ernst Moritz Arndt und holte die Gebrüder Grimm aus ihrem Kasseler Exil nach Berlin. Auch den Katholiken kam er entgegen: Den bereits 1839 aus der Haft entlassenen Kölner Erzbischof, der auf dem Höhepunkt des Kölner Kirchenstreits festgesetzt worden war, erkannte er offiziell wieder an. Im September 1842 wurde in Anwesenheit des Königs in einem Festakt öffentlichkeitswirksam der Weiterbau des Kölner Doms in Gang gebracht.

Den Erlass einer Verfassung lehnte Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1847 noch rundweg ab, wie er dem Vereinigten Landtag bedeutete. Auf Zugeständnisse im Zuge der Revolution von 1848/49 ließ er sich nur ein, wenn die Lage völlig ausweglos schien – etwa nach dem unglücklich verlaufenen 18. März 1848, als es in Berlin, verursacht durch ein Missverständnis, zu blutigen Auseinandersetzungen mit 270 namentlich bekannten Toten gekommen war. Widerwillig und für ihn erniedrigend musste der König am 21. März mit schwarzrotgoldener Schärpe durch die Hauptstadt reiten. Eine Verfassung ließ sich nun nicht mehr umgehen, doch gelang es, diese in einer Form zu erlassen, die zwar parlamentarische Mitwirkung vorsah, dem Monarchen jedoch einen Großteil seines Einflusses beließ. Die im Dezember 1848 vom Ministerium des

> Anders als später sein Bruder lehnte er die Kaiserkrone ab

Grafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg oktroyierte Verfassung wurde Anfang 1850 noch einmal revidiert und blieb bis 1918 in Kraft.

Am 3. April 1849 trug ihm eine Deputation der Frankfurter Nationalversammlung die Kaiserkrone an. Eine Annahme, sozusagen aus Volkes Hand, war für Friedrich Wilhelm IV. also völlig undenkbar. Grundsätzlich war er zwar der Meinung, auch ein Hohenzoller könne die Reichskrone tragen, aber nicht auf diese Weise, verunehrt vom „Ludergeruch der Revolution“.

Der Historiograph des preußischen Staates, Leopold von Ranke, urteilte über den König: „Er hatte vielleicht mehr Gemüth, als der Staat ertragen kann.“ Uwe A. Oster wählte in seiner unlängst erschienen Geschichte Preußens die Kapitelüberschrift: „Ein König in falscher Zeit“. Dies dürfte auf Friedrich Wilhelm IV. auf jeden Fall zutreffen. *Erik Lommatzsch*

Schauerte wird Vizepräsident der SPK

Der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat unter dem Vorsitz von Kulturstaatsminister Bernd Neumann einstimmig Günther Schauerte zum neuen Vizepräsidenten der SPK gewählt. Schauerte ist derzeit Stellvertretender Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz. Er wird am 1. August 2011 Norbert Zimmermann nachfolgen, der das Amt seit 1997 innehat und in den Ruhestand tritt.

Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zeigte sich mit der Wahl sehr zufrieden: „Günther Schauerte genießt national und international höchstes Ansehen. Durch seine exzellente fachliche Qualifikation als Kultur- und Wissenschaftsmanager ist er für alle Organisationsaufgaben bestens gerüstet. Er ist weltweit vernetzt und hat jahrelange Leitungserfahrung.“

Der Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist ständiger Vertreter des Präsidenten bei allen dessen Aufgaben. Ihm obliegt vor allem die Bearbeitung spezifischer grundsätzlicher Fragen und Angelegenheiten von politischem Gewicht aus dem Gesamtbereich der Stiftung. Dies umfasst häufig die Vertretung in Gremien in und außerhalb der Stiftung oder bei besonderen Anlässen. Darüber hinaus wirkt der Vizepräsident bei der Definition von strategischen Zielen und der


Bild: SPK/Urban Ruths

Günther Schauerte

Weiterentwicklung der Strukturen der Stiftung und ihrer Einrichtungen mit.

Günther Schauerte, geboren 1954 in Fredeburg, ist seit 2002 Stellvertretender Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin. Nach seinem Studium der Klassischen Archäologie, Alten Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte in Münster promovierte er 1983. Ab 1983 war er zunächst am Rheinischen Landesmuseum Bonn und dem Römisch-Germanischen Museum Köln tätig, bevor er 1986 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Staatlichen Museen zu Berlin wechselte. 2002 wurde er zum Stellvertretenden Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin berufen.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zählt zu den größten und bedeutendsten Kultureinrichtungen weltweit. Die 1957 errichtete Stiftung wird zu 75 Prozent vom Bund und zu 25 Prozent von den Ländern getragen. Zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehören die Staatlichen Museen zu Berlin sowie die Staatsbibliothek zu Berlin, das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, das Ibero-Amerikanische Institut und das Staatliche Institut für Musikforschung mit dem Musikinstrumenten-Museum. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Neumann, ist Vorsitzender des Stiftungsrats. *PAZ/SPK*

Wegbereiter der jüdischen Aufklärung

Der Philosoph Moses Mendelssohn wurde trotz seiner Bedeutung nie Mitglied der Akademie der Wissenschaften

Im 18. Jahrhundert war Moses Mendelssohn einer der berühmtesten Bürger Berlins. Er starb vor 225 Jahren am 4. Januar 1786. Geboren wurde er am 6. September 1729 in Dessau. Mendelssohn war der Sohn des Gemeindeschreibers Mendel Heymann (1683–1766) und dessen Ehefrau Rachel Sara Wahl.

Der Junge fiel schon früh durch eine hohe Intelligenz auf und beherrschte mit zehn Jahren Jiddisch, Hebräisch und Aramäisch. Er besuchte ab 1739 die Klasse des Dessauer Oberrabbiners David Hirschel Fränkel (1707–1762), in der er sich bald mit früher jüdischer Philosophie befasste. Der kränkelnde Junge wurde von einem Nervenleiden befallen, das zum Stottern und zu einer ausgeprägten Rückgratverkrümmung führte.

Als Fränkel nach Berlin berufen wurde, folgte ihm sein Schüler und bildete sich dort in Deutsch, Französisch, Englisch und Lateinisch aus. Er lebte in der Probstgasse 3 in einer Dachkammer und ernährte sich durch Abschreibearbeiten für Fränkel und Teilnahme an einem Freitisch.

1750 wurde er Hauslehrer für die Kinder des Seidenhändlers Isaak Bernhard. Diese Tätigkeit ließ ihm die Möglichkeit autodidaktischer Studien auf den Gebieten der deutschen und englischen Philosophie. Seit 1754 arbeitete Mendelssohn für Bernhard auch als Buchhalter. Aus dieser Funktion brachte er es zum Geschäftsführer und Teilhaber.

1754 ergab sich die Bekanntschaft mit Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781), der ihm seinerseits die Bekanntschaft mit Friedrich Nicolai (1733–1811) vermittelte. Alle drei gehörten zum Montagsclub der Berliner Aufklärung, der sich im Preußen Friedrich des Großen frei entfalten konnte. Mendelssohn wurde so einer der Begründer der Haskala, der jüdischen Aufklärung. 1763 gewann der mittlerweile mit Fromet Gugenheim (1737–1812) verheiratete Aufklärer den Preis der Berliner Akademie der Wissenschaften auf die Frage „Sind die metaphysischen Wahrheiten von gleicher Evidenz wie die mathematischen?“, ein Thema, um das sich auch Immanuel Kants epochale „Kritik der reinen Vernunft“ von 1781/87 dreht. Damit wurde er einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Moses Mendelssohn
Bild: Archiv

Mendelssohn hätte unbehelligt sein philosophisches Werk fortsetzen und vielleicht sogar in die Akademie aufgenommen werden können, wenn ihn nicht der Schweizer Pfarrer Johann Caspar Lavater (1741–1801) öffentlich aufgefordert hätte, die 1769 in Genf erschienene Schrift von Charles Bonnet (1720–1793) „Idées sur l'état futur des êtres vivants, ou Palingénésie philosophique“ entweder zu widerlegen oder selbst Christ zu werden. Mit diesem Werk, dessen deutsche Übersetzung 1771 unter dem Titel „Philosophische Untersuchung der Beweise für das Christentum“ in Zürich veröffentlicht wurde, hatte Bonnet für sich in Anspruch genommen, das Weiterleben nach dem Tode als empirische Tatsache bewiesen zu haben. Mendelssohns scharfe Antwort auf Lavaters Zumutung war infolge des damit verbundenen Stresses mit einem Zusammenbruch verbunden.

Inwieweit Friedrich der Große diese Vorgänge verfolgt hat, ist bisher noch nicht geklärt. Fest steht, dass Friedrich die nötige Bestätigung verweigerte, als Mendelssohn auf Initiative des Präsidenten der Philosophischen Klasse Johann Georg Sulzer (1720–1779) in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen werden sollte. Zuvor hatte der König den jüdischen Philosophen am 14. Dezember 1771 nach Potsdam eingeladen und zwar auf Bitten des sächsischen Ministers Thomas von Fritsch (1700–1775), der Mendelssohn gern selbst kennenlernen wollte. Wie der Philosoph auf den König gewirkt hat, ist nicht überliefert. Möglicherweise hat der König Mendelssohns Aufnahme in die Akademie abgelehnt, weil dieser in seinen Predigten vor der jüdischen Gemeinde Preußens Sieg über das österreichische Heer bei Leuthen vom 15. Dezember 1757 und den Abschluss des Friedens von Hubertusburg vom 15. Februar 1763 als Sieg Gottes und nicht als einen des Königs gepriesen hatte.

Mendelssohn reiste in den folgenden Jahren zur geistigen Entspannung und Wiederherstellung seiner Gesundheit viel herum, bis er sich ab 1778 wieder literarischen Arbeiten zuwandte und sich um die Verbesserung der Lebenssituation der Juden in seinem Werk „Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum“ kümmerte. Drei Jahre nach dem Erscheinen dieses Spätwerkes, am 4. Januar 1786, verstarb der jüdische Philosoph in Berlin. Am darauffolgenden Tag wurde er auf dem Berliner Jüdischen Friedhof beerdigt, wo noch heute ein rekonstruierter Grabstein an ihn erinnert. *Jürgen Ziechmann*

Pionier aus Ostpreußen

Zu: Ostpreußische Persönlichkeiten

Im November wurde bei der Sendung „Wer wird Millionär" folgende Frage gestellt: „Wer war der erste Jugendherbergsvater? A: Schirrmann B: Reichskanzler C: Rundfunksprecher D: Zoodirektor?" Im Ausschlussverfahren tippte ich als Zuschauer auf „A"!

Ein Blick ins Lexikon gab folgende Zusatzinformation: „Schirrmann, Richard, deutscher Volksschullehrer, Gründer des Jugendherbergswesens, *15. Mai 1874 in Grünfeld, Ostpreußen, gestorben am 14. Dezember 1961 in Gräfenwiesbach, Hessen; erließ 1909 seinen ersten Aufruf zur Gründung eines Jugend-Herbergswerks, gründete im selben Jahr in der Burg Altena die erste Jugendherberge der Welt; 1932 Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Jugendherbergen; setzte sich auch nach dem Zweite Weltkrieg für den Aufbau von Jugendherbergen ein." Dieses, wenn nicht schon bekannt, als Hinweis!

Joachim Albrecht, Wetzlar

Erst Berliner Schloss, dann Marienviertel?

Zu: „Der Startschuss ist gefallen" (Nr. 48)

Welch Glück für das Humboldtforum, dass der Bau der U-Bahnlinie 5 vom Brandenburger Tor zum Alexander Platz unter dem zukünftigen Schlossnachbau verläuft und die U-Bahnarbeiten aus Kosten- und bautechnischen Gründen mit der Fundamentierung des Schlosses ab 2012 gekoppelt werden. Damit ist der Baubeginn 2014 auch technisch gewährleistet.

Interessant ist, dass im Zuge der Schlossrekonstruktion der der Spree gegenüberliegende Bereich des städtisch unbefriedigenden Marx-Engels-Forums aus der DDR-Zeit in den Fokus der städtebaulichen Betrachtung gerät. Die derzeitig vom Stadtmuseum Berlin im Ephraim-Palais gezeigte Ausstellung „Berlins vergessene Mitte" verdeutlicht sehr anschaulich, dass hier das ehemalige Marienviertel, der Kern von Alt-Berlin zwischen Marienkirche und Rotem Rathaus, lag, welches ebenso wie das Hohenzollernschloss aus DDR-Willkür verschwinden musste, um Raum für eine sozialistische Stadtplanung zu schaffen. Das Planwerk Innenstadt der Stadtentwicklungsbehörde hat schon Ende der 90er Jahre die unbefriedigende Situation aufgezeigt und hier als Ziel zurückkehrendes städtisches Leben unter Berücksichtigung des alten Stadtgrundrisses formuliert.

Es ist zu wünschen, dass das zukünftige multifunktionale Humboldtforum mit seinen Ausstellungen der Weltkultur die ursprüngliche bauliche Fortsetzung im Marienviertel erhält, um der Berliner Mitte die stadtbildprägende Bedeutung zurückzugeben.

Bei den archäologischen Arbeiten in Berlin Mitte sind interessante Funde des alten Berlins – vom alten Rathaus, Schloss und ehemaligen Dominikanerkloster – gemacht worden, den als archäologische Zeitfenster in die späteren Bauten Berücksichtigung finden sollen. Eine Sensation war auch, bei den Ausgrabungen im alten Berlin in einem erhaltenen Kellerraum verloren geglaubte Exponate der Nazi-Ausstellung „Entartete Kunst" zu finden, die derzeit im Neuen Museum ausgestellt werden.

Joachim Moeller, Berlin

Deutsche Heloten

Zu: „Politiker gegen Schöngeister" (Nr. 46)

Anton Heinrich scheint in v. Guttenbergs Äußerungen einen neu aufflammenden Patriotismus zu entdecken, so als begänne endlich einer der führenden deutschen Politiker, die dem Volk angediehene Charakterwäsche zu überwinden. Aber eine Beteiligung im Kampf gegen Piraten steht auf einem anderen Blatt als die Entsendung deutscher Soldaten an den Hindukusch. Beides sollte nicht in einen Topf geworfen werden. Die Deutschen sind zu Heloten geworden, und die einzigen Interessen, die sie in Afghanistan vertreten, sind amerikanische. Letzteres auch im Widerspruch zum Grundgesetz, welches den Einsatz der Armee nur im Angriffsfall erlaubt.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main



Eine Frau fotografiert vor dem Roten Rathaus in Berlin: Bei den Ausgrabungen wurden Kellermauern der ehemaligen Oberpostdirektion aus dem 19. Jahrhundert freigelegt. Bild: dapd

Kriegerdenkmäler in Osteuropa

Zu: *Preußische Allgemeine Zeitung*

Seit fast 20 Jahren bin ich – als Sohn eines 1936 geborenen Ostpreußen – regelmäßiger Leser des *Ostpreußenblattes* beziehungsweise der *PAZ*: als Schüler, Student, Doktorand, Referendar und nun Gymnasiallehrer. Die Themen, Stellungnahmen und auch die Buchbesprechungen historisch-politischer Bücher in Ihrer Zeitung haben mich stets angeregt und bereichert, nicht zuletzt bei meiner Dissertation über die Kriegerdenkmäler deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa.

Nicht erst die Auseinandersetzungen um die Entfernung des sowjetischen Kriegerdenkmals in Reval (Tallinn) vor wenigen Jahren, die Diskussion über das Denkmal für die Toten der Bundeswehr in Berlin oder die Debatten über angemessenes Gedenken an Flucht und Vertreibung zeigen, wie sehr Kriegs-, Opfer- und Totengedenken ein Politikum, ein Stein des Anstoßes und zugleich eine Notwendigkeit für die Sinngebung einer Gemeinschaft sind. Dass dies auch vor nicht allzu fernen Jahren in unseren beziehungsweise uns nahen Breiten der Fall war, dass und wie Denkmäler in Konfliktgebieten Ausdruck und Mittel der Selbstbehauptung waren, zu Konflikten wie auch zur Integration beitrugen, hat meine Arbeit untersucht.

Diese Arbeit, deren Thematik meines Erachtens in den Interessensfokus der *PAZ* passen dürfte, liegt nun seit einigen Monaten in veröffentlichter Form vor: „Gefallen für Volk und Heimat – Kriegerdenkmäler Deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa während der Zwischenzeit", Böhlau.

Dr. Bernhard Böttcher, Paderborn

Copernicus war Deutscher

Zu: „Der ‚Leuchtturm'" (Nr. 49)

Meine liebe *Preußische Allgemeine Zeitung/Ostpreußenblatt*, die uns sicher schon 50 Jahre begleitet. Bezüglich des Geschichtsbuches für Deutsche und Polen hoffe ich doch, dass Copernicus richtig dargestellt wird.

Der Astronom war nachweislich Deutscher und kein Pole! Nachzulesen ist das schon in Meyers Konversationslexikon von 1927. Sein Geburtsort Thorn gehörte zu Westpreußen.

Mein Geschichtslehrer E. J. Guttzeit, der nach dem Krieg als Historiker und Heimatforscher tätig war, besuchte mit seiner Schulklasse mehrfach Frauenburg und niemand zweifelte daran, dass Copernikus dort vor dem Altar seine letzte Ruhe gefunden hatte.

Dass nun von den Polen eine DNA-Analyse hergestellt wurde, sehe ich eher als Störung der Totenruhe an. Ansonsten weiterhin kein Wochenende ohne die *PAZ*.

Gisela Haning, Friedrichshafen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Wer nicht flüchtete, wurde von Partisanen liquidiert

Zu: „Tote demontieren Mythos" (Nr. 47)

Das neue Massengrab in Slowenien mit über 2000 Toten kratzt in der Tat am Selbstbildnis der Partisanen, die jahrelang heroisiert wurden, sowohl in Jugoslawien als auch in Deutschland und Österreich, obwohl es doch erwiesenermaßen „eiskalte Killer" waren.

Liegen hier Soldaten der Gebirgsdivision „Prinz Eugen"? Das könnte in der Tat zutreffen. Bei Rann wurden sie entwaffnet, das heißt, sie wurden aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und dann kämen sie alle in Kriegsgefangenschaft. Es waren Offiziere und Unteroffiziere aus dem Banat in Siebenbürgen. Sie wurden getäuscht und anschließend in eine Gebirgsschlucht in Rann hineingeschossen, wobei anzunehmen ist, dass viele von ihnen noch gar nicht tot waren. Darunter waren der Schwager meines Cousins, Josef Specht, Architekt, sein Neffe und Sohn meiner Taufpatin, Alfred Leinhardt, 20 Jahre alt, Student, der Vater meiner Freundin und viele viele andere, die den Krieg überlebt hatten und dennoch sterben mussten, weil mitleidslose Partisanen keine Gnade kannten.

Die Partisanen wurden ja schon während des Krieges von den Behörden massiv unterstützt. Der deutschfreundliche Prinzregent Paul von Jugoslawien wurde 1941 von General Simovic gestürzt. Der Staatstreich wurde von England und USA unterstützt und durch Roosevelt ermutigt.

Jahrelang gedenken Partisanenverbände ihrer Toten und Mitkämpfer als „Helden" und sie werden noch immer als Freiheitskämpfer verehrt, wohlwissend, dass sie mit ihren Gegnern kein Pardon kannten.

Die Angehörigen, die im Herbst 1944 wider besseres Wissen nicht geflohen sind, wurden kollektiv bestraft, das heißt 12000 Zivilisten wurden gleich nach dem Einmarsch liquidiert, in Massengräbern verscharrt, Frauen und Mädchen wurden in die Ukraine zwangsverschleppt und die Alten, Kranken und Kinder in Lager gepfercht, wo sie großteils elend verhungert sind.

Es waren etwa 70000, die so ein grausames Ende fanden. Traurig auch, dass Ex-Bundespräsident Roman Herzog bei einem Besuch in Slowenien einen Kranz für die gefallenen Partisanen niederlegte, während für die Tausenden unschuldigen Opfer der Donauschwaben bis heute niemand einen Kranz niedergelegt oder sich auch vor diesen Opfern verbeugt hat.

Emmy Ströbl, Speyer

Das Ostpreußenblatt

Nr. 52 – 1. Januar 2011

MELDUNGEN

»Mörken« wird privatisiert

Mörken – Eine Warschauer Firma erwirbt das frühere Regierungszentrum in Mörken bei Allenstein. In dieser Angelegenheit ist bereits ein Vorvertrag unterschrieben, wonach das Zentrum für 12,2 Millionen Zloty (ungefähr drei Millionen Euro) verkauft wird. Wie der Landrat von Allenstein, Miroslaw Pampuch, sagte, ist der Verkaufspreis höher als der Schätzwert der Immobilie. Der Verkaufserlös soll für Investitionen des Landkreises genutzt werden. Das Geld trägt unter anderem zu EU-Investitionen in der nächsten Umgebung von Wartenburg bei. Der notarielle Verkaufsvertrag über das Zentrum soll am 19. Januar 2011 unterschrieben werden. *PAZ*

Raketen sind zurückgehrt

Mohrungen – Die US-amerikanischen „Patriot"-Raketen, die US-Präsident George W. Bush als Bestandteil des Raketenabwehrschirms in Ostpreußen hatte stationieren lassen, sind wieder in der Bundesrepublik Deutschland. Anfang Dezember verließen die US-amerikanischen Soldaten, die in der Ausbildungs-Batterie der „Patriot"-Raketen Dienst taten, Mohrungen, danach auch Thorn. Auf einem ostpreußischen Ausbildungspaltz übten sie mit Polen aus verschiedenen Einheiten die Bedienung der „Patriots". Die „Patriot"-Batterie kehrte nicht nach Mohrungen zurück, sondern fuhr Mitte Dezember zu ihrer Ursprungs-Basis in der Bundesrepublik zurück. Die Stationierung der „Patriots" geht auf einen Vertrag aus dem Jahre 2008 zurück, der die Stationierung von Elementen des „Antiraketen-Netzes" auf polnischem Boden vorsah. Bedingung in den Verhandlungen über die Aufstellung in Polen war die Verstärkung der Luftverteidigung Polens. *PAZ*

Minensucher für Litauen

Memel – Zwei relativ moderne 625-Tonnen-Hochseeminensucher übergibt die Royal Navy an die litauische Marine. Bereits am 9. Dezember 2010 traf das erste Boot in Memel – dem einzigen Seehafen des Landes – ein und erhielt die taktische Kennziffer „M-53". Nach einer Überholung in der Werft von Memel soll das Boot Mitte 2011 den Dienst aufnehmen. Im Februar 2011 wird auch „M-54" in Memel eintreffen. Diese modernen Minenjäger werden vermutlich die beiden bisherigen Minenjäger „Süduvis" (M-52) und „Kursis" (M-51) ablösen. Sie wurden Ende der 50er Jahre erbaut und dienten bis 1999 als „Koblenz" und „Marburg" in der deutschen Bundesmarine. Kampfkräftigste Einheiten sind drei ehemals dänische Raketenschnellboote, die Ende der 80er Jahre entstanden. *H.L.*

Weihnachtsstimmung trotz Inflation

Vorfreude und Kauflaune in Königsberg trotz Skepsis über die eigene wirtschaftliche Lage

Das Weihnachtsgeschäft hat in diesem Jahr in Königsberg früher begonnen als sonst. Trotz steigender Preise waren die Menschen in guter Stimmung und Kauflaune.

In der Orthodoxie gibt es keinen Advent wie in der „westlichen" Kirche. Dennoch schmückten schon Ende November die Ladenbesitzer ihre Schaufenster und Auslagen mit Girlanden und Weihnachtsdeko. Zwei bis drei Wochen vor den Festtagen ab Silvester war in den Läden kein Durchkommen mehr. Gekauft wurde alles, von Plasma-Fernsehern über Computer bis zu Lebensmitteln für die Festtafel und kleinen Geschenken. Traditionell beschenkt man sich in Russland zum Jahreswechsel und nicht zum Weihnachtsfest am 6. und 7. Januar. Die Geschenke bringt „Väterchen Frost" mit seiner Enkelin „Schneeflöckchen".

Auf den Straßen der Stadt war erst Ende Dezember zu spüren, dass ein Fest bevorsteht, als auf dem Hansaplatz die bunt geschmückte Neujahrstanne aufgestellt wurde und in den Hauptstraßen bunte Lichterketten aufgehängt wurden.

Beim Haus der Räte fand wieder der traditionelle Neujahrsmarkt statt. Wer es geschafft hatte, trotz Schneemassen dorthin zu gelangen, bekam dort alles geboten, was auch ein Weihnachtsmarkt im Westen anzubieten hat. Darüber hinaus wurde in Königsberg Fisch, Fleisch, Obst und Gemüse an Ständen verkauft. Natürlich fehlte auch das wichtigste nicht: Tannenbäume. Sie kamen in diesem Jahr aus den Kreisen Preußisch Eylau und Labiau. Die einheimischen Tannen hatten diesmal Konkurrenz: Auch Tannen aus Polen und Dänemark wurden angeboten. Der günstigste Preis lag bei umgerechnet 7,50 Euro pro Meter Länge. Eine Blautanne kostete 12,50 Euro pro Meter. Die importierten Bäume waren fast doppelt so teuer. Viele Tannen wurden mit einem speziellen, mit Sand gefüllten Ständer verkauft.



Bild: Tschernyschew

Auf dem Hansaplatz: Die bunt geschmückte Neujahrstanne verbreitet Weihnachtsatmosphäre.

Im Dezember luden manche Gemeinden und Veranstalter zu gemeinsamen Abenden und Feiern zur katholischen Advents- und Weihnachtszeit, dem neuen Jahr und dem orthodoxen Weihnachtsfest ein, das erst im Januar beginnt. In letzter Zeit wird aus Moskau und anderen Städten berichtet, dass orthodoxe Priester aus Interesse an der katholischen Liturgie immer öfter katholische Gottesdienste besuchen. Während der „Vorweihnachtszeit" lockten die Kunstgalerie, der Sportkomplex Junost und das Puppentheater mit Sonderveranstaltungen. Im Königsberger Dom gab es Orgelkonzerte.

Allerdings gab es auch negative Neuigkeiten. Wegen einer Preiserhöhung für harte alkoholische Getränke (Wodka und Cognac) ab 1. Januar haben viele sich einen Vorrat angelegt. Eine Halbliterflasche des billigsten Cognacs oder Brandys kostet ab jetzt über 6 Euro. Das ist fast anderthalbmal mehr als bisher. Eine andere unangenehme Neuigkeit war die jährliche Erhöhung der Preise für kommunale Dienste. Über den maroden Zustand der kommunalen Wirtschaft und die unangemessen hohen Kosten dafür wird schon länger in Fernsehsendungen diskutiert, auch über das Königsberger Gebiet hinaus. Ein Vergleich mit den Wohnnebenkosten in Westeuropa und den USA zeigt zwar, dass die Kosten dort genauso hoch sind wie in Königsberg, allerdings ist die Versorgung dort auch besser. Die ausführenden Firmen finden immer neue Mittel und Wege, die Nebenkosten für Mieter zu erhöhen. In den Abrechnungen tauchen immer neue Positionen auf, wie zum Beispiel die Beleuchtung von Hauseingängen und deren Wartung, auch wenn sie gar nicht erfolgt ist. Manchmal kommt es sogar vor, dass Mieter für eine einzige Lampe im Treppenhaus mehr bezahlen müssen als für die Beleuchtung ihrer gesamten Wohnung.

Eine Umfrage ergab Ende November, dass 90 Prozent der Königsberger finden, die Tarife für Kommunale Dienstleistungen stünden in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung. Die meisten finden ihre wirtschaftliche Lage „mittelmäßig", nur fünf Prozent glauben, „gut" zu leben. 28 Prozent bezeichneten ihre wirtschaftliche Lage als „schlecht". Kein Wunder: Allein im Dezember sind die Lebensmittelpreise um 15 bis 20 Prozent gestiegen.

Jurij Tschernyschew

Alles rund ums Fest

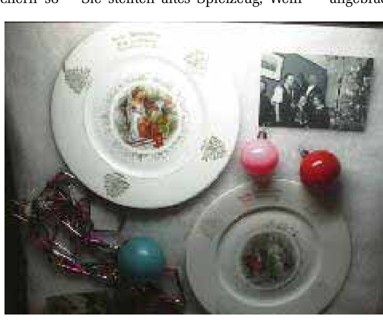
Weihnachtsausstellung im Museum »Friedländer Tor«

Am 17. Dezember wurde im Museum „Friedländer Tor" die Ausstellung „Nowogodnyj naworot" (in etwa „Alles rund um Weihnachten") eröffnet. Eine Weihnachtsausstellung hatte das Museum erstmals 2007 gezeigt. Weil diese bei den Besuchern so viel Anklang fand, folgten weitere, so dass die Weihnachtsausstellung inzwischen zur Tradition geworden ist.

In diesem Jahr war Christbaumschmuck und Spielzeug aus den 30er bis 70er Jahren ausgestellt. Es handelte sich um Arbeiten russischer und deutscher Künstler aus verschiedenen Materialien. Daneben waren auch Weihnachtskarten und Fotos aus Privatsammlungen zu sehen.

Dank einer regen Teilnahme privater Sammler waren neben traditionellen „Christbäumen" in der Ausstellung schöne Porzellanfiguren, Weihnachtsgirlanden und Gratulationskarten vorhanden.

Die Gäste wurden mit Glühwein und Mandarinen bewirtet. Kinder führten vor dem Tannenbaum ungewöhnliche Tänze und rezitierten Königsberger Gedichte. Das Museum und die Zeitung „Strana Kaliningrad" dankten den privaten Sammlern für ihre Hilfe mit Dankesurkunden. Überwiegend hatten sich Ältere an der Aktion beteiligt. Sie stellten altes Spielzeug, Weihnachtskarten und Familienfotos aus den 50er bis 70er Jahren zur Verfügung. Viele Besucher waren mit ihren Enkeln gekommen. Den kleinen Gästen wurden an den Wochenenden Bastelkurse angeboten, in denen sie originelle Weihnachtsgeschenke herstellen konnten. Sie lernten, Karten, Baum- und Geschenkanhänger in der Quilling-Technik (die Kunst, aus schmalen Papierstreifen filigrane Motive zu drehen) herzustellen. Der so entstandene Baumschmuck wurde anschließend an der Museumstanne angebracht oder unter der Decke befestigt.



Exponate aus den 30ern bis 70ern bilden den Schwerpunkt der Ausstellung. Bild: Tschernyschew

Die Ausstellung hat noch bis 24. Januar 2011 geöffnet. Zeitgleich ist im Ozeanmuseum die Ausstellung „Weihnachten auf See" zu sehen. Sie erzählt davon, wie Seeleute Weihnachten auf einem Schiff feiern. Viele Museumsmitarbeiter und auch viele Besucher haben in ihrem Berufsleben mehr als einmal diese Erfahrung gemacht. So basiert die Ausstellung auf realen Erlebnissen. Im Salon des Schiffs „Vitja" kann man die Weihnachts- und Neujahrs-Atmosphäre so erleben, wie die Seeleute sie empfinden, wenn sie das neue Jahr fern vom Ufer begrüßen. Die Besucher können sich Zeichentrickfilme der 60er und 70er Jahre ansehen und Süßigkeiten probieren. *J. T.*

Gegner gesucht

Zweiter Wahlgang verkam zur Farce

Die Osteroder Kommunalwahl 2010 wird wohl diesmal in die Geschichte eingehen. Am 21. November gewann zwar der bisherige Bürgermeister Olgierd Dabrowski die relative Mehrheit, verfehlte aber die absolute. Das hatte zur Folge, dass er bei der Stichwahl am 5. Dezember gegen Wlodzimierz Brodiuk antreten sollte. Überraschend verzichtete jedoch sein Gegenkandidat auf den Kampf um das Bürgermeisteramt der Stadt, da dieser die Stelle des dortigen Landrates angenommen hatte.

> Der Vierte gilt als nicht mehr gut genug

Laut Kommunalwahlgesetz erwarb somit Czesław Najmowicz, der dritte auf der Kandidatenliste, die Chance, gegen den Wahlsieger in der Stichwahl anzutreten. Doch auch er traf schließlich die Entscheidung, nicht zur Stichwahl anzutreten.

So wurde notgedrungen nach dem vierten der Bewerber, Jacek Dudzin, gegriffen. Der willigte zwar ein, wurde jedoch von der Staatlichen Wahlkommission in Elbing abgelehnt. Dies geschah, nachdem die zuständigen Behörde in Warschau die Meinung vertreten hatten, gemäß der Gesetzeslage könne nur einer der ersten Drei des ersten Wahlganges für das Amt in Frage kommen.

So war eigentlich bereits in der dritten Adventswoche, noch vor der förmlichen Abstimmung, der Name des künftigen Stadtvaters von Osterode bekannt, da der einzige Bewerber, Olgierd Dabrowski, nur die Mehrheit der gültigen Stimmen brauchte, um sein bisheriges Amt weiter innehaben zu können. Über 80 Prozent der Einwohner gaben ihm bei der Stichwahl ihre Stimme.

In der Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Allenstein, sind währenddessen auch die stellvertretenden Stadtpräsidenten gewählt worden: Małgorzata Bogdanowicz-Bartnikowska und Bogusław Szwedowicz. Beide waren von der Bürgerplattform (PO) vorgeschlagen. Da die in Warschau regierende PO zu den Schwerpunkten ihrer Außenpolitik die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der vor allem mit Berlin und Brüssel zählt, lässt dies hoffen, dass sich die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland auf der lokalen Ebene weiter positiv entwickeln. *Grzegorz Supady*

Gang durch die Neujahrsnacht

Angeblich reden Tiere zum Jahreswechsel und manch anderes Seltsames soll dann auch geschehen, so sagt man

Nach Mitternacht ging die kleine Gesellschaft wieder in das Haus zurück. Die Glocken der nahen Kirche, die das neue Jahr eingeläutet hatten, waren verstummt. Der Hausherr hatte sein Feuerwerk im Park abgebrannt unter dem Jubel der Dorfkinder, die auf der Mauer hockten. Auch das Bleigießen war vorüber. Man rätselte noch eine wenig über die bizarren Figuren, die man im Schein des Kaminfeuers gegen die Wand hielt, um das Schattenbild besser deuten zu können. Der kräftige Arrakpunsch duftete aus den Gläsern. Die Hausfrau reichte eine große Schüssel mit Pfannkuchen herum. Man aß und trank – die Stunde draußen im verschneiten Park hatte alle hungrig gemacht. Plötzlich entstand auf der Diele Lärm. Kinderstimmen lachten, schwere Schritte polterten die Treppe hinunter, dann fiel die Tür krachend ins Schloss. „Sind die Lümmel denn noch nicht im Bett?“, dröhnte der Bass des Hausherrn in dem ein nachsichtiges Lächeln mit schwang. Der blonde Pagenkopf des Jüngsten zwängte sich durch den Türspalt. „Vatchen, Mathes ist ganz nass!“ Schon hatte sich die kleine Gestalt im Nachthemd durch die Tür geschoben und hockte auf den Knien des Vaters. „Was habt ihr denn mit dem Mathes gemacht?“ „Ach weißt, wir haben ihm erzählt, dass die Tiere heute Nacht reden können. Das stimmt doch, Vatchen, nicht? Und dann hat der Schorsch gesagt, oben auf der Lucht hocken die Spatzen im Schornstein und die reden ganz laut, er hat's genau gehört. Dann hat der Schorsch sich aber hinter'm Schornstein versteckt, mit 'ner großen Kruk' voll Wasser, und wie der Mathes is raufgeklettert, hat er ihn beplaukscht, aber wie! Da is der Mathes boßig geworden und is weggerannt ...“ Der Kleine schlug die Hände zusammen. „Das alte Spiel“, nickte der Vater, „so haben wir auch immer die Hirtsjungen reingelegt, und so haben wir selber was auf den Kopf bekommen. Nun aber ins Bett, Matzchen.“ Die Gäste lachten noch, als der Kleine verschwunden war. „Was ist das denn für ein Aberglauben?“, fragte der junge Assessor, der vor einigen Monaten an das Amtsgericht der Kreisstadt versetzt worden war. „Was – dass Tiere in der Neujahrsnacht reden?“ Der Hausherr nahm einen kräftigen Zug aus dem Glas. „Ja, so heißt es, und Seltsames ist schon manchmal in der Neujahrsnacht geschehen. Ich denk' noch als der Rappe sich losgerissen hatte und in der Neujahrsnacht zitternd im Hof stand und keine Menschenseele ihn in den Stall zurückbekam. Und drei Nächte später brannte der Stall ab und mit ihm verbrannten vier Pferde, die wir nicht mehr retten konnten.“ Dieser und jener begann nun zu erzählen, sonderbare Geschichten aus der Neujahrsnacht, und der Arrakgrog mochte wohl die Phantasie beflügeln. Bis der Tierarzt sich erhob: „Ich glaub' mein guter Fuchs, sagt jetzt auch zu mir: Oler, spann an on driew noah Hus, du hest jenoch jefiert!“ Der Abschied erfolgte in dem allgemeinen Gelächter, das der lustige Doktor heraufbeschworen hatte. Die Schlitten fuhren vom Hof, einer nach dem andern. Noch ein Winken, ein letztes Prost Neujahr!“, dann verhallte das Läuten der Schlittenglocken auf der Chaussee.

> Was war das, das den jungen Mann durch die Nacht verfolgte?

Der Assessor saß neben dem Tierarzt, fröstelnd in seinem Mantel gehüllt, denn die Kälte der ostpreußischen Neujahrsnacht machte sich trotz des kräftigen Punsches bemerkbar. Sie müssen sich auch 'nen Pelz anschaffen, Assessorchen“, ratschlagte der Tierarzt, aus dessen hochgeschlagenem Otterkragen nur die rote Nase hervorleuchtete, „mag ja gutes Tuch sein, was Sie da haben, aber das wärmt doch nicht!“ Er schob ihm fürsorglich die dicke Schaffelldecke über die Knie. Kurz hinter dem Tor, schon im Windschatten der ersten, niedrigen Häuser, hielt der Tierarzt den Schlitten an. Der Assessor stieg aus. Er hatte nur durch einige kleine Straßen bis zu seiner Wohnung zu gehen. Der Abschied war wegen der späten Stunde kurz. Die Schritte des jungen Mannes, der eilig nach Hause strebte, wurden bald unsicher, denn die dünnen Sohlen seiner modischen Lackschuhe glitten auf den blanken Spuren aus, die von Kinderschlitten gezogen waren. Verschlafen kauerten die dunklen Häuser in ihren Gärten. Der Lärm der Jahreswende war verstummt. Plötzlich, einem unerklärlichen Zwang folgend, drehte der Assessor sich um. Er schrak zusammen: Ein schmaler Schatten war in diesem Augenblick in das Dunkel einer vorspringenden Hauswand geschlüpft. Nun kam er scheu und witternd hervor. Es war ein Hund, ein mageres, wolfsgroßes Tier. Der Assessor war kein Tierfreund, und Hunde waren ihm schon ganz zuwider. Er scheuchte das Tier mit der erhobenen Hand zurück und versuchte, schneller auszuschreiten. Als er sich an der nächsten Ecke umdrehte, sah er den Schatten wieder hinter sich. „Geh fort“, keuchte er und hob einen harten Schneeklumpen auf, den er nach dem Hund warf. Der Schatten glitt lautlos zur Seite, um sich dann, als der Mann weiterging, wieder an dessen Fersen zu heften. Das Spiel wiederholte sich noch etliche Male. Der Hund blieb – ohne einen Laut von sich zu geben – auf der Fährte des Mannes. Als der Assessor in eine schmale Gasse einbiegen wollte, um den Weg zu seiner nun schon nahen Wohnung noch etwas abzukürzen, sprang der Hund mit einem drohenden Knurrlaut vor. Er glitt an dem Mann vorbei, und duckte sich, kaum drei Schritte von ihm entfernt in den Schnee. Im Schein der nahen Laterne sah der Assessor das drohende Gebiss, das sich ihm wütend entgegenfletschte. Und als der Mann, verwirrt und am ganzen Leibe zitternd, noch einen Schritt vorwärts ging, setzte der Hund zum Sprung an. Abwehrend hob der Mann den Arm vor die Brust, während er langsam, Schritt für Schritt, zurückging. Er ließ den Hund nicht aus den Augen. Keuchend blieb er auf der Mitte der Straße stehen. Er sah den dunklen Fleck im Schnee der Gasse. Der Hund rührte sich nicht. Gerade wollte der Mann sich umdrehen, als ein Dröhnen aus der Gasse kam, dann ein Poltern und Klirren und schließlich ein dumpfer, erstickender Laut. Und er sah im hellen Licht der Schneenacht, dass sich – wohl 30 Schritte von ihm entfernt in der schmalen Gasse – an einem baufälligen und schon lange geräumten Haus ein vorspringendes Giebelstück unter der Last des Schnees gelöst hatte und mit der Wächte herabgestürzt war. Der Mann stand reglos da und starrte auf den unheimlichen Schneeberg, aus dem dunkel Mauerbrocken und Balken ragten. Er wäre wohl gerade an dieser Stelle gewesen, wenn er den Weg durch die Gasse genommen hätte. In den anliegenden Häusern wurden die Fenster hell. Verschlafene, erschrockene Gesichter pressten sich an die Scheiben. Der Assessor wandte sich um und ging davon. Er blickte nach einer Weile noch einmal zurück. Im Schnee wanderte nur sein eigener Schatten mit.

Ruth Geede

Unzufrieden mit der Zentrale

Königsbergs Unternehmer und Präsidentenberater übt Kritik an Moskaus Behandlung der Exklave – Sorge vor »Separatismus«

Nach Berechnungen des Moskauer Instituts für Regionalinformation nimmt die Lebensqualität in Königsberg ab. 2006 belegte die Exklave im gesamtrussischen Vergleich den 14. Platz, 2009 war es nur noch der 30. Es kommt noch schlimmer, weil Russland gewisse Veränderungen an seiner Westgrenze unterschätzt hat, was Königsberg jetzt büßen muss. Darauf hat Garij Tschmychow, Königsberger Unternehmer und Moskauer Präsidentenberater, jüngst in der international angesehenen Fachzeitschrift „Russland in der Globalpolitik“ aufmerksam gemacht.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das Königsberger Gebiet eine russische Exklave zwischen den souveränen Staaten Litauen und Polen. Mit dem EU-Beitritt der beiden Nachbarn im Jahre 2004 und deren Aufnahme in die Schengenzone 2007 geriet es in eine wachsende Isolation. Ab Juni 2003 sind die Königsberger mit „vereinfachten Transitdokumenten“ gereist, die drei Jahre galten, für Bahnen kostenlos waren und für Autos 5 Euro kosteten. Ab 2005 mussten für Reisen Reisepässe und Einladungen vorgelegt werden. Doch zum 1. Juni 2007, dem Datum des polnischen und litauischen Schengenbeitritts, hörten jegliche „Visa-Privilegien“ auf: Nur mit Pass und einmaligen Visa, für die jeweils 35 Euro zu berappen sind, oder auf dem Luftweg gelangen Königsberger Russen seitdem nach Russland.



Garij Tschmychow Bild: Internet

Das empfindet Tschmychow als verfassungswidrig, auch die Königsberger äußern heftige Vorwürfe gegenüber Moskau, von dem sie sich diskriminiert fühlen: EU-Bürger passieren Grenzen über „Sonderkorridore“ und ohne große Passformalitäten, aber Königsberger stoßen laufend auf Barrieren, wenn sie ihr Grundrecht auf Freizügigkeit wahrnehmen wollen. Doch Moskau, wohl noch in antiquierten Vorstellungen von Königsberg als militärischem Sperrgebiet befangen, will keine Sonderregelung für die Region. 2002 schwebte Putin, damals Präsident Russlands, eine Regelung wie zu Mauerzeiten zwischen Berlin und Westdeutschland vor – plombierte Warencontainer, durchgehende Züge, Transitstrecken für Busse etc. Seit 2003 fordert Russland völlige Visafreiheit von der EU, zuletzt beim Gipfeltreffen im Juni 2010 in Rostow am Don. Aber darüber ist mit Brüssel nicht zu reden, höchstens über visafreie „Streifen“ von 30 Kilometer an den Grenzen. Die erscheinen Tschmychow als unsinnig in dem kleinen Königsberger Gebiet, mit 15100 Quadratkilometern so groß wie Schleswig-Holstein, und als „Unterstützung von litauischem und polnischem Schmuggel“.

Unter der jetzigen Lage leiden die Wirtschaft und der Tourismus Königsbergs, die etwas einbringen, obwohl in dieser Region der Russischen Föderation die höchsten Preise für Strom, Öl, Kohle, Bahnfahrten und andere Dienstleistungen zu zahlen sind. Hinzu kommt die Preispolitik Litauens, das 2009 zweimal seine Bahntarife für russische Lieferungen aus litauischen Häfen nach Königsberg erhöhte. So etwas kann, befürchten Moskauer Blätter, den in Königsberg bereits spürbaren „Separatismus“ fördern: Wenn Russland und andere uns benachteiligen, dann müssen sie uns bald als souveränes „Jantarnij Kraj“ (Bernsteinland) hinnehmen!

Naheliegender aber sind „Privilegien“, wie sie Tschmychow fordert: mit Nachbarn vereinbarte Modalitäten über eine Ausgabe von Vorzugs-Visa an Königsberger Russen, ohne derzeitige Auflagen wie Einladungen etc. und mit einjähriger Gültigkeit. Das würde das Königsberger Gebiet zwar zeitweilig aus dem föderalen Verbund Russlands ausgliedern, es aber zu einer „Pilotregion“ für russische Reisefreiheit machen.

Wolf Oschlies

Aus den Heimatregionen

»DFK Junior«

Neue Jugendorganisation in Groß Rauden

Beim Deutschen Freundeskreis (DFK) Groß Rauden ist eine Gruppe „DFK Junior“ gegründet worden. Der Gruppe gehören Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 15 Jahren an. Das Ziel der Gründung ist es, Kinder und Jugendliche für den DFK zu gewinnen. Hierfür wurden bundesdeutsche Fördermittel aus dem Projekt „Konsolidierung der Begegnungsstätten“ des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) genutzt. So wurde mit Hilfe von Fördermitteln ein Projekt mit dem Titel „Deutsch ist für uns eine Brücke zur Welt“ durchgeführt, dem weitere Veranstaltungen wie gemeinsames Backen, Martinstag, Weihnachtskrippe und eine Nikolausfeier folgen sollten.

> Gruppe für Sechs- bis 15-Jährige

Auch die „AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen“ hat eine Förderung zugesagt und hofft auf eine Fortsetzung 2011. Die AGMO hat mit dem Vorsitzenden der DFK Groß Rauden Siegfried Baszczok bereits seit vielen Jahren zusammengearbeitet und dessen DFK-Ortsgruppe regelmäßig besonders durch ihr Mitglied Siegfried Fuhrig unterstützt.

Die weihnachtlichen Veranstaltungen der DFK-Ortsgruppen reichen bis in das neue Jahr hinein. So wird der Wettbewerb „Weihnachtssingen“ des DFK Plawniowitz mit einem abschließenden Konzert der jungen Teilnehmer erst diesen Monat stattfinden. *PAZ*

Deutsch in Gefahr

AGMO beklagt fehlenden Willen in Berlin

Peter Oprzondek, Vorsitzender der „AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen“, und sein Stellvertreter Tobias Körfer referierten im Rahmen der Landeskulturtagung 2010 des Bundes der Vertriebenen NRW im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus. Auf Einladung des BdV-Landesvorsitzenden Hans-Günther Parplies sprachen sie über die erforderliche Strategie für die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen.

> Kindergärten und Grundschulen

Körfer beschrieb die Schwierigkeiten bei Erhalt und Vermittlung von Muttersprache und Identität für die in der Heimat verbliebenen Deutschen unter den derzeitigen Bedingungen, wenn kaum politischer Wille aus Berlin zu vernehmen sei. Erst wenn sich die polnische Öffentlichkeit an deutsche Kindergärten und Grundschulen gewöhnte, brächte dies die Anerkennung der Volksgruppe und die europäische Verständigung voran. Die in Ortsgruppen des Deutschen Freundschaftskreises organisierten Deutschen hätten unter den derzeitigen Umständen ein Maximum an Deutschunterricht erreicht. Gefordert seien nun die politischen Vertreter der deutschen Volksgruppe und die bundesdeutsche Politik, um die europäische Entwicklung in der polnischen Gesellschaft voranzubringen. Oprzondek hob die Notwendigkeit einer starken deutschen Volksgruppe hervor, auch für die Weiterführung der landsmannschaftlichen Arbeit vor Ort. *PAZ*

Besuch in Berlin

Gespräch zwischen AGMO und CDU/CSU

Peter Oprzondek und Tobias Körfer haben Klaus Brähmig im Berliner Reichstagsgebäude besucht. Bei dieser Gelegenheit fragten der AGMO-Vorsitzende und sein Stellvertreter den Vorsitzenden der Gruppe Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weshalb kein bundesdeutscher Politiker das ihres Erachtens größte Problem der ostdeutschen Landsleute in der Republik Polen anspreche, dass es trotz rechtlicher Möglichkeit seit 20 Jahren immer noch keinen einzigen deutschen Kindergarten und keine einzige deutsche Grundschule gibt. Dabei verdeutlichten die AGMO-Vertreter dem Unionspolitiker, dass es hierbei um elementare Menschen- und Bürgerrechte geht, deren Gewährung in der Europäischen Union (EU) heute zum absoluten Minimalstandard für Volksgruppen gehöre. Deshalb könnten als Erklärung für diesen Missstand auch nicht historische Ereignisse herangezogen werden, die nicht einmal mehr die Großeltern derjenigen Kinder erlebt haben, die bis heute keine Unterweisung in der Muttersprache in schulischen Einrichtungen erfahren dürfen. Über die Antwort des Politikers ist nichts bekannt.

> Knifflige Frage an den Bundespolitiker

Nichtsdestotrotz ist die AGMO zufrieden: Die Gesprächsatmosphäre sei gut gewesen und weitere Gespräche sollen folgen. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Matschulat, Helene, geb. **Janzon**, aus Schillehnen a. d. Memel/Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lochnerstraße 12, 53844 Troisdorf, am 8. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schwalm, Martha, geb. **Janzowski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornstraße 1, 39291 Friedensau, am 7. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schulz, Helmut, aus Lyck, Bismarckstraße, jetzt Wilhelm-Raabe-Straße 12, 04416 Markkleeberg, am 8. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Althoff, Wilhelm, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 14, 32602 Vlotho, am 6. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beschnidt, Lieselotte, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Blumenauer Weg 46, 27578 Bremerhaven, am 5. Januar

Jung, Bringfriede, geb. **Peglow**, aus Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 33 B, 74864 Fahrenbach, am 5. Januar

Warda, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 1, 03149 Trebendorf, am 9. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bahlo, Gertraud, geb. **Sewzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kurt-Schumacher-Allee 5a, AWO-Pflege, 28329 Bremen, am 9. Januar

Kasparek, Ottilie Eva, geb. **Kosik**, verw. **Ukat**, aus Rettkau und Neufließ, Kreis Neidenburg, jetzt Kiefhörn 1, Senioren-Wohnheim, 22049 Hamburg, am 4. Januar

Krisch, Gertrud, geb. **Stadie**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Bungers Hof 11, 30855 Langenhagen, am 3. Januar

Warda, Gertrud, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Beethovenstraße 52, 53773 Hennef, am 9. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becker, Ella, geb. **Erdt**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Bockhorst 66, 22589 Hamburg, am 6. Januar

Golze, Hilda, geb. **Noga**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Westendorfstraße 25a, 58675 Hemer, am 4. Januar

Krause, Frieda, geb. **Rehfeld**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Mautner Straße 250, 84489 Burghausen, am 9. Januar

Riedel, Hildegard, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Ichenhauser Straße 28 ½, 89312 Günzburg, am 3. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brettschneider, Emil, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Preußenstraße 1, 27570 Bremerhaven, am 22. Dezember

Kronert, Hilde, geb. **Dziabel**, aus **Borchersdorf**, Kreis Neidenburg, jetzt Gerstenkamp 6, 48341 Altenberge, am 5. Januar

Plantikow, Ida, geb. **Jedamski**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Penniner Damm 6, 18442 Negast, am 9. Januar

Skubich, Erna, geb. **Zwirkowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Heinrich-Mahler-Straße 1, Senioren-Zentrum Osterfeld, 27619 Schiffdorf, am 7. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartsch, Walter, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Osterfelddamm 12, WOB 2109, 30627 Hannover, am 5. Januar

Fabian, Emil, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Grabauer Diek 14, 38462 Grafhorst, am 5. Januar

Herbstreit, Alfred, aus Jesau, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Hasselstraße 103, 24651 Solingen, am 7. Januar

Hohmann, Liesbeth, geb. **Holz**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Pfälzer Straße 8, 65428 Rüsselsheim, am 6. Januar

Muermann, Ida, geb. **Wokóck** aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Heerener Straße 23. 59174 Kamen, am 5. Januar

Schmidt, Elli, geb. **Luick**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Eckmannstraße 2, 24582 Bordesholm, am 4. Januar

Rother, Frieda, geb. **Konstanty**, verw. **Schmidt**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Arnimstraße 61b, 23566 Lübeck, am 7. Januar

Tiller, Charlotte, geb. **Hackensohn**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Feldtor 14, 27389 Steimbke, am 9. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauer, Gertrud, geb. **Kupiczenski**, aus Lyck, Von-Mackensen-Straße 2, jetzt Dorstener Straße 30, 40472 Düsseldorf, am 7. Januar

Esrom, Erna, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt An der Hudau 23, 24576 Bad Bramstedt, am 9. Januar

Gayko, Toni, aus Lyck, jetzt Parkstraße 22, 24306 Plön, am 7. Januar

Linkel, Martha, geb. **Seiler**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Forstweg 7, 92681 Erbendorf, am 5. Januar

Melsa, Kurt, aus Lyck, Von-Ludendorff-Straße 30, jetzt Wittenberger Straße 136, 30179 Hannover, am 9. Januar

Szesny, Gertrud, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Sandkoppel 31, 24809 Nübbel, am 7. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Erich, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Lindenstraße 12, 24539 Neumünster, am 4. Januar

Dietrich, Lieselotte, aus Borken, Kreis Lyck, jetzt Ignatz-Weiß-müller-Straße 10, 36039 Fulda, am 9. Januar

Klotz, Elsbeth, geb. **Schimanski**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Annastraße 2, 64342 Seeheim, am 7. Januar

Kopatz, Paul, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Haßforter Straße 33, 26127 Oldenburg, am 7. Januar

Koyro, Erich, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt An der Eisenhütte 3-5, 48249 Dülmen, am 9. Januar

Kriese, Gisela, geb. **Klucke**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Julius-Leber-Straße 2, 32107 Bad Salzuflen, am 8. Januar

Marchewka, Hildegard, geb. **Pruss**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Brook 5, 48165 Neumünster, am 3. Januar

Pitschke, Elsbeth, aus Königsberg, jetzt Franz-Teller-Straße 27, 34121 Kassel, am 8. Januar

Schucany, Rotraut, aus Koschainen, Kreis Mohrungen, jetzt Bützower Straße 17, 23992 Neukloster, am 9. Januar

Schwenzfeier, Franz, aus Peterswalde, Kreis Heilsberg, jetzt Goethestraße 56, 42489 Wülfrath, am 9. Januar

Unruh, Erich, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kemptener Straße 102 C, 88131 Lindau, am 9. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bretzke, Elfriede, geb. **Friedrich**, aus Lyck, jetzt Luruper Hauptstraße 267, 22547 Hamburg, am 5. Januar

Ewald, Edith, geb. **Biallas**, aus Lyck, jetzt Damschkeweg 125, 18437 Stralsund, am 6. Januar

Friedrich, Alfred, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt 19406 Zülow, am 9. Januar

Friedrich, Lena, geb. **Stolzke**, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Weststraße 12, 04720 Döbeln, am 3. Januar

Fröhlian, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Tuppenend 31, 41749 Viersen, am 4. Januar

Hammermeister, Horst, aus Neidenburg, jetzt Mühlhofstraße 1, 99755 Ellrich, am 7. Januar

Hein, Alfred, aus Rantau, Kreis Samland, jetzt Tempelbergstraße 18, 04688 Grimma, am 5. Januar

Hoppe, Gerda, geb. **Bahr**, aus Freudenberg, Kreis Rastenburg, jetzt Lindenplatz 2, 06355 Köthen-Elsdorf am 1. Januar

Jegull, Irmgard, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Haselstraße 3, 63619 Bad Orb, am 4. Januar

Kupski, Reinhold, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Seetzer Lindenallee 167, 19357 Seetz, am 6. Januar

Lion, Marianne, aus Liegnitz, Schlesien, jetzt Meißnerstraße 8, 34134 Kassel, am 7. Januar

Löbel, Edeltraut, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Adlerstraße 9, 31618 Liebenau, am 8. Januar

Nönneke, Ilse, geb. Kayka, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 11, 30827 Garbsen, am 3. Januar

Pasternack, Edeltraut, geb. **Kuschewitz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, jetzt Adlerstraße 9, 31618 Liebenau, am 8. Januar

Rodeck, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Lambertring 41, 59556 Lippstadt, am 3. Januar

Rohmann, Meta, geb. **Liebich**, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 10, 25488 Holm, am 9. Januar

Sassor, Walter, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Gecksheide 63, 45894 Gelsenkirchen, am 5. Januar

Scheffler, Ulrich, aus Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 12, 23669 Niendorf/Ostsee, am 16. Dezember

Todzei, Waltraud, geb. **Falk**, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Martinsring 20, 59269 Beckum, am 4. Januar

Botschafter in Sachen Kulturarbeit

Der Cranzer Bürger Klaus Lunau erhielt das Goldene Ehrenzeichen

Klaus Alfred Lunau wurde am 15. Juni 1930 in Sybba (Walden) im Kreis Lyck als sechstes Kind eines Polizeibeamten geboren.

Nach dem frühen Tod des Vaters zog die Familie 1931 nach Cranz. Hier verlebte Klaus A. Lunau seine ihn prägende Kinder- und Jugendzeit. Ende Januar 1945 gelang die Flucht mit dem letzten Zug nach Neukuhren, von dort mit einem Hochseeschlepper nach Gdingen (damals „Gotenhafen“) und schließlich mit der „Deutschland“ bis nach Saßnitz auf Rügen. Doch die Odyssee war noch nicht zu Ende: Per Eisenbahn ging es nach Dänemark, ein Aufenthalt in verschiedenen Lagern, in denen Lunau unter anderem auch zur Kinderbetreuung eingesetzt wurde, folgte bis Oktober 1947.

1950, als sich das Leben in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu normalisieren begann, besuchte Klaus A. Lunau die Polizeischule und arbeitete nach erfolgter Prüfung zunächst als Polizeiund Gerichtsdolmetscher in verschiedenen Bundesdienststellen bis zur vorzeitigen Pensionierung im Jahre 1983, unter anderem in Hamburg, Celle, Oldenburg und Hannover. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand holte er nach, was in der Jugend nicht möglich gewesen war, studierte im Alter von 53 Jahren Politikwissenschaften und begann mit der Tätigkeit in der Erwachsenenbildung als Bildungspolitischer Honorarreferent.

Als Workaholic – wie er sich selber bezeichnet – engagierte er sich 30 Jahre lang in verschiedenen Ehrenämtern, so zum Beispiel als ehrenamtlicher Richter in diversen Strafkammern und Ehrengerichten, Vorsitzender beziehungsweise Vorstandsmitglied in Bürgerinitiativen, Sportvereinen und Schulelternräten.

> »Doppelleben« aus Leidenschaft für die Heimat

Seine alte Leidenschaft – die Beschäftigung mit seinem Heimatort Cranz – blühte jedoch erst nach der politischen Wende 1990 wieder auf, als es erstmals möglich war, wieder dorthin zu reisen. Neun Jahre später heiratete der Witwer die ehemalige Schulleiterin aus Cranz (Selenogradsk), Valentina Viktorowna.

Seit dieser Zeit führt er quasi ein „Doppelleben“: das Ehepaar hat sich in Cranz eine kleine Wohnung eingerichtet und verbringt nun einen Großteil des Jahres dort. Lunau organisierte diverse Reisen ehemaliger Cranzer in ihre Heimatstadt. Nach langem Drängen von Herrn Rosenbaum, dem früheren Ortsvertreter von Cranz, der händeringend einen Nachfolger suchte, erklärte sich Klaus A. Lunau schließlich auch bereit, diese neue Verantwortung auf sich zu nehmen. Im September 2004 wurde er schließlich zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen gewählt.

Seit 2008 veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen Deutsch-Russische Foren für ihre Kreisgemeinschaften und die Vertreter russischer Archive, Bibliotheken, Museen und anderer Einrichtungen im Königsberger Gebiet. Klaus A. Lunau ist dabei Ansprechpartner und Organisator im nördlichen Ostpreußen. Er pflegt enge Kontakte mit den Vertretern der Gebietsverwaltung, der Stadtverwaltung von Königsberg, der Universität und diversen anderen öffentlichen Einrichtungen. Es ist auch seinem Einsatz zu verdanken, wenn die bislang veranstalteten deutsch-russischen Tagungen große Erfolge waren. Lunau hat zudem gemeinsam mit dem Regionalen Staatsarchiv im Königsberger Gebiet einen Entwurf für eine partnerschaftliche Vereinbarung mit der Landsmannschaft Ostpreußen erarbeitet, die die Kontakte zwischen beiden Institutionen auf eine feste vertragliche Grundlage stellen soll. Die unterschriebenen Vertragsurkunden sind am 16. Oktober 2010 beim 3. Deutsch-Russischen Forum ausgetauscht worden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines herausragenden Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Klaus A. Lunau

das Goldene Ehrenzeichen.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 1. Januar, 9.30 Uhr bis 21,45 Uhr (Wiederholung alle 85 Minuten), Phoenix: 60 x Deutschland – Die Jahresschau.

Sonnabend, 1. Januar, 16,45 Uhr, NDR: Schiffe, Glanz und Gloria, Dokumentation.

Sonnabend, 1. Januar, 20.15 Uhr, Vox: 2010 – Aufbruch in ein neues Jahrtausend.

Sonnabend, 1. Januar, 21.40 Uhr, WDR: Romy, TV-Biografiedrama.

Sonntag, 2. Januar, 14.00 Uhr, Phoenix: Historische Ereignisse, Dokumentation.

Sonntag, 2. Januar, 16.15 Uhr, Phoenix: Vor 30 Jahren.

Sonntag, 2. Januar, 0.10 Uhr, RBB: Konzert aus dem Königsberger Dom.

Montag, 3. Januar, 22.30 Uhr, NDR: Die Flucht (1/2).

Montag, 3. Januar, 19.20 Uhr, 3sat: Kulturzeit. Hintergründe, Gespräche und Porträts.

Montag, 3. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Ein Abend für Heinz Erhardt.

Montag, 3. Januar, 0.00 Uhr, NDR: Die Flucht der Frauen.

Dienstag, 4. Januar, 22.15 Uhr, RBB: Deutschland, deine Künstler. Porträt des Autors, Regisseurs, Schauspielers und Karikaturisten Loriot.

Dienstag, 4. Januar, 22.30 Uhr, NDR: Die Flucht (2/2).

Dienstag, 4. Januar, 0.00 Uhr, NDR: Damals in Ostpreußen

Dienstag, 4. Januar, 1.30 Uhr, NDR: Königsberg-Kaliningrad.

Dienstag, 4. Januar, 2.15 Uhr, NDR: Taxi nach Königsberg.

Mittwoch, 5. Januar, 22.15 Uhr, Phoenix: Duell ums Gas.

Donnerstag, 6. Januar, 6.00 Uhr, 3sat: Die Preußen (Themen-tag).

Donnerstag, 6. Januar, 14.35 Uhr, Arte: Buddenbrooks (1/2)

Donnerstag, 6. Januar, 16.00 Uhr, 3sat: Deutsche Fürstenhäuser: Bismarck – Neuer Glanz auf alten Kronen.

Donnerstag, 6. Januar, 16.45 Uhr, 3sat: Wilhelm und die Welt.

Donnerstag, 6. Januar, 22.35 Uhr, MDR: Mein sibirisches Abenteuer. Eine deutsche Pastorin in Novosibirsk.

Freitag, 7. Januar, 20.15 Uhr, WDR: Hungerwinter.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

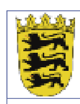
16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 15. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbern in den „Ulmer Stuben“.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 15. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Bürgerpalais. Wie in jedem Jahr – im Januar – mit dem beliebten Grützwurstessen sowie Geschichten aus der Heimat.

München Nord/Süd – Freitag, 14. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – **Freitag, 14. Januar, 15 Uhr, Tucherbräu am Opernhaus: Gold des Nordens, uralte Sagen und dunkle Wälder. Ein Film**



Berlin

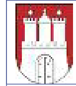
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 9. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 12. Januar, 13 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, Rechenschafts- und Kassenbericht, Gedichte zum Jahreswechsel, Referat: „Gedanken an ein Land – Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



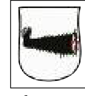
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands – Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai 2011. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldeschluss 10. Januar 2011. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.

HEIMATKREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

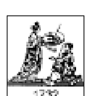
BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 4. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47, Bergedorf. Neujahrsempfang und Verlesung des Lageberichts des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabends – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Sonnabenden traditionell im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils um 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Ebenso wie zum letzten Deutschlandtreffen organisiert die Landesgruppe eine Fahrt für Mitglieder und Freunde zum Treffen nach Erfurt. Die derzeitigen Planungen sehen eine zwei-, drei- oder viertägige Fahrt vor. Zum Programm der viertägigen Fahrt gehören eine Fahrt nach Gotha und eine Führung durch die Innenstadt von Erfurt. Die dreitägige Fahrt bietet ein kleines Kulturprogramm. Die zweitägige Fahrt geht ausschließlich zum Deutschlandtreffen in Erfurt. Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden oder der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Braunschweig – Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 7 Uhr, ab Braunschweig. Rückankunft in Braunschweig am 29. Mai, gegen 20.30 Uhr. Preis pro Person 129 Euro, EZ-Zuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit HP im Hotel Elxleben. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Horst Neumann, Telefon (0531) 338640.

Delmenhorst – Dienstag, 4. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Restaurant Riva. – Dienstag, 4. Januar, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der Ostdeutschen Heimatstube.

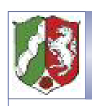
Göttingen – Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Neben der Übernachtung in einem Hotel in Erfurt wird es auch eine Stadtführung durch die Stadt geben. Da die Anzahl der Zimmer begrenzt ist, schnellstmöglich – spätestens bis zum 31. Januar – anmelden. Nähere Informationen und Anmeldung bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675, Fax (0551) 6337133.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 12. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel, Hauptstraße, Oldenburg-Eversten. Es werden Märchen aus Danzig von Elsa Faber von Bockelmann vorgelesen. Außerdem betreibt man Spurensuche – auf einer Landkarte – nach den einzelnen Heimatdörfern. Mitglieder, Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen.

Osnabrück – Dienstag, 18. Januar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Weiterführende Informationen zu den verschiedenen regelmäßig stattfindenden Treffen sowie zu der landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Aus aktuellem Anlass hat die Landesgruppe auf ihrer Internetseite eine Ausarbeitung des niederländischen Völkerrechtlers und Kulturpreisträgers der Landsmannschaft Ostpreußen (2000 in Leipzig) Dr. Frans du Buy zur Problematik der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ins Netz gestellt (http://www.ostpreussen-nrw.de/Eigentum/ZgV-SFVV.htm.). – Das Büchlein „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder – 1944 Flucht und Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verlust der Heimat, Unrecht bleibt Unrecht, 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen“ ist weiterhin zum Selbstkostenpreis von 3 Euro plus Porto und Verpackung in der Geschäftsstelle zu erhalten.

Bielefeld – Montag, 3. Januar, 15 Uhr, Zusammenkunft der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 6. Januar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 13. Januar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Die Ostpreußen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis werden gemeinsam zum Deutschlandtreffen nach Erfurt fahren. Gefahren wird vom 27. bis 30. Mai 2011. Am Montag, 30. Mai unternimmt die Reisegesellschaft einen Abstecher nach Weimar. Quartier wird im Hotel Merkur, in der Altstadt von Erfurt, bezogen. Fahrtkosten / HP betragen 389 Euro im DZ, EZ-Zuschlag 69 Euro. Es sind noch Plätze frei. Informationen und Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Gütersloh – Montag, 3. Januar, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 10. Januar, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei U. Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Sonntag, 16. Januar, 16 Uhr, Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Kolpingtreff.

Leverkusen – Die Gruppe fährt vom 26. bis 30. Mai zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. 1. Tag: Anreise über Eisenach –

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 15

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 14

mit Führung in der Wartburg – nach Erfurt. Vier Übernachtungen im Vier-Sterne-Hotel Radisson Blu im Zentrum von Erfurt. 2. Tag: Vormittags Stadtführung in Erfurt, nachmittags Zeit zur freien Verfügung. 3. und 4. Tag: Tag zur freien Verfügung oder morgens Bustransfer zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände und abends zurück. 5. Tag: Fahrt nach Weimar mit Stadtführung, anschließend Rückreise. Im Reisepreis enthaltene Leistungen: Zubringerservice ab/bis Haustür, auf Wunsch mit kostenlosem Gepäckservice; Fahrt im modernen Nichtraucher-Reisebus; Begrüßungsgetränk; vier Übernachtungen im Hotel; Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, TV, Telefon; viermal Frühstücksbuffet; Besuch der Wartburg in Eisenach (inklusive Eintrittskarte und Führung); Stadtführung in Erfurt und Weimar; Sonnabend und Sonntag Bustransfer (hin und zurück) zum Deutschlandtreffen; Reiseprogramm wie beschrieben; Reiseziel-Informationen. Reisepreis pro Person im DZ 400 Euro, EZ-Zuschlag 82 Euro. Nähere Informationen bei Sigisbert Nitsche, Telefon (02171) 30635, Mobil (0170) 2612435.

Remscheid – Die Gruppe fährt vom 25. bis 29. Mai 2011 nach Erfurt. Außer dem Deutschlandtreffen am 28./29. Mai 2011 erlebt die Gruppe Erfurt mit seinem Dom, der Severikirche, den reichen Patrizierhäusern und reizvollen Fachwerkhäusern. Die vielen Kirchen gaben der Stadt den Beinamen das „thüringische Rom“. Ein Spaziergang durch die malerische Altstadt wird begeistern. Am dritten Tag steht eine Rundfahrt durch Weimar auf dem Programm. Auf den Spuren Goethes erkundet man die Stadt, die große deutsche Geschichte auf engstem Raum vereint. Der vierte und fünfte Tag gehört dem Ostpreußentreffen und anschließend wird die Heimreise angetreten. Der Reisepreis von 289 Euro (EZ-Zuschlag 79 Euro) beinhaltet die Fahrt im modernen Reisebus, Hotel der Mittelklasse, vier Übernachtungen mit Frühstück sowie eine Reiseleitung vor Ort. Anmeldungen und weitere Auskünfte umgehend bei M. Pokropowitz, Telefon (02191) 62070.

Wuppertal – Sonntag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen, Neumark 2, Wuppertal-Elberfeld. Bitte Besteck mitbringen. – Die Jahreshauptversammlung war gut besucht. Nach der Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden Helmut Pfecht folgte die Totenehrung. Anschließend berichtete er über die Aktivitäten des vergangenen Jahres: Es gab gute Vorträge unter anderem über Königin Luise, die Abstimmung in Ostpreußen vor 90 Jahren, die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, den Besuch der Landesgartenschau in Hemer. Der Erste Vorsitzende führte eine interessante Reise in die Oberpfalz mit vielen Besichtigungen durch. Auch die Nachbargruppe wurde zu besonderen Anlässen besucht. Hartmut Pfecht, der „Bergische Junge“, hat mit großem Einfühlungsvermögen sich den Belangen der Ostpreußen gewidmet, repräsentiert die Gruppe vorbildlich und wirbt erfolgreich neue Mitglieder. Der Chor Harmonie mit seiner Leiterin N. Illinich und die Tanzgruppe mit ihrer Leiterin Ursel Knocks hatten einige Auftritte in Wuppertal und Umgebung. Die neue Leiterin der Handarbeitsgruppe Rosy Pfecht hat sich auch gut eingearbeitet. Der Höhepunkt dieser Jahreshauptversammlung war die Ehrung zahlreicher Mitglieder für zehn, 15, 20, 25, 30 Jahre Mitgliedschaft. Renate Winterhaben für 40 Jahre und Gerhard Gudat sowie Erhard Kruschinski für 50 Jahre Mitgliedschaft erhielten neben Urkunden einen Holzteller mit Widmung und einer abgebildeten Wuppertaler Schwebebahn. Für langjährige Vorstandsarbeit erhielten Friedel Borchert, Ursel Knocks, Hedwig Lipki und Otto Lingau Urkunden und die „Verdienstnadel der Ostpreußen in Silber“.

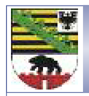


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 7. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 22. Januar, 18 Uhr, Matjes-Pellkartoffeln-Essen der Gruppe im „Bürgerstübel“, Mußbach. Um eine verbindliche Anmeldung bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368, wird gebeten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Freitag, 7. Januar, 15 Uhr, Proben des Singkreises im TuS. – Dienstag, 11. Januar, 13.30 Uhr, Treffen der Stickerchen in der Immermannstraße.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakkenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) nach Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Fotostopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch-deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 12. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im DRK-Haus, Lübecker Straße.

Flensburg – Donnerstag, 13. Januar, 15 Uhr, Treffen im Restaurant Mürwik, Kielseng 30, Flensburg. Eine gemeinsame Kaffeerunde mit der Flensburger Gruppe der Pommern. Anschließend gibt es einen Vortrag: „Einsatz von Sanitätern der Bundeswehr in Afghanistan“. Referent ist Hauptmann Gerhard Homrich, Kompaniechef des 2. Lazarettregimentes 11, Seeth, Stapelholm-Kaserne. Anmeldungen bis zum 5. Januar an Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. komm. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (0481) 84224 Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf auf Ilse Vögerl – Die Landsleute aus der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – und besonders die aus der Stadt Heiligenbeil – trauern um Ilse Vögerl, geb. Krause, aus Heiligenbeil. Sie verstarb nur sieben Wochen nach dem Ableben ihres Mannes.

Ilse Vögerl wurde am 24. April 1920 in Heiligenbeil geboren und starb am 14. Dezember 2010 in Berlin. Bereits in der Heimat, in unserer Kreisstadt Heiligenbeil, war sie zahlreichen Einwohnern gut bekannt, denn sie war eine Tochter des bekannten Lehrers Walter Krause. Nach der Eheschließung mit dem Luftwaffenoffizier Georg Vögerl in Heiligenbeil 1944, dem schrecklichen Kriegsende folgte für das Ehepaar Jahre später ein Neubeginn in Berlin. 1947 wurde ihre Tochter Marianne geboren, im September 2009 konnte das Ehepaar die Eiserne Hochzeit begehen. Ilse Vögerl unterstützte beruflich ihren Mann im Fisch-Großhandel über 60 Jahre – war in allen Dingen seine rechte Hand.

Den Schmerz über den Verlust der Heimat versuchte sie zu kompensieren, indem sie bereits 1950 der kurz vorher gegründeten Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Berlin, beitrat und sofort eingeschriebenes Mitglied der „Kreisgruppe Heiligenbeil“ wurde. Es ist auch ihren Aktivitäten zu verdanken, dass diese Gruppe schon bald einen stetigen Aufschwung nahm. Flüchtlinge und vertriebene Landsleute aus der Stadt Heiligenbeil und den verschiedensten Dörfern sammelten sich um sie. Sie fanden sich zu einer treuen Gemeinschaft zusammen. Die Kümmernisse der Nachkriegszeit, der Neuanfang in der fremden, zerstörten Hauptstadt nötigte zwar jedem einen harten Lebenskampf ab, aber die Aktivitäten für ein heimatliches Vereinsleben wurden von Ilse Vögerl stetig verstärkt. Diese fanden sowohl in Berlin in der Landesgruppe als auch in der Kreisgruppe Heiligenbeil statt. Als 1955 das erste Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft in Burgdorf abgehalten wurde, waren Ilse und Georg Vögerl selbstverständlich dabei. Von diesem Zeitpunkt an erfolgte die Teilnahme Jahr für Jahr – fast sechs Jahrzehnte lang. Wo Ilse war, war Heiligenbeil, war Heimat. Die Landsleute wählten sie 1981 zu ihrer Stadtvertreterin – als eine von drei satzungsgemäß für die Kreisstadt vorgesehenen ehrenamtlichen Führungskräften. 2005 legte sie das Ehrenamt aus Altersgründen nieder. Jahr für Jahr hatte Ilse Vögerl hunderte von Briefen an die Heiligenbeiler geschrieben, hielt mit ihnen auch telefonischen Kontakt und lud sie zu Schultreffen der Heiligenbeiler Schulen nach Burgdorf zum Kreistreffen ein. Diese waren jedes Mal ein besonderes Ereignis. Ilse war erfolgreich, beliebt und hatte ein ungemeines Wissen über die Heimatstadt Heiligenbeil. In Berlin sammelte sie gemeinsam mit ihrem Mann Geld- und Sachspenden für das russische Krankenhaus in Heiligenbeil (Mamonowo) und brachte sie auch einige Male persönlich zu Dr. Peck in die Dresslerstraße. Der Kreisausschuss dankte ihr mit der Verleihung sowohl der Silbernen als auch der Goldenen Ehrennadel. Für die jahrzehntelangen, vielseitigsten Aktivitäten

Ich lernte Ilse Vögerl 1974 beim Kreistreffen in Burgdorf kennen. Später besuchte ich sie und ihren Mann einige Male in Berlin zu intensiven Heimatgesprächen. Sie war eine interessante Mitarbeiterin, die zum Wohle unserer Gemeinschaft stets einsatzbereit war. Kein Kreistreffen, keine Kreistagssitzung, kein Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen versäumte sie, wo immer sie stattfanden. Im 91. Lebensjahr vollendete Ilse Vögerl ihren Lebensweg. Wir wollen nicht trauern, dass wir sie verloren, sondern dankbar sein, dass wir sie gehabt haben. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren. *Siegfried Dreher*

Bericht vom Geschichtsseminar der Kreisgemeinschaft – „Von den Prußen bis in unsere Tage – Schlaglichter der Geschichte Ostpreußens.“ Unter diesem Motto fand im Ostheim, Bad Pyrmont das Seminar der Kreisgemeinschaft zur ostpreußischen Geschichte statt. Erstmals hat die Kreisgemeinschaft unter ihrem jungen Vorstand zu einem Geschichtsseminar nach Bad Pyrmont geladen. „Von den Prußen bis in unsere Tage – Schlaglichter der Geschichte Ostpreußens“ lautete der Titel der Veranstaltung und 27 Personen kamen gleich beim ersten Mal der Einladung nach. Sieben Vorträge und ein Ostpreußen-Film wurden den Teilnehmern geboten. Die Referenten waren der großzügig gestalteten Veranstaltungsmappe zu entnehmen, die jeder Teilnehmende zu Beginn der Veranstaltung neben einem Kugelschreiber mit Heiligenbeil-Wappen und einem Marzipanherzen auf seinem Platz im Preußensaal vorfand. Eine Ausnahme bildete der letzte Referent, der, wie das Programm auswies, über den „Weg in den Untergang“ referieren sollte. Hierbei handelte es sich um einen Stargast. Dessen Name wurde aber nicht etwa aus dramaturgischen Gründen zurückgehalten, sondern aus der Sorge, die Antifa anzulocken. Soweit ist es mit der Meinungsfreiheit in diesem unserem Lande mittlerweile gekommen.

Den Anfang des Referatsreigens machte am Abend des Anreisetages der Vorsitzende der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft. Menno Aden bekannte offen, dass er weder ostpreußische Vorfahren hat noch je in Ostpreußen gewesen ist und auch nicht vorhat, das nachzuholen. Letzteres begründete der gebürtige Bayer mit der Verfremdung der einst urdeutschen Vertreibungsgebiete durch Vertreiber und Besatzer. Sozusagen als geistige Lockerungsübung ging er der Frage nach, was den von ihm festgestellten „Mythos Ostpreußen“ ausmache. Als Antwort bot der Professor neben der Insellage den von ihm konstatierten ständigen Bevölkerungsaustausch an. Dem widersprach am nächsten Morgen Reinhard G. Grunenberg in seinem Vortrag über die Prußen mit der Begründung, dass der unbestreitbaren Immigration keine entsprechende Emigration gegenübergestanden habe. Grunenberg ist selber prußischer Herkunft, Mitglied der Prußen-arbeitsgemeinschaft Tolkemita und deshalb beim Thema Prußen voll in seinem Element. Kritisch setzte er sich mit der Behandlung der autochthonen baltischen Bevölkerung durch den Deutschen Orden auseinander. Dem widersprach der *PAZ*-Redakteur Manuel Ruoff in seinem späteren geschichtlichen Überblick „Vom Ordensland ins Kaiserreich“ nicht, lenkte den Fokus statt dessen auf die vorbildliche Verwaltung des Deutschordensstaates, die er auf die Staatsidee

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Anzeigen

Wenn wir Dir auch die Ruhe gönnen,
so ist voll Trauer unser Herz,
Dich leiden sehen und nicht helfen können,
war unser allergrößter Schmerz.

Wir nehmen Abschied von unserem
Bruder und Schwager

Herbert Schemmerling

* 24.10.1926 ✝ 14.12.2010
Heiligenbeil/Ostpr. Denver, Colo. USA

In stiller Trauer
Fam. Erwin Schemmerling
Fam. Otto Schemmerling
Fam. Adolf Schemmerling
Fam Siegfried Schemmerling
Ruth Schemmerling

Siegfried Schemmerling
31515 Steinhude, Masurenplatz 4

Die Trauerfeier und Beisetzung fand am
17.12.2010 in Denver / USA statt.



Als Gott sah
Dass die Wege zu lang
Und die Hügel zu steil,
Das Atmen zu schwer wurde,
Legte er seinen Arm um Dich
Und sprach: „Der Friede sei Dein“.

Nach einem erfüllten Leben müssen wir Abschied nehmen von unserer lieben Mutter, Oma, Uroma und Tante

Gertrud Bubber

geb. Müller aus Heiligenbeil
* 4. Oktober 1914 † 12. Dezember 2010

In Liebe und Dankbarkeit
Brigitte Duus, geb. Bubber und Harald Sedelky
Christian Duus und Angelica Wolf
Hendrik Duus und Dr. Bianka Duus
mit Johann
sowie alle Angehörigen
und die sie gern hatten

Eichholzweg 7, 23774 Heiligenhafen

Die Trauerfeier fand am 17. Dezember 2010 auf dem alten Friedhof in Heiligenhafen statt.

Besitz stirbt, Sippen sterben.
Du selbst stirbst wie sie.
Doch Erinnerung und Liebe
stirbt nie.

Schmerzlich nehmen wir Abschied von meiner lieben Mutter und Großmutter. Stets warst Du um uns besorgt und dafür danken wir Dir.

Alexandra Gastmann

geb. Grunau
** 18. Dezember 1929 † 15. Dezember 2010*
Königsberg / Ostpreußen Bremen



Es trauern
Tatjana Pelikan geb. Gastmann
mit Alexandra
und alle die sie liebten

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.

Am 2. Oktober 2010 ist meine Volksschullehrerin

Frau

Helene Ruhnau

in Bad Pyrmont mit über 90 Jahren verstorben.

Sie stammte aus Ostpreußen und sie war uns Schülern ein großes Vorbild. Sie war eine unerschrockene Persönlichkeit. Ich habe sie sehr verehrt.

In stillem Gedenken
Horst Fritz Buschalsky

Oldenburg im Dezember 2010



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

des Deutschen Ordens zurückführte. Als Antwort auf die zu Beginn der Veranstaltung gestellte Frage nach der Ursache für den „Mythos Ostpreußen“ bot Ruoff diese Staatsidee an. Peter Wenzel von der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen stellte Organisation und Aufbau der Landsmannschaft und der ihr verbundenen Organisationen vor.

In seinem Referat „Oder-Neiße – zur Geschichte einer Grenze“ referierte der Erste Stellvertreter der Heiligenbeiler Kreisvertreterin, Christian Perbandt, nicht nur die Historie der Linie, sondern setzte sich auch kritisch mit den in der Bundesrepublik gängigen Rechtfertigungen der Abtrennung Ostdeutschland von Mittel- und Westdeutschland auseinander, er zerpflückte sie förmlich.

Ein erfreuliches Beispiel, dass die vertriebenenfreundlichen Multiplikatoren im Staatsdienst trotz des Marsches der 68er durch die Institutionen noch nicht ausgestorben sind, stellt Fred Mrotzek dar. Der Mitteldeutsche ist stellvertretender Leiter des Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen an der Universität Rostock. „Die deutsche Wiedervereinigung und die Heimatvertriebenen – eine vergebene Chance!“ war das Thema seines mit Temperament und Engagement vorgetragenen Referates. Immer wieder rief der Mittvierziger dazu auf, Zeugnisse der Flucht und Vertreibung wie Tagebücher, Erlebnisberichte oder Exponate von Heimatstuben in staatliche Obhut zu übergeben. Er begründete seine Bitte damit, dass bei Einrichtungen des Staates die Gefahr einer Auflösung und anschließenden Entsorgung ihres Besitzes noch am geringsten sei.

Den Schluss- und Höhepunkt des Seminars stellte der Auftritt von Gerd Schultze-Rhonhof dar. Der Verfasser des Werkes „Der Krieg, der viele Väter hatte“ referierte über sein Spezialgebiet, die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Sine ira et studio stellte der General dem bundesrepublikanischen Dogma von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg eine differenziertere Sichtweise gegenüber. Angst und bange konnte dem aufgeschlossenen Beobachter werden, als die Kreisvertreterin die völlig legitime Frage stellte, was sie als Mutter denn tun solle, wenn ihren Kindern in der Schule anderes erzählt werde. Am ersten Abend des Seminars hatte Mrotzek erzählt, welche Gewissenskonflikte seine Eltern hatten ausstehen müssen zwischen Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe auf der einen Seite und dem Wunsche auf der anderen, ihrem Nachwuchs nicht jede Chance auf Abitur und Studium im SED-Staat zu verbauen. Angesichts dieser Parallele stellt sich die Frage, wie weit die BRD auf dem Weg zur DDR light schon vorangeschritten ist. Wehret den Anfängen! Und auch deshalb kann man nur wünschen, dass dieses nicht das letzte Geschichtsseminar der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gewesen ist. Die einhellige Zustimmung und Begeisterung bei der abschließenden Seminarkritik wird den Organisatoren und Machern dieser Veranstaltung hoffentlich gar keine andere Wahl lassen als den Erfolg zu wiederholen.

Einladung zum 23. Sondertreffen – Liebe Landsleute, liebe Ostpreußenfreunde, auch im kommenden Jahr möchte ich wieder das beliebte Sondertreffen in Altenau organisieren. Gerne komme ich diesem vielfach geäußerten Wunsch nach und lade Euch/Sie im März 2011 recht herzlich in das Gästehaus an der Schwefelquelle in Altenau/Harz ein. Termin: Freitag, 18. bis Sonntag, 20. März 2011 (vom Abendessen bis zum Frühstück). Mit dieser Einladung möchte ich alle Landsleute aus unserem Kirchspiel Zinten-Land ansprechen, mit Ehe- beziehungsweise Lebenspartnern, aber auch die Jüngeren, die unsere Heimat selbst nicht mehr erlebt haben. Sollten Sie Bedenken haben, niemanden zu kennen, so vergessen Sie nicht, dass uns unsere ostpreußische Heimat verbindet und wir in froher Runde viel Gemeinsames austauschen werden. Sie sind uns alle recht herzlich in unserer Runde willkommen. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms (Geschichten, Gedichte, Spiele und anderes) würde ich mich auch diesmal wieder sehr freuen. Information zu unserem Treffen: Treffpunkt ist das Gästehaus an der Schwefelquelle (ehemaliges Polizeiheim), An der Schwefelquelle 20, 37707 Altenau/Harz, Telefon (05328) 340. Der Preis für diese zwei Tage mit Halbpension und Nebenkosten beträgt pro Person 75 Euro. Bei Anreise per Bahn ist Goslar der Zielbahnhof, dann weiter mit dem Bus Linie 830 bis Altenau, Haltestelle Rothenberger Straße. Der Wirt holt Sie gerne an der Haltestelle ab, einfach nur anrufen. Die Anmeldungen sollten wegen der Zimmerreservierung spätestens bis 15. Januar 2011 erfolgen. Zusammen mit der Anmeldung bitte ich um Überweisung der jeweiligen Übernachtungskosten. Auch bei Nichtteilnahme bitte ich um kurze Mitteilung. Kontakt: Kirchspielvertreterin und Ortsvertreterin Robitten und Maggen, Irmgard Lenz, Eichelen 31, 88074 Meckenbeuren, Telefon (07542) 4649, E-Mail: lengard@tele2.de



TREUBURG

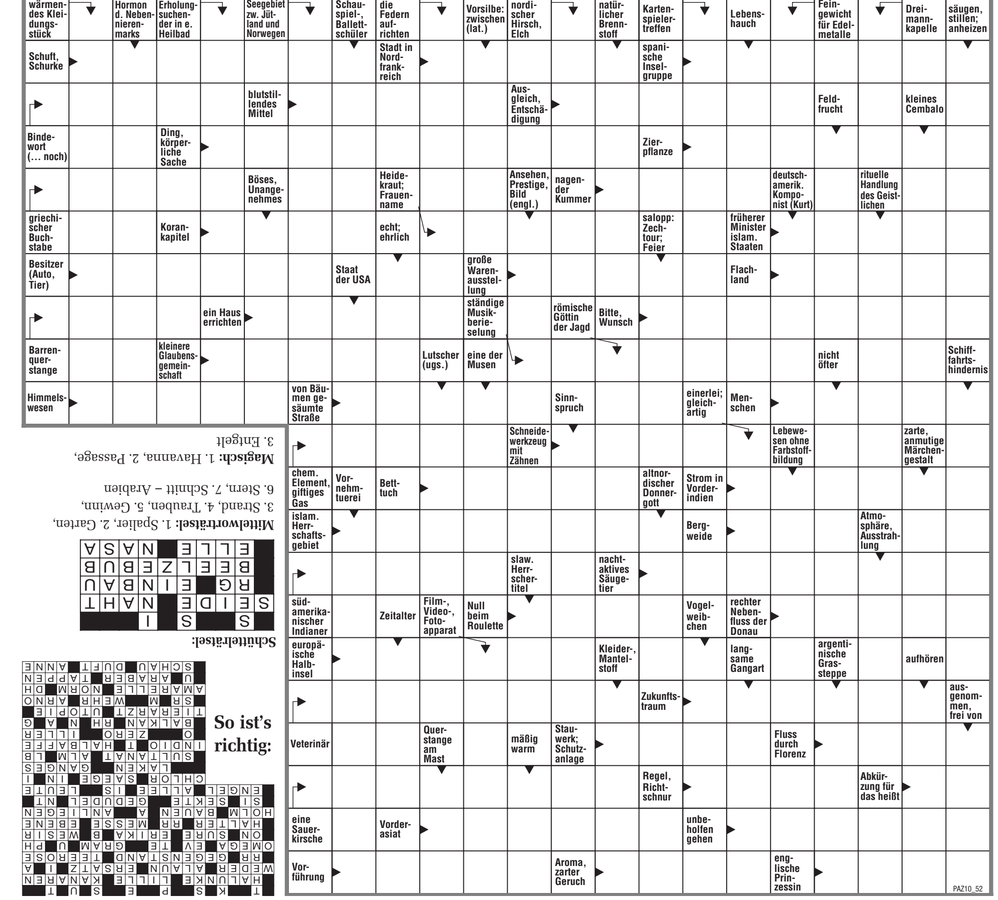
Kreisvertreterin (komm.): Sigrid Offermann, Rathausstraße 24, 68519 Viernheim, Telefon (06204) 67818. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Zwei Ehrungen in der Wallenroder Kirche im Rahmen der 450-Jahr-Feier der Stadt Treuburg/Marggrabowa/Olecko – Helmut Niederhaus: Mit der Auszeichnung zum Kreisältesten wurde Helmut Niederhaus, geboren in Rehfeld, geehrt. In Anerkennung und Würdigung seiner unermüdlichen Arbeit für die Heimat überreichte Kreisvertreterin Irmgard Klink anlässlich der 450-Jahr-Feier der Stadtgründung von Marggrabowa in der Wallenroder Kirche die Urkunde an Helmut Niederhaus.

Irmgard Klink – Das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen erhielt Irmgard Klink, geboren in Schwalg, aus der Hand von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden des Ostpreußischen Frauenkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Treuburg wurde für ihren jahrzehntelangen Einsatz für Treuburg und Ostpreußen geehrt.

Mollenhauer in Lüneburg

Lüneburg – Noch bis zum 15. Mai zeigt das Ostpreußische Landesmuseum Werke des ostpreußischen Expressionisten Ernst Mollenhauer (1892–1963). Seine farbstarken Werke vermitteln die Wucht der Naturgewalten, die diesen eigentümlichen Landstrich der Kurischen Nehrung prägen. Symbolisch dafür prangt auf manchen seiner Bilder die große Sonne.



Schüttelrätsel

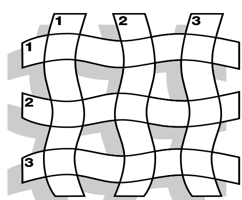
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEERS		EGIL	EEELS		EINNN		AABB	AHSU	ABTU
					AHNT				
DEEIS			ABEI NU						
BBBEE ELZU									
EELL					AANS				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung der Name einer Halbinsel Vorderasiens.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	EHREN		OBST
2	WINTER		FEST
3	SAND		KORB
4	WEIN		ZUCKER
5	HAUPT		SUCHT
6	POLAR		SINGER
7	DURCH		LAUCH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Hauptstadt von Kuba
2 Durch-, Überfahrt
3 Bezahlung

Der Schmerz wirkt noch immer nach

Zeitzeugenberichte aus kindlicher Perspektive schildern das Geschehen im Zweiten Weltkrieg

Furchteinflößende Nachrichten, Nächte im Luftschutzkeller, Bombardierung und der Verlust von Familienangehörigen prägten im Zweiten Weltkrieg den Alltag der Kinder. Dokumentationen beleuchten ihr Schicksal.

Zahllose Kinder waren von Flucht, Heimatverlust und Soldatenwillkür betroffen. In den darauf folgenden Jahren des mühsamen Neuanfangs wollten oder konnten die Menschen über die Schrecken des Krieges nicht oder nur andeutungsweise sprechen. Später waren es in den Familien eher die Älteren, die über den Krieg und die Verbrechen des Hitler-Regimes debattierten. Gerade das Erinnerungsgut der ehemaligen Kriegskinder blieb jahrzehntelang verborgen. Inzwischen sind sie betagt, und immer mehr haben ihr

Erst spät das Schweigen gebrochen

Schweigen gebrochen. Zuletzt hat sich die ARD mit ihrer erstmals im Frühjahr 2009 ausgestrahlten vierteiligen Dokumentation „Kriegskinder“ dieses Themas angenommen. Das Begleitbuch zur Serie stammt aus der Feder der Berliner Autoren Sonya und Yuri Winterberg. „Kriegskinder – Erinnerungen einer Generation“ ist eine Nacherzählung von Kriegserlebnissen, die auf einer Fülle von Zeitzeugenberichten aus kindlicher Perspektive beruht. Aus rund 500 Dokumenten sowie Meldungen aufgrund eines Aufrufs resultiert die vorliegende Auswahl von 52 überwiegend deutschen sowie einigen englischen, französischen, polnischen und russischen Interviewpartnern und Berichten. Auch Prominente wie Joachim Fuchsberger, Dieter Hallervorden und Günter Kunert gaben auf Anfrage des Autorenteams Auskunft.

Erstmals wurde mit dieser Zusammenstellung eine europäische Perspektive eröffnet. Da die Kapitel nach dem Vorbild der Fernsehdokumentation aus kurzen oder längeren Sequenzen bestehen, begegnen die meisten der kindlichen Akteure dem Leser im Verlauf der Lektüre mehrmals. Wie aus einem Guss ist die Schilderung, wodurch die Dramatik des Geschehens allerdings abgeschwächt wird. Abgefedert wird diese Tendenz dadurch, dass zwischendurch immer wieder ein Originalton anklingt.

„Der Berliner Junge (Günter Kunert) lauscht, in einer Ecke sitzend, gespannt den Gesprächen der Verwandten und wundert sich. ‚Hitler wird im polnischen Korridor stolpern!‘ Wieso soll Hitler im Korridor stolpern? Und warum ausgerechnet im polnischen? Durch diesen polnischen Korridor, der Ostpreußen und das Deutsche Reich seit dem Versailler Vertrag trennt, fährt die elfjährige Berlinerin Gisela Ott. Die Familie musste ihren Besuch in Ostpreußen vorzeitig abbrechen, um zurück nach Hause zu kommen. Der Zug ist verschlossen, so dass während der Fahrt durch das fremde Territorium niemand aussteigen oder zusteigen kann. An den Straßenrändern und Bahndämmen stehen Polen und drohen dem Zug mit der Faust.“

Im Vorwort steht das Zitat einer jüdischen Freundin der Autorin Sonja Winterberg: „Die traumatischen Erlebnisse, die eine Generation nicht aufarbeitet, werden an die nächste Generation weitergegeben. Es ist an dir, diesen Kreislauf zu durchbrechen.“ In der Tat handelt es sich dabei um ein Phänomen, auf das man erst kürzlich aufmerksam wurde. 65 Jahre nach Kriegsende leiden die Nachkommen der Kriegskinder vermehrt an Gefühlen von Einsamkeit, Unsicherheit, Angst und Entwurzelung, obwohl ihnen die Belastung ihrer Eltern durch die Kriegsereignisse erspart blieb.

Als „Verlorenheitsangst“ bezeichnet der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter dieses diffus depressive Lebensgefühl. Die Lübecker Psychologin und Psychotherapeutin Bettina Alberti, geboren 1960, befasst sich in ihrem Buch „Seelische Trümmer – Geboren in den 50er und 60er Jahren: Die Nachkriegsgeneration im Schatten des Kriegstraumas“ mit den Ursachen und lässt Betroffene zu Wort kommen. Alberti stellte fest, dass das kollektive deutsche Kriegstrauma innerhalb der Familien fortwirkt, da es unverarbeitet blieb. Durchweg hätten die Eltern in den 50er und 60er Jahren bei ihren Kindern dieselben rigiden Erziehungsprinzipien angewandt, die sie selbst aus eigener Erfahrung kannten. Schon in der Kriegskindergeneration sei ein sicherer Bindungsaufbau oft gar nicht möglich gewesen, in der nachfolgenden Generation immerhin noch erschwert, erläutert die Autorin.



Alltag in Trümmern: Kinder spielen auf den zerstörten Straßen Berlins. Bild: pa

Dialog und Austausch fanden kaum statt, Erfahrungen von Resonanz und Empathie gab es nur in sehr verkümmerter Form. Für die Nachkommen der Kriegskinder ginge es nun darum, Frieden mit der familiären Vergangenheit und Frieden mit sich selbst zu suchen. Voraussetzung dafür ist das Zulassen von Trauer, was viele Ältere nicht getan haben, weil sie es nicht leisten konnten.

Über die „Erlösung aus kollektiver Verstrickung“ mit Blick auf unsere Zeitsituation schreibt Anna Gamma, die Leiterin des Schweizer Lassalle-Instituts in Bad Schönbrunn, in ihrem klugen Nachwort. Ihr seien die Augen geöffnet worden für das Leid im sogenannten „Tätervolk“. Der Schmerz wirke noch immer nach, und der Schmerz der „Täter“ sei tiefer vergraben als der der Opfer. Selbst die Enkel seien in ihrer Entwicklung von dem kollektiven Schuldgefühl beeinflusst.

Doch der Weg zur Heilung sei freigelegt, auch durch die Arbeit

Selbst die Enkel sind beeinflusst

von Therapeuten wie der Autorin des vorliegenden Buches. Gamma spricht den Deutschen eine potenzielle Kernkompetenz in der Weltgemeinschaft zu, wenn sie fähig würden, als Geläuterte wiederum eine führende Rolle zu übernehmen, jedoch im Sinne des Dienens. Die Heilung von Langzeitfolgen habe einen weiter reichenden Aspekt: Angesichts der bedrohlichen globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Situation „braucht es die befreite und erlöste Kraft aller Völker“.

Dagmar Jestrzemski

***Sonya und Yuri Winterberg: „Kriegskinder – Erinnerungen einer Generation“**, Piper Verlag, München 2010, broschiert, 253 Seiten, 38 schwarzweiße Abbildungen, 9,95 Euro*

***Bettina Albert: „Seelische Trümmer – Geboren in den 50er und 60er Jahren: Die Nachkriegsgeneration im Schatten des Kriegstraumas“**, Kösel-Verlag, München 2010, gebunden, 207 Seiten, 13,99 Euro*

Ein echter Wiener geht nicht unter

Er spielte den Grantler mit Herz: Erinnerung an den unvergessenen Schauspieler Hans Moser

Wien im Jahr 1938. Der „Anschluss“ Österreichs ans Deutsche Reich ist vollzogen. Unterhaltungsfilme, die vom grauen Alltag der nationalsozialistischen Diktatur ablenken sollen, haben Hochkonjunktur. Hans Moser und Heinz Rühmann stehen für das Lustspiel „13 Stühle“ vor der Kamera. Ungebetener Zaungast der Dreharbeiten ist NS-Reichskommissar Josef Bürckel. Moser gerät in Panik: Da seine Ehefrau Blanca Jüdin ist, fürchtet er Repressalien des Regimes. Heinz Rühmann versucht zu vermitteln und informiert Bürckel in einer Drehpause über Mosers Befürchtungen. Der Reichskommissar lässt ausrichten, Moser stehe unter seinem persönlichen Schutz und könne ihn tagsüber jederzeit anrufen. Hinter vorgehaltener Hand reagiert Moser voller Argwohn auf das Angebot: „Tagsüber? Und was mache ich bitte nachts?“

Die Tragikomik der eingangs beschriebenen Situation könnte Bestandteil eines typischen Hans-Moser-Films sein. Denn Kleinbürger, die der Willkür der Obrigkeit trotzen, gehören von jeher zu den Paraderollen des am 6. August 1880 als Johann Julier in Wien geborenen Schauspielers. Von Mitte der 1930er bis in die 1960er Jahre zählt Hans Moser zu den beliebtesten Stars des deutschsprachigen Unterhaltungsfilms. Kauzigkeit und Griesgrämigkeit der von ihm in über 150 Filmen dargestellten Charaktere lassen ihn als Anti-Typ zu strahlenden Leinwandhelden wie Hans Albers oder Willy Birgel erscheinen.

Moser befürchtete Repressalien

Doch diese oberflächliche Wahrnehmung täuscht. Denn auch Moser spielt im Film seine ganz persönliche Heldenrolle: Die des Überlebenskünstlers und Alltagshelden.

Schauspieler Hans Moser ist die Summe seiner leidvollen Erfahrungen. Er ist bereits 45 Jahre alt, als ihn 1925 ein Ruf ans renommierte Theater in der Josefstadt ereilt. Durch seine jahrzehntelange Tätigkeit bei Bühne, Kabarett und Operette darstellerisch gereift, macht Moser als volkstümlicher Komödiant in Stücken von Nestroy, Arthur Schnitzler und Ödön von Horváth von sich reden. Während das Aufkommen des Tonfilms Ende der 1920er Jahre manch altgedientem Stummfilmstar zu schaffen macht, erweist es sich für Moser als Glücksfall, beruht seine darstellerische Wirkung doch darauf, neben mimischen und ausladenden gestischen Mitteln auch seine eigentümliche Sprechweise einsetzen zu können. Binnen kurzem werden Mosers Nuscheln und wienerisches Raunzen zu unverwechselbaren Markenzeichen. Seinem



Hans Moser Bild: Archiv

Typ entsprechend wird er im Film zum Inbegriff des schrullig-geizigen Kleinbürgers mit harter Schale und goldenem Herzen. Vor allem seine gemeinsamen Auftritte mit Kollegen wie Heinz Rühmann und Theo Lingen kommen bestens an.

Mosers berufliche wie persönliche Situation ändert sich schlagartig, als seine österreichische Heimat Mitte März 1938 von Wehrmachtstruppen besetzt und Teil des Deutschen Reiches wird. Zwar stehen Mosers komödiantische Qualitäten auch bei den nationalsozialistischen Machthabern hoch im Kurs. Dennoch darf Moser nur mit Sondergenehmigung des Berliner Propagandaministeriums beim Film arbeiten. Grund dafür ist Mosers Ehe mit seiner jüdischen Frau Blanca. Um der Verfolgung in Wien zu entgehen, emigriert Blanca Moser nach Budapest. Erst im Oktober 1944 kehrt sie zu ihrem Mann nach Wien zurück.

Mosers private Sorgen gehen mit einem beruflichen Höhenflug einher. Wie kein Zweiter scheint Hans Moser dazu berufen, der k.u.k. Vergangenheit Wiens zu einer filmischen Renaissance zu verhelfen. Bewährter Partner in vielen Wien-Filmen ist Paul Hörbiger, dessen elegantes Äußeres und legerer Charme in effektvollem Gegensatz zum kleingewachsenen und meist hektisch agierenden Moser stehen. In „Wir bitten zum Tanz“ spielen die beiden zwei miteinander verfeindete Tanzschulen-Inhaber und lassen 1944 im Musikfilm „Schrammeln“ das Alt-Wiener Volkslied wieder aufleben.

Auch nach 1945 ist Hans Moser ein dem Kinopublikum stets willkommener Unterhaltungskünstler. Bei der Auswahl seiner Rollen bleibt er dem Rezept aus Vorkriegs- und Kriegsjahren treu. Mit dem Komödien-Evergreen „Hallo, Dienstmann“ greift Moser 1951 nochmals seine Paraderolle des behäbigen, jedoch ums Wort nie verlegenen Wiener Dienstmanns auf.

Mehr denn je wirken Moser und sein Dauerpartner Hörbiger wie liebenswerte Relikte einer vergangenen Epoche. Bereits zu Lebzeiten als österreichische Schauspielerlegende verehrt, starb Hans Moser am 19. Juni 1964 83-jährig in seiner Heimatstadt Wien. *Michael Wenk/Ricore*

IN KÜRZE

Silvester: Ein Namenstag

Viele, die an Silvester böllern und ausgelassen feiern, wissen nicht, dass sie eigentlich den Namenstag eines am 31. Dezember 335 verstorbenen Papstes feiern. Der fromme Bischof, der später als Papst Silvester I. amtierte, besaß viel diplomatisches Geschick. Er war redegewandt, kümmerte sich um



die Seelenqualen der Menschen, ihre körperlichen Gebrechen, und er kannte mancherlei Medizin. Der römische Kaiser Konstantin ist in unserer Vorstellung umgeben vom Ruhm seiner militärischen Erfolge. Doch auch Unrühmliches und Legendenhaftes wird über ihn berichtet. „Er ließ Frau und Sohn ermorden“, heißt es. Eitel und prunksüchtig soll er gewesen sein und ein ausschweifendes Leben soll er geführt haben. Dennoch musste Kaiser Konstantin die Pein der Aussätzigen erleiden.

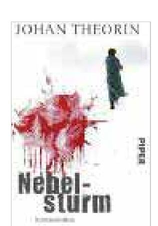
Der heilkundige Bischof konnte dem Kranken allerdings Linderung verschaffen. Zwar ließ sich der Monarch erst auf dem Sterbebett taufen, aber vor der entscheidenden Schlacht an der Milvischen Brücke zu Rom soll er schon ein Gebet an den Gott der Christen gerichtet haben. Nach dem Sieg gab er Religionsfreiheit, erlaubte den Bau der alten Peterskirche und der Lateran-Basilika in Rom. Die Christenverfolgung fand endlich ein Ende. Zum Dank für die Heilung vom Aussatz durfte sich der Bischof nun Papst Silvester nennen und die Tiara tragen. Papst Silvester wirkte von 314 bis 335. Er wurde später heiliggespro-

Dank für die Heilung vom Aussatz

chen. Jährlich wird seiner am 31. Dezember, seinem Todestag, gedacht.

Als sich 400 Jahre später Pippin der Jüngere zum fränkischen König krönen ließ, präsentierte ihm der Papst für den Beistand eine Urkunde über die „Konstantinische Schenkung“. Danach hätte der römische Kaiser Konstantin der Kirche unter Papst Silvester den Lateran, die Stadt Rom und alle Provinzen des Abendlandes vermacht. Erst im Jahre 1440 entlarvte der italienische Humanist Laurenzo da Valla dieses Dokument als Fälschung. Der streitbare Ulrich von Hutten sorgte für die Verbreitung seiner Kenntniss darüber, die er 1518 während seiner Studien in Rom gewonnen hatte.

Im Jahre 999 wurde mit dem Bischof von Aurillac ein Berater Kaiser Ottos III. zum Papst gewählt. Als Silvester II. übte er dieses Amt vier Jahre lang aus. Dieser hochbegabte Mann mit außergewöhnlichen Fähigkeiten und Kenntnissen auf mathematisch-naturwissenschaftlichem Gebiet erwarb sich wesentliche Verdienste, nicht zuletzt in der erfolgreichen Ostmission in Ungarn und Polen. Zwei weitere Päpste, die den Namen Silvester trugen, hinterließen kaum Spuren. Papst Silvester III. hat sich nur vier Wochen auf dem päpstlichen Thron halten können. Er wurde von Kaiser Heinrich II. abgesetzt. Der im Jahre 1105 von römischen Adligen als Gegenpapst gewählte Silvester IV. nahm sein hohes Amt nur wenige Tage wahr. *Anne Bahrs*



Tod am Meer

Mord oder Unfall auf Öland

Ein Kriminalroman beschreibt in der Regel ein Verbrechen und die nachfolgende Aufklärung durch einen Detektiv, die Polizei oder einen Dritten. Johan Theorins als Kriminalroman betiteltes Buch „Nebelsturm" erinnert jedoch mehr an eine düstere Geistergeschichte. Während des Romans gerät der Leser immer wieder ins Zweifeln, sind die Schuldigen hier nun die Geister der unglücklichen Seelen oder handelt es sich lediglich um ein gut vertuschtes Verbrechen?

Joakim Westin und seine Frau Kristine ziehen mit ihren zwei Kindern Gabriel und Livia von Stockholm nach Öland auf den seit langem leerstehenden und verkommenen Hof Aludden. Dieser wird zum Meer hin begrenzt von zwei Leuchttürmen. Das Licht des Nordturms ist jedoch aufgrund einer Tragödie bereits vor Jahren erloschen, so erzählt man sich jedenfalls in der Umgebung. Joakim und Kristine beschließen bei ihrem Einzug auf Hof Aludden, sich voll und ganz auf die Renovierung zu konzentrieren. Doch dann geschieht etwas Schreckliches: „Sie reichte Joakim die Fotos. Er nahm sie entgegen und erkannte Nahaufnahmen von Katrines Gesicht, zwei frontal, zwei von der Seite. Ihre Augen waren geschlossen, aber Joakim konnte sich nicht einreden, dass sie nur aussah, als würde sie schlafen. Ihre Haut war weiß und leblos, und sie hatte auf Stirn und Wange Schürfwunden. ‚Sie ist verletzt', bemerkte er tonlos. ‚Das ist beim Sturz geschehen', erklärte die Ärztin. ‚Sie muss auf den Steinen der Mole ausgerutscht sein und sich gestoßen haben, bevor sie ins Wasser fiel.' ‚Aber ist sie ... ertrunken?' ‚Todesursache war Hypothermie ... ein Kälteschock. In dieser Jahreszeit hat die Ostsee weniger als zehn Grad.'"

Joakim kann es zunächst kaum glauben, dass seine umsichtige Frau am Meer tödlich verunglückt sein soll. Doch da die örtliche Polizei den Fall bald als „Unfalltod" zu den Akten legt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als dies hinzunehmen. Als Joakims Tochter Livia im Schlaf seltsame Dinge erzählt und der alte Gerlof seine Zweifel gegenüber Joakim äußert, beginnt sich seine düstere Ahnung zu verdichten. Eines weiß der alte Geschichtenerzähler Gerlof nämlich nicht, auch in Joakims und Kristines Vergangenheit schlummern Geheimnisse.

Waren es böse Geister oder ein Mensch?

In „Nebelsturm" gelingt es dem Autor Johan Theorin, die Spannung dauerhaft aufrecht zu erhalten. Der Leser ist stets gefasst auf ein neuerliches Unglück und weiß nie genau, an welcher Stelle es eintreten wird. Dass es kommen wird, scheint aber gewiss. Atmosphärisch geleitet der Autor den Leser durch die Gefahren des Nebelsturms, einem Naturphänomen, welches in dieser Ausprägung nur auf der schwedischen Insel Öland vorkommen soll.

„Nebelsturm" wurde 2008 von der Schwedischen Krimiakademie mit dem Preis für den besten Kriminalroman ausgezeichnet. Vielleicht ist es ja gerade die Mischung des gebürtigen Göteborgers aus Geistergeschichte, Familiendrama und Krimi, welche hier den perfekten Kriminalroman ausmacht. *Vanessa Ney*

***Johan Theorin: „Nebelsturm"**, Piper, München 2009, gebunden, 446 Seiten, 19,95 Euro*



Bedenkliche Bündnisse

Im »Kampf gegen Rechts« bilden sich seltsame Partnerschaften

Deutschland droht eine linke Gefahr. Während sich im Zuge einer wahnhaften Vergangenheitsbewältigung eine eigene Industrie dem „Kampf gegen Rechts" verschrieben hat, wird diese Gefahr jedoch von der „liberalen" Presse weitestgehend ausgeblendet. Felix Krautkrämers quellengesättigte Studie erlaubt einen Einblick in dieses „linke Netz", das sich mittlerweile gesponnen hat und in dessen Zentrum Kumpanei der Wochenzeitung „Die Zeit" mit dem „Netz gegen Nazis", der Bundeszentrale für politische Bildung und Teilen der linksextremen Szene steht. Sowohl Wissenschaftler als auch Sicherheitsexperten weisen laut Krautkrämer, der für die „Junge Freiheit" arbeitet, regelmäßig auf die Bündnisstrategie der linksextremen Szene und die Brückenkopf-Funktion des Antifaschismus samt den daraus resultierenden Gefahren hin: „Um so bedenklicher ist es, wenn Behörden wie die Bundeszentrale für politische Bildung und ‚Die Zeit' als meinungsbildendes Medium einem Antifa-Milieu aus linken bis linksradikalen Journalisten, Publizisten und Wissenschaftlern staatliche und gesellschaftliche Weihen verleihen."

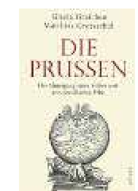
Mit seiner Studie „Das linke Netz" hat der 1979 in Freiburg im Breisgau geborene Journalist die Zusammenarbeit vom „Netz gegen Nazis" mit einschlägig bekannten Antifa-Autoren dokumentiert und den fehlenden Abstand zur linksextremen Szene aufgezeigt. Zu Beginn der rund 70-seitigen Broschüre liefert der Autor zunächst Definitionen bestimmter Begriffe wie Linksextremismus, Linksextremisten, Linksradikalismus, Antifaschismus, Autonome, Autonome Antifa und Antideutsche. Sodann schildert er die aktuelle Situation des Linksextremismus in Deutschland. Hier wird deutlich, dass sich die Gewalt der Linksextremisten nicht mehr ausschließlich gegen Sachen, sondern immer öfter auch gegen Personen richtet. Nach einem internen Papier des Bundeskriminalamtes sollen im Jahr 2009 Linksextremisten in mindestens 1236 Fällen Polizisten angegriffen haben. 2008 waren es „nur" 627. Erst seit kurzem, so Krautkrämer, beginne die Politik auf diese zunehmende Bedrohung zu reagieren.

Von der Zentrale für politische Bildung zum Bombenbau

Es ist besonders bedauerlich, dass es den Linksextremisten offenkundig gelingt, über den „Antifaschismus" Bündnisse mit bürgerlichen Kräften zu schmieden. Dabei schreiben beispielsweise mehrere Autoren des „Blick nach rechts" gleichzeitig in linksradikalen Szenepublikationen und verfügen nach Angaben des Verfassers auch über Kontakte zur linksextremen Szene. Kein Wunder, dass bei solcher Einseitigkeit auch konservative Einrichtungen wie die „Junge Freiheit" oder das Studienzentrum Weikersheim vom „Netz gegen Nazis" diffamiert werden.

Dass auch die Bundeszentrale für politische Bildung augenscheinlich nicht gegen allzu große Nähe zu Linksextremisten – zum Beispiel zu linksextremistischen Internetportalen – gefeit ist, kann nur denjenigen überraschen, der den Chef der Bundeszentrale, den SPD-Politiker Thomas Krüger, nicht kennt. Oder ist es normal, dass man mit wenigen Klicks von einer Internetseite, die von einer dem Innenministerium unterstehenden Behörde verantwortet (und komplett vom Steuerzahler finanziert) wird, zu Internetseiten gelangt, auf denen Anleitungen für Brandbomben veröffentlicht werden und Gewalt als legitimer politischer Ausdruck gefeiert wird? Krautkrämers faktenreiche Studie über das linke Netz entlarvt jedenfalls den „Kampf gegen Rechts" als das, was er ist: ein reichlich scheinheiliges Gefecht selbsternannter Moralisten, die vor der Kumpanei mit der extremen Linken nicht zu- rückschrekken. *Ansgar Lange*

***Felix Krautkrämer: „Das linke Netz – Das Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung ‚Die Zeit', dem ‚Netz gegen Nazis', der Bundeszentrale für politische Bildung und der linksextremen Szene"**, Verlag Junge Freiheit, 72 Seiten, 5 Euro*



Die Prußen ohne Prußen

Autorenteam stochert bei prußischer Geschichte unnötig im Dunkeln

Da schreiben die durch die Reihe „Schliemanns Erben" bekannte Dokumentarfilmerin Gisela Graichen und der Kulturredakteur Matthias Gretzschel 235 Seiten zusammen und verfehlen doch glatt das Thema. Aber bis Seite 22 erfahren wir immerhin dreimal, dass das Adalbert-Kreuz von Russen geschleift und wieder aufgebaut wurde. Ausschweifend wird über Adalbert, Bruno, Boleslaw, Konrad, Christian (und wie sie alle heißen) berichtet, aber von den Prußen? Bestenfalls am Rande kommen sie vor und mit ausgesprochen wenigen Fakten, stattdessen mit Spekulationen und „Döneken" aus polnischer und christlicher Sichtweise.

Wir erfahren Ursprungslegenden, jedoch nichts über den tatsächlichen Ursprung. Für die Autoren beginnt die prußische Geschichte frühestens mit dem Bernsteinhandel und mit der Ankunft der Wikinger beziehungsweise der christlichen Missionare. Wenn dann endlich mal zwischendurch über die Prußen berichtet wird, so gibt es ärgerliche und handfeste Fehler: Der Standort von Romowe ist wohlbekannt, nämlich das spätere Romehnen im Samland. Der Rombinus war nicht der heilige Berg der Litauer, sondern der prußischen Schalauer (Bobrowski unterstützte mit seinen Büchern gutgläubig litauische Propaganda). Und die Trinkhorn-Baben sind keine prußischen Götter, sondern kommen nahezu überall in Europa und Kleinasien vor.

Das Buch lässt aber auch schmunzeln, denn viele Passagen sind (leicht umformuliert) Wikipedia beziehungsweise Genwiki entnommen. Ab Seite 93 ist es dann endgültig aus mit den Prußen, die Autoren flüchten sich zu allseits bekannten Themen, die man irgendwo schon mal gelesen hat. Den Rest ab Seite 182 liest man besser bei den Archäologen selbst unter www.wiskiauten.eu nach. Warum, fragt man sich, haben sich die Autoren nicht bei der Prußenvereinigung „Tolkemita e.V." in Potsdam, Kutschstall schlau gemacht? *Beate Szillis-Kappelhoff*

***Gisela Graichen, Matthias Gretzschel: „Die Prussen – Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe"**, Scherz, Frankfurt a.M. 2010, geb., 239 Seiten, 19,95 Euro*

Auf den Spuren der Ordensritter

Unterhaltsamer Roman zur deutsch-polnischen Geschichte

Johannes von Thadden, geboren 1956 und von Haus aus Ökonom, hat ein besonderes und persönliches Interesse an der deutsch-polnischen Geschichte, bei der Herkunft seiner Familie aus dem westpommerschen Trieglaff (polnisch Trzyglow) verständlich. Der Autor hat zehn Jahre an der historischen Erzählung „Greif und Kreuz – Ein Abenteuer im Pommern des 12. Jahrhunderts" gearbeitet, die mehr ist als ein Abenteuerroman. Sie basiert auf historischen Persönlichkeiten, auf Schauplätzen und auf Ereignissen, die tatsächlich stattgefunden haben. Sein Thema ist die erste Missionsreise des Bischofs Otto von Bamberg 1124/25, die er auf Bitten des polnischen Herzogs Boleslaw, genannt Schiefmaul, zur Christianisierung der heidnischen Pommern durchführte. Die Südgrenze des pommerschen Herrschaftsgebietes war die Linie Warthe-Netze mit der polnischen Grenzfeste Zantoch. Von dort ging die „Expedition" über Pyritz, Kammin, Wollin, Stettin und zurück über Kolberg und Zantoch nach Gnesen, ein Zentrum des damaligen Polen.

Begleitet wurde der Bischof von deutschen Geistlichen, polnischen Rittern und pommerschen Kriegern, die sich bereits zum Christentum bekannten. Einschließlich der Versorgungswagen – mehr Holzkarren als Wagen – war es eine stattliche Karawane. Einziges „Verkehrsmittel" war das Pferd. Ein Blick auf die Karte zeigt, dass beachtliche Entfernungen zurückgelegt werden mussten durch kaum passierbare Urwälder, weite Ebenen in siedlungsarmen Regionen, wobei Straßen und Wege oft nicht existierten. Hinzu kamen ständige Gefahren durch Überfälle feindlicher Pommern, die ihre Freiheit und Religion durch die Christen bedroht sahen; es war also eine Expedition voller Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten mit Menschen und Natur. Der Autor beschreibt die Fülle der Hindernisse und Probleme, die Misserfolge bei der Christianisierung einer tief heidnisch geprägten Umgebung, aber auch Erfolge in einer spannenden Darstellung.

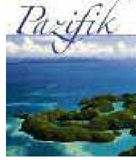
Man kann das Buch einen Abenteuerroman nennen, es ist aber kein „Karl May", weil die Rahmendaten historisch belegt sind, damit werden die geschilderten Ereignisse glaubwürdig. Fiktiv ist allerdings die Parallelhandlung einer auf der Expedition gewachsenen Freundschaft zwischen drei Jungen, einem Pommern, einem Polen und einem Deutschen, die zur Expedition gehörten. Anfänglich herrschte Misstrauen zwischen den Jungen, der Pommer war Heide, der Pole galt als Feind der pommerschen Freiheit und der Deutsche war derjenige, der durch Missionierung die freien Pommern unterwerfen, das heißt den Greif als Wappentier durch das Kreuz Christi ersetzen wollte. Das wachsende freundschaftliche Verhältnis könnte Beleg dafür sein, dass trotz unterschiedlicher Positionen Versöhnung möglich ist – mit Blick auch für das deutsch-polnische Verhältnis unserer Tage. Versöhnung im Namen Christi zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Darstellung – und das trotz martialischer Szenen kämpfender Ritter und unversöhnlicher heidnischen Priester, die in der Wildnis des damaligen Pommern die Begleitmusik für den Kreuzzug des Bischofs Otto bilden.

Etwas kitischige Jungenfreundschaft

Die Lektüre des Buches kann für Leser aller Altersstufen von Interesse sein, weil ein frühes Ereignis aus der deutsch-polnischen Geschichte spannend behandelt wird, und dokumentiert wird, dass Pommern auch im Mittelalter keineswegs von Anfang an zu Polen gehörte. Nach den beschriebenen Ereignissen der Pommern-Mission folgte dann bekanntlich ein Jahrhundert später der Prozess der Ostsiedlung, die im Ergebnis östlich der Oder die Ostprovinzen Deutschlands entstehen ließen.

Der Autor stellt in einem Nachwort den historischen Zusammenhang dar, in dem der Roman spielt; ein Namensverzeichnis der handelnden Personen sowie eine Zeittafel der Ereignisse, die für die Handlung von Bedeutung sind, ergänzen das Nachwort. Eine Skizze Mitteleuropas mit Pommern im Zentrum ist wichtig für die geografische Information des Lesers. Diese Zusatzinformationen schärfen den Blick auf die Romanhandlung. *Karlheinz Lau*

***Johannes von Thadden: „Greif und Kreuz – Ein Abenteuer im Pommern des 12. Jahrhunderts"**, Verlag Franz Schön, Bonn 2010, 285 Seiten, 14,80 Euro*



Ein Paradies?

Pazifik: Geschichte und Zukunft

Türkis schimmert das Meer, vom wilden Grün überwuchert sind die Inseln, die das Titelbild des neuen Buches von *PAZ*-Autor Joachim Feyerabend zeigt. In „Pazifik – Ozean der Zukunft" entführt der Autor in einen Teil der Welt, in den doch die meisten Deutschen bisher kaum gereist sein dürften, denn Trauminseln wie Niue, Tahiti oder Vanuatu sind keine alltäglichen Reiseziele.

Feyerabend beginnt seine Ausführungen mit der spannenden und so oft tödlichen Entdeckungsgeschichte dieser Region, Menschenfresser und Meutereien inklusive. Leider ist zu Beginn des Buches nicht gleich eine Landkarte. Den Entdeckungen von James Cook widmet der Autor viel Raum, aber auch eher unbekannte Konkurrenten im Kampf um die Ehre, der erste Europäer gewesen zu sein, der eine Insel betreten hat, werden vorgestellt. So unter anderem Jean-Francoise de Galaup de La Pérouse, der im Auftrag des französischen Königs Ludwigs XVI. ausfuhr, um im Pazifik neue Länderein für seine Krone zu sichern. „Mit zwei mächtigen Fregatten, der ‚Astrolab' und der ‚Bousolle', ging er in See. Zweieinhalb Jahre verbrachte er in pazifischen Gewässern, beschrieb mehrere große Schleifen auf Cooks Routen und weitete diese allerdings zu entlegenen Regionen Chinas, Sibiriens und Japans aus. Er fertigte während seiner Fahrten Aufzeichnungen über Sitten und Gebräuche, Nahrung und Wohnstätten an. In Botany Bay übergab er Logbuch und Aufzeichnungen einem britischen Beamten mit der Weisung, sie nach Paris zu überstellen. Das war das Letzte, was die Welt von ihm hörte." Doch sein Schicksal blieb nicht völlig ungeklärt, Anfang des 19. Jahrhunderts entdeckte ein irischer Kaufmann das Stichblatt seines Degens mit den Initialen des Vermissten ... und 60 Schädel in einem Massengrab.

Stürme, Feuer, Kanonendonner prägen Feyerabends Ausführungen. Vorstellungen ausgewählter Inseln und Fotos, die eine ungeheure Farbenpracht zeigen, und die Beschreibung aktueller Entwicklungen runden das interessante Buch ab. *Bel*

***Joachim Feyerabend: „Pazifik – Ozean der Zukunft"**, Koehler, Hamburg 2010, geb., 210 Seiten, 19,90 Euro*

Elch, großes Standbild

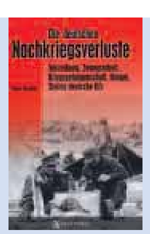
Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe, Höhe 21 cm, Breite: 28 cm, Gewicht: 2,7 kg Best.-Nr.: 4013



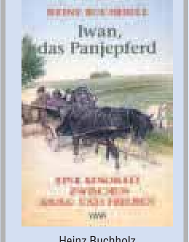
€ 149,95



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste
Gestützt auf amtliche Dokumentationen
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6636, € 14,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

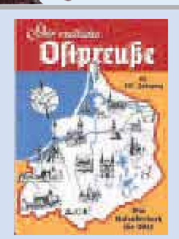
CD

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

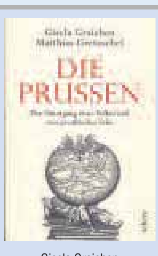
Best.-Nr.: 6899

€ 13,90

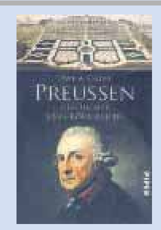




Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95



Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 22,95

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung



In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Konrad Löw
Deutsche Schuld 1933 – 1945?
Die ignorierten Antwortender Zeitzeugen
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7064, € 39,90



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel

Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95





lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Rudolf Lambrecht/ Michael Mueller
Die Elefantenmacher
Wie Spitzenpolitiker in Stellung gebracht und Entscheidungen gekauft werden
Die Kriminalgeschichte der Parteienfinanzierung

Wie unabhängig und rechtstreu sind unsere demokratischen Machthaber wirklich? Wer sind die Mächtigen hinter den Mächtigen, Die Elefantenmacher? Wer sind die dunklen Hintermänner, die die politische Karriere von Kohl, Möllemann, Kinkel, Schäuble, Westerwelle & Co. mitfinanziert haben? Wie funktioniert das System, wer sind die jeweiligen Schwarzgeldgeber und Parteispender, die über Briefkastenfirmen und geheime Konten die Politik der BRD von den Anfängen bis heute mitbestimmen? Anhand zahlreicher Spitzenpolitiker und ihrer Elefantenmacher zeigen die Autoren den systematischen Zusammenhang, wie Wahlkämpfe bezahlt und politische Entscheidungen gekauft werden und dadurch der Rechtsstaat nachhaltig beschädigt wird. Der Bürger entscheidet immer nur darüber, was andere mithilfe von Geld und Einflussnahme schon vorbestimmt haben. Gestützt auf unveröffentlichte Akten und durch Aussagen von Informanten, die bislang nicht an die Öffentlichkeit gegangen sind, beschreiben die Autoren, wie politisches Handeln von Spitzenpolitikern aus schwarzen Kassen finanziert wurde und wird. Sie enthüllen neue Fakten und bisher unbekannte Hintergründe zu den Korruptions- und Spendenskandalen um Strauß und Kohl und dessen Erben Schäuble und klären auf über dunkle Deals um Lambsdorff sowie über geheime Absprachen von Möllemann mit der Schröder-Regierung und beschreiben erstmals das ganze Ausmaß des Schmiergeldsystems Thyssen.

Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7063

€ 19,95



Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Alexander Demandt
Es hätte auch anders kommen können
Wendepunkte deutscher Geschichte

Was wäre geschehen, wenn die Römer 9 n. Chr. den Cherusker-Fürsten Arminius besiegt hätten? Wenn Karl Martell 732 den Arabern unterlegen wäre? Wenn der Bauernkrieg von 1525 Erfolg gehabt hätte? Wenn der Erste Weltkrieg vermieden und Hitler einem Attentat zum Opfer gefallen wäre? Was auf den ersten Blick als müßiges Gedankenspiel erscheinen mag, entpuppt sich rasch als überaus anregende, unterhaltsame Einführung in die komplexe und so schicksalhafte deutsche Vergangenheit. Der Autor unternimmt einen Parforceritt durch die 2000-jährige Geschichte der Deutschen, an dessen Ende man um viele Erkenntnisse reicher ist. Er zeigt Irrwege und 'Sonderwege' auf, beleuchtet ungenutzte Chancen und vermeidbare Katastrophen. Eine Reise in unsere Vergangenheit, die informiert, bildet, unterhält und zum Nachdenken anregt.

Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 7062

€ 19,95

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“

CD

Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.

Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide • Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne • Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Maurice Philip Remym
Mythos Bernsteinzimmer

Restposten

Der Autor geht dem rätselhaften Mythos des Bernsteinzimmers nach und lüftet endlich das Geheimnis um seinen Verbleib. Zum Beweis seiner These wartet der ausgewiesene Kenner der deutschen Geschichte, den dieses Thema seit mehr als fünfzehn Jahren fasziniert, mit vielen neuen Fakten und historischen Dokumenten auf. Wieso haben KGB und Stasi sich einen erbitterten Kampf geliefert und die Wahrheit über die Geschichte des Bernsteinzimmers verschleiert? Welche Interessen steckten dahinter? Und wieso nahmen die westlichen Medien diese Legenden so begierig auf? Mythos Bernsteinzimmer ist eine hochspannende Rekonstruktion der Hintergründe des Überfalls auf Russland, des Untergangs der alten deutschen Stadt Königsberg — und erstmals eine überzeugende Erklärung dafür, warum das Bernsteinzimmer jenseits aller Faszination zum Mythos werden konnte.

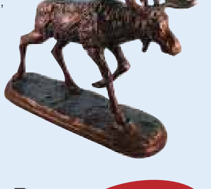
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270, € 14,95

Elch, Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe, Höhe: 16 cm, Breite: ca. 21 cm, Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627





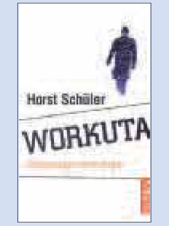




€ 99,95

Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde: Der Atlas der Wut



In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Der Autor schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809

€ 24,95

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815



CD

1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillion (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marsche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal

Gesamt-Spieldauer: 58:09

Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin. Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891

€ 13,90



Marianne Kopp und Ulf Diederichs (Hrsg.)
Als wir uns fanden, Schwester, wie waren wir jung
Agnes Miegel an Lulu von Strauß und Torney
Briefe 1901 bis 1922
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 6786, € 22,00



NEU

Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95

PMD Preußischer Mediendienst

52/10

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Rückkehr zum Terrorismus

Washington – James Clapper, der den Posten des Nationalen Geheimdienstdirektors (DNI) innehat und somit innerhalb der US-Regierung die 16 US-Geheimdienste koordiniert, hat einen Bericht über die Rückfälligkeit von ehemaligen Guantanamo-Häftlingen veröffentlicht. Laut seinen Untersuchungen wandten sich 150 der 598 bereits entlassenen Häftlinge mit Sicherheit erneut dem islamistischen Terrorismus zu. *Bel*

Zu viele schlaue Frauen

Riad – Traditionell wurde jedes Jahr in Saudi-Arabien die „Liste der besten 100" Abiturienten veröffentlicht. Seit einigen Jahren jedoch wird die Liste nicht mehr publiziert. Grund hierfür ist laut „Spiegel" die Tatsache, dass unter den 100 besten Abiturienten zum Schluss nur noch eine Handvoll junger Männer zu finden war, alles andere waren Frauen. Schon jetzt seien zwei Drittel der Studierenden in Saudi-Arabien Frauen. *Bel*

ZUR PERSON

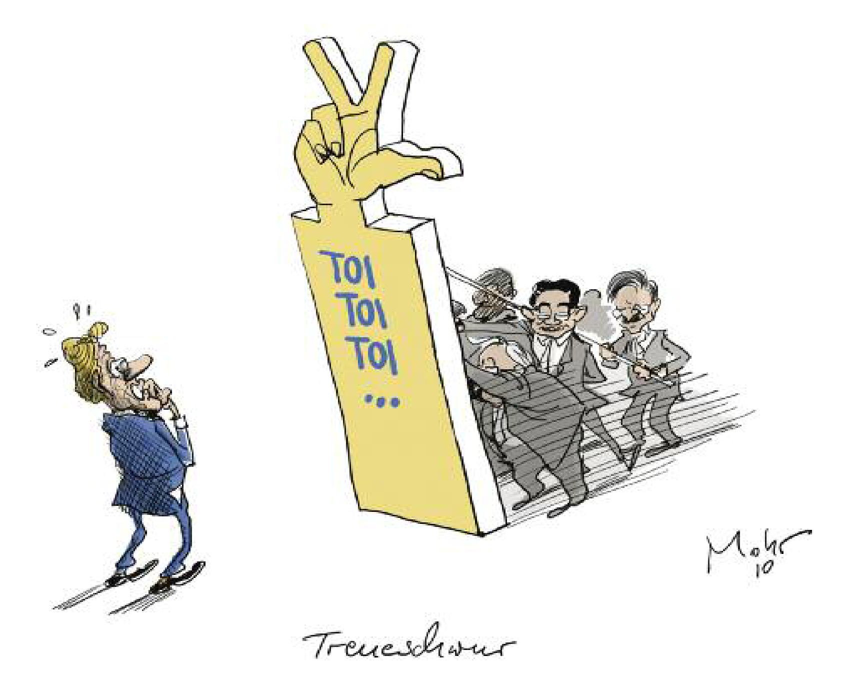
Hochtief und die Ehre retten

Nein, etwas Ähnliches wie 2002 sollte ihm nicht noch einmal passieren, das wollte **Herbert Lütkestratkötter**, Vorstandschef des international überaus erfolgreichen Baukonzerns Hochtief, auf alle Fälle vermeiden. Doch nun sieht es so aus, als ob der studierte Maschinenbauer erneut die Kontrolle über ein von ihm geführtes Unternehmen verliert. 2002 hatte er für die Philipp Holzmann AG in Frankfurt am Main den Insolvenzantrag stellen müssen, zuvor hatte er, der erst 1999 in das Unternehmen kam, als eigentlich schon alles zu spät war, wie ein Löwe für den Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze gekämpft. Und auch 2010 kämpfte er wieder.

Vielleicht sogar ein wenig zu sehr, wie Kritiker anmerken, denn „Dr. Lü", wie er von den Mitarbeitern der Essener Zentrale genannt wird, hat bis zuletzt Gespräche mit dem spanischen Baukonzern ACS, der Hochtief übernehmen will, vermieden. Stattdessen hat er alles getan, um den überschuldeten Spaniern die Erlangung eines maßgeblichen Aktienanteils von 30 Prozent an Hochtief zu erschweren. Nachdem er keine Hilfe der Bundesregierung gegen die feindliche Übernahme erhielt, versuchte er über die australische Börsenaufsicht und das Emirat von Katar zu verhindern, dass ACS 30 Prozent des gesunden, aber lange unterbewerteten Baukonzerns Hochtief kaufen konnte.



ACS hatte ihm eine attraktive Abfindung im Falle des Eigentümerwechsels versprochen, doch Lütkestratkötter interessiert es viel mehr, den seit 2003 von ihm verantwortlich geführten Baukonzern weiter zu gestalten. Geld soll den Maschinenbauingenieur, der kinderlos ist, Marathon läuft und preiswerte Hemden trägt, nicht interessieren, ihm soll es vielmehr um seine Ehre gehen – und die sieht er von ACS angegriffen. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Kalt erwischt

Warum wir nicht mehr »Lokomotive« sein wollen, wieso »Vorreiter« auch keinen Spaß macht, und wie der Diskurs im Kreis funktioniert / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Ratlos lassen wir das Jahr 2010 hinter uns. Zwar leuchten uns Deutschen aus den Glaskugeln der Wirtschaftspropheten herrliche Zeiten ins Gesicht. Fünf, ja, zehn Jahre des Aufschwungs stünden uns bevor, durch das Gewirr der Vorhersagen funkelt gar hell der Stern der Vollbeschäftigung.

Wir, denen solch Glück verheißen wird, trauen uns aber nicht, der Botschaft zu glauben. Woher rührt unser zittriger Unglaube? Euro-Krise? Ach, an die haben wir uns gewöhnt. Fast. Dass wir den Verheißungen mit so viel Skepsis begegnen, hat mehr mit den Vokabeln zu tun, die die Propheten benutzen, um unser Glück in Bilder zu fassen. Deutschland, eben noch kranker Mann Europas, werde wieder zur „Konjunktur-Lokomotive der EU", jauchzen sie.

Lokomotive? Das Wort hat mehr als nur seinen Glanz verloren. Es ist zum Menetekel für falsche Versprechungen geworden, seit die blauen Anzeigetafeln in den Bahnhöfen nicht mehr die Abfahrtzeit, sondern das Blaue vom Himmel verkünden. In den Medien melden sich Mitarbeiter der Deutschen Bahn, die namentlich nicht genannt werden wollen, und erzählen aus dem Nähkästchen. „Ein Wunder, dass überhaupt noch was fährt", fasst die „Welt am Sonntag" den Erfahrungsbericht eines entnervten Zugchefs zusammen. Er entwirft das Bild eines Chaosbetriebes, der durch falsches Management zielgenau in den Graben gesteuert wurde.

Was ist dort bloß passiert? Was lief schief? Das kam so: Bevor die Fahrpläne der Deutschen Bahn über den Haufen flogen, war schon ein weitaus wichtigerer Zeitplan unter die Räder geraten, und zwar unter die der Weltfinanzkrise. Jahrelang hatte Bahn-Chef Hartmut Mehdorn den Betrieb schlankgemacht bis aufs Skelett, hatte unspektakuläre Reparaturinvestitionen aufgeschoben, die Mannschaft und die Flotte aufs Mindestmaß geschrumpft, um seinen Laden für die Börse zu liften. Davon hingerissen sollten die Aktienkäufer herbeiströmen und die Bahn AG mit Milliarden mästen. Hinterher wäre es ihnen zwar ähnlich gegangen wie den geplünderten Käufern von Telekom-Aktien. Doch zu dem Zeitpunkt wäre es für sie bereits zu spät gewesen: Herr Mehdorn hätte nur müde grinsend auf das „natürliche Investorenrisiko" hingewiesen und zufrieden seinen prallen Geldsack gestreichelt.

An sich ein genialer Plan. und er wäre auch fast aufgegangen. Doch als der Tag des großen Beutezugs endlich herannahte, da brach an der Börse die Hölle los. Kein Mensch wollte mehr Aktien haben. Es war zum Haareraufen. Also musste der Börsengang erst mal vertagt werden.

Leicht gesagt: Da man seit Jahren auf Verschleiß gefahren war, rückte der Moment des Zusammenbruchs immer näher. Die Zeit für den Coup wurde knapp. Damit nicht genug: Laue Sommer und milde Winter hätten für die Zeit bis zum nächsten Versuch den wahren Zustand der ausgehungerten Bahn einigermaßen zugedeckt. Doch nun schlug die Natur zu: Die deutsche Sommerhitze 2010 erwischte den schwindsüchtigen Transportbetrieb ebenso kalt wie die Kälte des vergangenen und des laufenden Winters. Die Schneestürme zu Weihnachten rissen den faulen Zauber der Schienen-Potemkins wohl endgültig in Stücke.

Medienmacher verurteilen Sarrazin wegen der Urteile, die sie selbst über ihn gefällt haben

Nein, von Lokomotiven sind wir vorerst geheilt, sei es als schickes Bild auf einer Aktie oder bildhaftes Wort für den Anführer eines Aufschwungs. Lasst euch was anderes einfallen!

Umweltminister Röttgen tut uns den Gefallen und spricht nurmehr vom „Vorreiter Deutschland". Allerdings nicht bei der Konjunktur, sondern beim „Klimaschutz". Da das Wetter vom Kohlendioxid gemacht wird und alle Wissenschaftler erforscht haben, dass weniger Wetter mehr Lebensqualität bedeutet, soll das Kohlendioxid aus der Luft, durch die Deutschland voranreiten soll.

Voranreiten! Das hört sich an wie kühner Feldherr, dem die anderen beim Klang der Trompeten ergeben und voller Ehrfurcht folgen. Na ja, so war das mal. Leider sind die heroischen Zeiten vorbei. Während Deutschland und hinter ihm Europa in die Wetterschlacht traben, begleiten uns aus dem Rest der Welt weniger helle Trompeten als hämische Karnevalströten.

Ab 2013 werden die sogar noch schriller quäken: Dann startet die dritte Stufe des europäischen „Emissionshandels". Der läuft simpel beschrieben so: Wer seinen Kohlendioxid-Ausstoß vermindert, kann seine damit eingesparte Emission wie ein Wertpapier weiterverkaufen, an Firmen, die mehr ausstoßen, als die dortigen Obergrenzen erlauben. Ein Milliardengeschäft. In China und anderswo lassen sie alte Anlagen, die man sonst längst verschrottet hätte, extra weiterlaufen. Erst wenn die „dritte Stufe" da ist, will man sie abschalten, um die eingesparte Emission an einen deutschen Betrieb zu verkaufen, der unter den strengen EU-Auflagen ächzt. Selbstredend gelten die strengen Auflagen nur in der EU, während am „Emissionshandel" die ganze Welt verdienen soll, die gar nicht daran denkt, mehr als schwammige Zusagen in die Waagschale zu werfen.

Immerhin gilt innerhalb des Brüsseler Machtbereichs das gleiche Verfahren für alle Wettbewerber: Private Prüfagenturen kontrollieren die Betriebe auf Einhaltung der EU-Auflagen, die Agenturen werden ihrerseits von nationalen Behörden überwacht. Wir sind absolut sicher, dass in allen EU-Staaten die Regeln ebenso strikt angewendet werden wie bei uns. Alles andere wäre ja so unwahrscheinlich wie eine Hungersnot in Bayern, nicht wahr, Herr Juncker?

Euroskeptiker mosern, dass Brüssel die europäische Wirtschaft mit starren Regelungen gängelt. Das ist ungerecht, die EU kann durchaus flexibel reagieren, wie dieses Beispiel zeigt: Vor Jahren hat die EU Quecksilber-Thermometer verboten, weil es wegen des Quecksilbers gesundheitsgefährdend sei, die Thermometer durchzubeißen und runterschlucken. Nun war die Frage: Wohin mit dem Quecksilber? Kein Problem für unsere blitzschnellen Eurokraten: Sie verboten die Glühbirne, um sie durch die – quecksilberhaltige – „Energiesparleuchte" zu ersetzen. Dieser Tage monierten EU-Politiker, dass nunmehr auch der Verzehr von Leuchtmitteln gesundheitsmindernd sei, weshalb die Sparleuchten verboten werden müssten. Na? Wer bitteschön kann bei solch schwunghaftem Hin und Her von „Erstarrung" faseln!

Wenn es unserer Wirtschaft nicht so gut geht, wie es ihr gehen könnte, dann liegt das am Fachkräftemangel. Und wer hat daran Schuld? Thilo Sarrazin. Ja, genau der. Denn Fachkräfte gibt es nur im Ausland, und Sarrazin hat dafür gesorgt, dass Deutschland dort als „ausländerfeindliches Land" wahrgenommen werde, sagen seine Gegner.

Der verteidigt sich, dass sein Buch gar nicht ausländerfeindlich sei. Was für ein hilfloses Geschwafel. Klar, ist es auch nicht. Außerdem ist der Band vermutlich noch nicht einmal in irgendeine Fremdsprachen übersetzt worden, weshalb es draußen so gut wie niemand gelesen haben kann. Aber darum geht es doch gar nicht. Es ist der „Diskurs", den das Buch „entfacht" hat.

Der Diskurs verlief, wie so häufig, kreisförmig. Erst schrieb Sarrazin sein Buch. Sogleich erklärten ihn deutsche Politiker und Medienmacher für ausländerfeindlich. Über die Empörung (kaum über das Buch) berichteten die ausländischen Medien. Die Berichte wiederum zitierten die zuvor vom Ausland zitierten deutschen Medienmacher zurück in unsere Presselandschaft und äußerten sich nunmehr „besorgt" von dem Deutschlandbild, das Sarrazin (in Wahrheit: ihre Urteile über ihn) im Ausland erzeugt habe. Dort kommentierten die ausländischen Kollegen dann die deutsche „Sorge" über die „Sorge" des Auslands, die zeige, dass man außerhalb Deutschlands zu Recht „besorgt" sei. So konnte man etliche Runden drehen. Nur mit Sarrazin und seinem Buch hatte das rein gar nichts zu tun.

MEINUNGEN

***Friedrich von Metzler**, Chef des 336 Jahre alten Bankhauses Metzler, **warnt** im „Handelsblatt" (22. Dezember) **vor „Euro-Anleihen"**, für die alle Euro-Länder gemeinsamen einstehen müssten:*

„Daher wollen wir keine Euroanleihen, weil der disziplinierende Effekt der Märkte künftig nicht mehr existieren würde. Da hat unsere Regierung durchaus Recht ... Die Disziplin, den Haushalt in Ordnung zu bringen, würde schlagartig wegfallen."

*Verteidigungsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** schlägt vor, in Berlin eine **Straße nach US-Präsident Ronald Reagan** zu benennen, der 1987 vor dem Brandenburger Tor mit deutlichen Worten die Beseitigung der Mauer gefordert hatte:*

„Eine Straßenbenennung nach diesem großen Ehrenbürger wäre sehr zu begrüßen und der angetretene Beweis dafür, dass rotrote Dankbarkeit nicht bei Rudi Dutschke [nach dem jüngst eine Straße benannt wurde – d. Red.] enden muss."

***Thilo Sarrazin** (SPD) zeigte sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vor allem von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** enttäuscht. Ihre Reaktion auf sein Buch „Deutschland schafft sich ab" habe ihn an die **Zeiten der Inquisition** erinnert:*

„An die Stelle des Scheiterhaufens trat nach ihrer Planung die Verbannung aus der Bundesbank ... In Politik und Medien gibt ... keineswegs mehr, sondern eher weniger Zivilcourage und wirklich unabhängiges Denken als in der Weimarer Republik ... Weh uns, wenn sich die Verhältnisse, in denen wir uns so behaglich und selbstgerecht aufgehoben fühlen, einmal zu unseren Ungunsten ändern sollten."

Armer Guido!

Jeder muss mal Urlaub machen,
und für Guido war's schon Zeit,
gab's zuletzt ja nichts zu lachen,
nur Polemik, Zank und Streit.

Also ging er auf die Reise
nach Ägypten an den Strand
und da steckt auf seine Weise
er das Köpfchen in den Sand.

Dem Bedürfnis angemessen
bleibt er gleich zwei Wochen lang –
aber wird er unterdessen
keinem abgehn, fragt man bang.

Durchaus nicht, denn in der einen
Hinsicht ist er konsequent,
hat er mit dabei ja seinen –
wie auch immer man es nennt.

Manche sind indes verdrossen:
Gleichsam wider die Natur
finden es Geschlechtsgenossen,
dass er nach Ägypten fuhr.

Und was stört sie an dem Lande?
Nein, nicht das System gottlob,
sondern sehr zur eignen Schande
sind die Leute homophob!

Nun, wie generell auf Erden
kommt's auch dort drauf an allein,
nicht flagrant erwischt zu werden –
oder gut vernetzt zu sein.

Doch für Guido ist's wohl
schlimmer,
dass ihm fast, als wär's bestellt,
aus den eignen Reihen
immer
jemand in den Rücken fällt!

Pannonicus